

DGfZP

Beiträge aus dem Netzwerk Zwerch DGfZP

20 JAHRE DGfZP

1. MAI

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Sicherheit als Zeitpolitik –
Zeitpolitik als Sicherheit

Arbeitszeiten lokal

Leben im Zuhause

Nachhaltig leben

In dieser Ausgabe

Zum Jahresende 1

20 Jahre DGfZP

Einführung 2

Recht auf Zeit 6

Die DGfZP lebt durch
die Mitglieder 10

Atmende Lebensläufe
statt Normalarbeitszeit 14

Die Frauen verändern
die Zeiten 17

Gegen die Uhrumstellung 23

Zeit für Pflegebedürftige 26

Zeit für und Zeit
der Kinder 29

Nachhaltigkeit als zeit-
politische Aufgabe 30

Zeitpolitik bekannt
machen 34

Grußworte zu
zwanzig Jahren DGfZP 36

Aus der DGfZP

Rückblick auf die
Jahrestagung 2022 46

Zum Tod von
Karlheinz Geißler 47

Who is who? 48

Projekte und
Veranstaltungen 50

Neue Literatur 51

Impressum 54

Liebe Freundinnen und Freunde der Zeit,

das Jahr 2022 war für die DGfZP durch ihr 20jähriges Bestehen ein besonderes – wie ja schon der Inhalt dieses Heftes ausweist. Es war wieder sehr intensiv - mit vielen Aktivitäten, die sich aus dem letzten Jahr heraus weiterentwickelt haben, u. a.:

- Anstrengungen, das Recht auf Zeit auf die europäische Agenda und ein Pilotprojekt zur Etablierung einer Europäischen Akademie für Zeitpolitik auf den Weg zu bringen.
- Mitwirkung am von der Barcelona Time Use Initiative geleiteten Local and Regional Governments TIME Network.
- Mitwirkung an verschiedenen internationalen und nationalen Kampagnen zur Abschaffung der Sommerzeit, zur dauerhaften Rückkehr zur Standardzeit und zur Anpassung der Zeitzonen in einigen europäischen Ländern.
- Weiterentwicklung des Optionszeitenmodells und Ansätze zur Etablierung eines Labors für die Diskussion von Umsetzungsfragen.

Für das Jubiläumsjahr haben wir – wie schon zum 10jährigen Jubiläum – die Zukunft zum Thema der Jahrestagung gemacht. Die Gründung der DGfZP hängt mit diesem Tagungsthema eng zusammen. Das Ziel unserer Gesellschaft ist, Zeitpolitik in allen ihren Facetten für die Gestaltung von Gesellschaft zum Thema zu machen. Wir waren und sind der Überzeugung, dass viele soziale Probleme ohne die zeitliche Dimension nicht zu erfassen und zu lösen sind. Trotz der weit verbreiteten Erkenntnis der Bedeutung von Zeit ist Zeitpolitik bislang meist immer noch unterbelichtet. Als Querschnittsthema par excellence erweist es sich als besonders schwer, Zeit politisch im Alltagsgeschäft zu verankern, weil dies nicht institutionalisiert ist und daher nicht auf Macht und Ressourcen wie etwa Geld und Personal zurückgreifen kann.

2012 war das Thema unserer Jahrestagung „**Was wird aus der Zukunft? Aufstieg und Krise einer Zeitinstitution**“. 2022 greifen wir das Zukunftsthema auf vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen in der Welt und stellten die Frage: „**Wer eigentlich macht unsere Zukunft? Zukunftspolitik zwischen Utopie, Dystopie und Fahren auf Sicht**“. Allerdings war die Welt, als das jetzige Tagungsthema beschlossen und die Tagung dann konzipiert wurde, tatsächlich noch eine andere. Von einer „Zeitenwende“ oder einem „Epochenbruch“ – wie die Großvokabeln gegenwärtig lauten – war noch keine Rede. In der Mehrzahl sind wir als Nachkriegskinder in einer in unseren Breitengraden ungewöhnlich langen Zeit ohne kriegsartige Auseinandersetzung aufgewachsen, Frieden war für den überwiegenden Teil der Bevölkerung zur Selbstverständlichkeit geworden, etwas anderes schien undenkbar. Am 24. Februar sind wir – wie es die Außenministerin Baerbock formuliert hat – „in einer anderen Welt aufgewacht.“ Andere Zukunftsmacher, die nicht so richtig

und nicht auf diese Weise im Blick waren, sind auf den Plan getreten. Insofern hat das Zukunftsthema noch einmal eine zusätzliche – unerwünschte und erschreckende – Brisanz bekommen. Am Ende des letzten Jahres schrieben wir in unserem Jahresrückblick, dass die Zeiten weiter unsicher bleiben werden. Wir haben nicht gehahnt, wie dramatisch die Veränderungen sein, wie sehr die Unsicherheiten zunehmen würden. Auf der Tagung und in diesem ZpM wird immer wieder beschrie-

ben, in welchem Maße die Krisen auch Zeitkrisen sind. Deswegen ist und bleibt Zeitpolitik ein notwendiger Bestandteil einer nachhaltigkeitsorientierten Gestaltung von Zukunft.

Auch wenn die Aussichten gerade eher düster erscheinen, bleibt es die Aufgabe, jede Möglichkeit für eine bessere und friedlichere Welt auszuschöpfen. Wir wünschen Ihnen allen für das neue Jahr positive Wendungen.

Dietrich Henckel und Karin Jurczyk

20 Jahre DGfZP

DIETRICH HENCKEL, ULRICH MÜCKENBERGER, HELGA ZEIHNER

Zur Einführung

Der Blick zurück auf die ersten zwanzig Jahre der DGfZP zeigt eine Erfolgsgeschichte, die Grund zum Feiern gibt. Als die DGfZP in die Welt kam, hatten sich Alltagsbedingungen sehr beschleunigt, immer mehr Menschen arbeiteten, lebten und litten im Alltag unter Zeitdruck. Eine Flut an Ratgeberliteratur und Kursen zu Zeitmanagement und Entspannungsübungen wuchs rasch. Schon seit 1990 gab es den österreichischen „Verein für die Verlangsamung der Zeit“, dem sich viele Zeitverdrossene aus dem kulturellen Leben seither angeschlossen haben. Doch eine Vereinigung für die Wahrnehmung der zeitlichen Dimension politischer Maßnahmen fehlte. Ulrich Mückenberger, an zeitlicher Gleichstellung der Geschlechter engagierter Arbeitsrechtler, und Jürgen Rinderspacher, für mehr Zeitwohlstand sich einsetzender Politologe, luden 2002 weitere zu sozialen Zeitproblemen Arbeitende ein, auf einer Tagung im Oktober in Berlin den zeitpolitischen Implikationen ihrer jeweiligen Arbeitsfelder – Ökologie der Zeit, Zeiten der Stadt, Arbeit und Freizeit, Pflege, Familie, Kindheit – eine gemeinsame Plattform zu geben, von der aus in die Öffentlichkeit und die Politik hinein gewirkt werden kann: eine „Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik“. Zur Gründungstagung in der Ev. Akademie Berlin-Schwanenwerder Ende Oktober 2002 kamen 72 an Zeit Interessierte aus unterschiedlichen Lebensbereichen, von denen 26 sofort der DGfZP beitraten.

Zwanzig Jahre Zeitpolitik im gesellschaftlichen Wandel

Die DGfZP entstand, als die tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen im Übergang von der Industriellen zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft – Entgrenzungen tradierter Geschlechter- und Generationenordnungen, Individualisierung und Flexibilisierung des Arbeitens bei erhöhtem Leistungsdruck – zunehmend das private Alltagsleben und die Arbeitswelt der meisten Menschen durchdrungen und tradierte Zeitbedingungen und Umgangsweisen mit Zeit verändert hatten. In Jahrzehnten technischen Fortschritts und wachsenden Wohlstands hatte sich Demokratiebewusstsein zunehmend durchsetzen können. Enthierarchisierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen, Bemühungen um Gleichstellung, Chancengleichheit und Mitbestimmung waren in allen Lebensbereichen angesagt, wenn auch keineswegs hinreichend erreicht. Daran engagierte Personen haben die DGfZP initiiert und gegründet. In deren ersten Jahren galten deren zeitpolitische Aktivitäten Problemen unvollendeter Transformation im aktuellen sozialen Wandel der Arbeitswelt und des privaten Lebens. Nicht zuletzt die rasant entwickelten digitalen Technologien bestimmen Prozesse in Produktion, Handel, Verkehr, medizinischer Diagnose und somit auch die Zeitbedingungen individuellen Alltagslebens.

Das Jubiläum der DGfZP fällt in ein Jahr der „Zeitenwende“. Der plötzliche Krieg in Europa, die Covid-Pandemie und die verschärfte Wahrnehmung des Klimawandels treffen zusammen. Das führt zu Umbrüchen geopolitischer und ökonomischer Ordnungen, zu Hungerkatastrophen und weltweiten populistischen Erschütterungen der Demokratie. Zeitpolitisch relevant werden die Umbrüche in konkreten direkten oder indirekten Veränderungen im Alltagsleben, darin, wie Menschen mit ihrer Zeit umgehen, in ihrer zeitlichen Lebensqualität. Mit zunehmender Härte von Krisenfolgen wachsen einerseits Offenheit und tätiger Einsatz für alternative Lebens-, Wirtschafts- und Politikformen und andererseits angstbestimmtes Beharren auf Gewohntem. Immer deutlicher wird, dass viele dieser Krisen im eigentlichen Wortsinn „Zeitkrisen“ sind, also Folgen unserer Zeitstrukturen, unseres Umgangs mit der Zeit, der mangelnden Berücksichtigung von Rhythmen und Eigenzeiten von Natur, sozialen und technischen Systemen (s. den Beitrag von *Fritz Reheis*).

In diesem Jahr der multiplen Krisen hat die DGfZP ihre Jahrestagung zum Thema „Wer eigentlich macht unsere Zukunft?“ veranstaltet. (Ein Tagungsbericht findet sich in diesem ZpM, die Vorträge können in der Sommer ZpM-Ausgabe 2023 gelesen werden). Zweifellos trägt auch die DGfZP zu unserer Zukunft bei, wenn sie sich mit zeitpolitischen Argumenten und Vorschlägen in öffentliche Debatten einmischt und sich an politische Instanzen wendet, um das Schaffen besserer Zeitbedingungen anzuregen. Im Einzelnen nachzuzeichnen, an welchen Stellen der gesellschaftlichen Transformationen und Krisen die DGfZP sich bisher aktiv eingebracht hat, und an welchen gesellschaftlichen Problemstellen sie das künftig tun könnte, hätte den Zeitrahmen der Tagung gesprengt. Das wird deshalb in diesem ZpM behandelt.

Warum und wozu Zeitpolitik?

„Wo uns die Zeit drückt“ war der Titel auf der Gründungstagung. Dieser Titel trifft ins Zentrum dessen, womit Zeitpolitik es zu tun hat. Ob Zeitpolitik von zeitlichem Befinden und Tun oder von zeitlichen Umständen in der äußeren Welt ausgeht, immer geht es um Zeitaspekte problematischer Wechselbeziehungen zwischen Individuellem und Gesellschaftlichem, um das Ineinandergreifen von zeitlichen Handlungsmöglichkeiten und Befindlichkeiten von Menschen mit sozialen Umständen und Verhältnissen. Problematisch wird das Individuum-Gesellschaft-Verhältnis zum einen, wenn gesellschaftliche Zeiten die Rhythmen und Tempi der menschlichen und der äußeren Natur ignorieren, und zum anderen, wenn verfestigte gesellschaftliche Zeitordnungen mit individuellen Zeitbedarfen von Menschen nicht zusammenpassen. Diese allgemeinen Zie-

le werden an konkreten Phänomenen der Beschleunigung, der Zeitverdichtung, des Zeitmangels und der Zeitkonflikte im Alltagsleben verfolgt. Das geschieht z. B. in Bezug auf geschlechtergerechte Verteilung von Sorgezeit und Erwerbszeit oder auf Entgrenzungen zwischen Tag und Nacht, zwischen Arbeitszeit und Ruhezeit sowie auf die raumzeitliche Zugänglichkeit von Infrastrukturen, besonders auf Mobilität.

Ausführliche Texte zur Zielsetzung der DGfZP entstanden bald nach der Gründungstagung

- das Buch ZEIT FÜR ZEITPOLITIK (2003) mit Beiträgen von Gründungsmitgliedern ([www.http://zeitpolitik.org/zumdownload](http://zeitpolitik.org/zumdownload))
- und 2005 nach einer vielschichtigen Diskussionsphase das Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik ZEIT IST LEBEN. ([www.zhttp://zeitpolitik.org/zumdownload](http://zeitpolitik.org/zumdownload))

In der Gründungsphase wurden die Maximen für die DGfZP formuliert: „Die DGfZP hat das Ziel, zu lebensfreundlichem Ausgleich zwischen Be- und Entschleunigung und zur Nachhaltigkeit von Alltagszeitstrukturen beizutragen. Sie entwirft Modelle von Zeitsouveränität, von individuellem und kollektivem Zeitwohlstand, sie möchte Zukunftsfähigkeit befördern, schlägt Themen für vertiefende Analysearbeit und Zieldebatten vor und macht alternative zeitpolitische Vorschläge. Wir mischen uns ein. Wir wollen wissenschaftliche Erkenntnisse für die alltägliche Zeitgestaltung, für öffentliche Auseinandersetzungen und politische Entscheidungsprozesse nutzbar machen.“ (aus: Zeit für Zeitpolitik, Vorwort, ergänzt aus www.zeitpolitik.org/Startseite).

Von „Zeitpolitik“ im engeren Sinne sprechen wir dann, wenn bewusst öffentlich und partizipativ Einfluss genommen wird auf die zeitlichen Bedingungen und/oder Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere lebensweltlichen Bedingungen der menschlichen Existenz, und zwar vor allem dort, wo das Alltagsleben sich abspielt: im nähräumlichen lokalen/regionalen Bereich. Vor allem das partizipative Element unterscheidet demokratische Zeitpolitik von traditionellen Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitordnung (etwa die Durchsetzung der Normalzeit, die Veränderung der Arbeitszeiten, der Schulzeiten usw.). Zeitpolitik geht davon aus, dass der demokratische Selbstregulierungsanspruch auch die zeitlichen Elemente des menschlichen Zusammenlebens und der Verhältnisse zwischen Menschen und Natur zu erfassen hat (Mückenberger 2004). Wie Sozialpolitik die materiellen Lebensbedingungen gestaltet, so macht Zeitpolitik die zeitlichen Bedingungen des Alltags – Zeit als Ressource, Zeit als kulturelles Medium – zum Gegenstand bewusster, an Beteiligung orientierter Gestaltung. (Mückenberger 2006; [www.http://zeitpolitik.org/zumdownload](http://www.zeitpolitik.org/zumdownload))

Eine der Gründung der DGfZP nachfolgende Innovation war die Verbindung der zeitpolitischen Absichten mit der Idee eines Rechts auf (eigene) Zeit als Vehikel zur Durchsetzung der Absichten. Wesentlichen ideellen Anteil an der Entwicklung des Rechts auf eigene Zeit hatte der belgische Rechtsphilosoph Francois Ost mit seinem 1999 erschienenen Werk *LE TEMPS DU DROIT* (Die Zeit des Rechts). Dort sprach er unseres Wissens erstmals von einem „droit à son propre temps“ (Recht auf eigene Zeit, S. 31). Ulrich Mückenberger trug diese rechtliche Innovation in den deutschen Sprachraum und reihte sie in den Kontext der europäischen Zeitphilosophie ein (Mückenberger 2004: 261-287). Darauf beruhte die Jahrestagung 2008 der DGfZP „Ein Recht auf eigene Zeit – Chancen zeitpolitischer Innovation“ (dokumentiert in ZpM Nr. 14, Juli 2009), an der auch Ost teilnahm und über „Zeiten des Rechts und Recht der Zeiten“ vortrug: „Man muss zuerst an ein gewöhnlich vernachlässigtes Vorrecht erinnern: das Recht auf Zeit, genauer: das Recht auf eigene Zeit. Jeder, ob Gruppe oder Individuum, muss nach seinem eigenen Tempo und Rhythmus vorangehen dürfen (oder auch stehen bleiben). Besser noch: jeder muss seine eigene Geschichte schaffen dürfen, muss seine eigene ‚Diagonale‘ zwischen Dauer und Augenblick entdecken und die auf diesem Weg angemessen erscheinenden ‚Initiativen‘ ergreifen dürfen. Jeder sollte die Möglichkeit haben, entsprechend seiner Erfahrungen eine Vergangenheit und gemäß seinen Erwartungen eine Zukunft zu bauen.“

(ZpM Nr. 14: 5). Seither begründet die DGfZP zahlreiche ihrer Konzepte und Forderungen mit dem Recht auf eigene Zeit. In diese zeitpolitische Sequenz gehört, dass in einem Politikdokument des Europarats erstmals das „Recht auf Zeit“ genannt wurde (s. den Beitrag zum Recht auf Zeit). Die Konzeption dieses Rechts verbreitet sich seither europaweit – so im „Memorandum: Das Recht auf Zeit gehört auf die europäische Tagesordnung!“, das 2020 von sieben europäischen zeitpolitischen Organisationen getragen und in fünf Sprachen publiziert wurde. Dieses Memorandum verband das Recht auf eigene Zeit mit der Forderung nach Errichtung einer Europäischen Akademie für Zeitpolitik, die seiner konzeptionellen und praktischen Durchsetzung und Weiterentwicklung dienen soll (s. <http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/memorandumDE.pdf>).

Dass es sich bei diesem „Recht“ nicht um ein schon geltendes, also „positives“ Recht, sondern um eine rechtspolitische Forderung handelt, ist allen Beteiligten klar. Doch als „right in progress“ reiht es sich in Rechte ein, die als politische Forderung entstanden, um sich griffen, sich allmählich realisierten und schließlich den Rang eines handlungsleitenden Rechts einnahmen (s. den Beitrag von *Ulrich Mückenberger* zum Recht auf Zeit).

Was hat die DGfZP in ihren ersten zwanzig Jahren angestoßen, was hat sie erreicht?

Die DGfZP ist nach wie vor ein kleiner gemeinnütziger Verein, der ausschließlich von den Mitgliedsbeiträgen, dem Engagement der Mitglieder und der ausschließlich ehrenamtlichen Arbeit der Mitglieder und des Vorstands getragen wird.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich zahlreiche Fragen: An welchen Stellen des gesellschaftlichen Wandels und in welchen aktuellen Krisen hat sich die DGfZP bisher diskursiv und mit Vorschlägen eingebracht? Mit welchen Fragen, auf welche Weise ist das geschehen? Wobei und auf welche Weise gelingt es, Interesse für Zeitpolitik in der Öffentlichkeit zu wecken und Personen in Politik, Verbänden und Wirtschaft zu nachhaltigem zeitpolitischem Handeln zu bewegen? Und wobei ist das noch nicht gelungen? Warum nicht? Wobei gibt es Unterstützung und wobei Hindernisse? Antworten nicht auf alle diese Fragen, aber auf Teile davon finden sich in diesem ZpM.

Vorab geht es um die Bedeutung derer, durch die die DGfZP lebt, die Mitglieder. In ihrem Beitrag beschreibt *Helga Zeiher*, warum Mitglieder in die DGfZP eingetreten sind anhand von Zitaten aus deren Selbstdarstellungen im zeitpolitischen Magazin sowie die Formen, in denen Mitglieder sich diskursiv an der Weiterentwicklung der DGfZP beteiligen können. In ihren Beiträgen stellen mehrere Mitglieder den Zeitbezug ihrer Themenfelder und die zeitpolitisch relevanten Aktivitäten vor sowie, was darin bereits erreicht ist und was zu tun ansteht. Sie bringen zeitpolitische Argumente in öffentliche Reformdiskurse ein, einige richten sich mit Vorschlägen direkt an politische Instanzen.

Konkrete zeitpolitische Reformen anstoßen

Mehrere Mitglieder greifen in ihrem Themenfeld Problemstellen auf und setzen sich für entsprechende zeitpolitische Maßnahmen ein. Ausgehend von Problemanalysen wenden sie sich mit Vorschlägen an Akteure in Ministerien, Kommunen, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Betrieben. Solche konkreten Aktivitäten sind in mehreren Themenfeldern entstanden, von einem Mitglied oder von mehreren Mitgliedern gemeinsam betrieben, manche auch mit mehreren aufeinander aufbauenden Vorhaben. Die Wege zum Erfolg sind lang, noch auf keinem ist das ganze Ziel erreicht; die Bretter, in die in der DGfZP gebohrt werden, sind dick. Diese Projekte weiter voranzubringen und vielleicht bis zur Realisierung voranzutreiben, wird eine zentrale Aufgabe der DGfZP bleiben.

Seit Gründung der DGfZP ist die *kommunale Zeitpolitik* ein umfangreiches praxisnahes zeitpolitisches Themenfeld

der DGfZP mit unterschiedlichen Vorhaben in deutschen Kommunen und mit internationalen Kooperationen – dank *Dietrich Henckel* und *Ulrich Mückenberger*, die die vielfältigen Aktivitäten in ihrem gemeinsamen Beitrag darstellen.

Wohl am weitesten in die Öffentlichkeit und in die Politik strahlt das Projekt „Atmende Lebensläufe“ – eine soziale Utopie, die die Familiensoziologin *Karin Jurczyk* und der Arbeitsrechtler *Ulrich Mückenberger* entworfen haben und das mit dem dazu erarbeiteten „Optionszeitenmodell“ realisiert werden könnte. In ihrem gemeinsamen Beitrag zeichnen sie die komplexen Aktivitäten nach, die aus der sozialpolitischen Utopie einmal Realität werden lassen sollen.

Ein nicht weniger dickes Brett wird mit der Kampagne gegen die jährliche Umstellung der Uhr, also für die Abschaffung der Sommerzeit und die dauerhafte Rückkehr zur Standardzeit gebohrt. Dieses Ziel in allen europäischen Ländern zu erreichen ist nicht leicht, zunächst braucht es genügend Kooperationspartner zur Unterstützung beim Verbreiten von Argumenten, die *Dietrich Henckel* und *Björn Gernig* in ihrem gemeinsamen Beitrag erläutern.

Impulse zur Verbesserung zeitlicher Lebensqualität geben

In anderen Themenfeldern gehen Mitglieder ebenfalls von aktuellen gesellschaftlichen Problemen und deren zeitlichen Bedingungen aus, jedoch ohne sich an zuständige politische Instanzen mit konkreten zeitpolitischen Vorschlägen zu wenden. Letzteres ist in der Regel auf einen Mangel an personellen und/oder finanziellen Ressourcen zurückzuführen. Über solche Themen berichten die folgenden Beiträge beispielhaft.

Wie und unter welchen zeitlichen Bedingungen Menschen mit Einschränkungen und unselbständige Alte gepflegt

werden, ist sehr unzureichend. Obwohl die betroffenen Pflegenden und Pflegebedürftigen darunter leiden, ist dieses Problem lange Zeit politisch vernachlässigt geblieben. In der DGfZP hat sich *Jürgen Rinderspacher* seit langem für Verbesserungen engagiert. Davon berichtet er in seinem Beitrag.

Welche Zeiten Kindern in unserer Gesellschaft zugeteilt werden und welche ihnen gelassen werden und wie Kinder mit Zeit umgehen, beschreibt *Helga Zeiher* in ihrem Beitrag. In der DGfZP sind unterschiedliche konkrete Fragen aus diesem Themenfeld auf Jahrestagungen und in Zeitpolitischen Magazinen behandelt worden.

Politik für Nachhaltigkeit ist Zeitpolitik, denn Nachhaltigkeit impliziert Dauer und Wiederholbarkeit. In seinem Beitrag begründet *Fritz Reheis*, warum ein großer Teil der Nachhaltigkeitspolitik als Zeitpolitik zu verstehen ist. Denn sie versucht, Menschen vor Versuchen der Beeinträchtigung ihres Zeitbedarfs zu schützen, in ihr Recht auf Zeit einzugreifen.

Zeitpolitik bekannt machen

Die beiden Zielrichtungen der DGfZP, Zeitkonflikte und implizite Zeitpolitiken in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und explizite Zeitpolitik anzustoßen, bestärken sich wechselseitig. Im letzten Beitrag aus der DGfZP gibt *Helga Zeiher* einen Überblick über die Wege, auf denen die DGfZP Zeitpolitik bekannt macht. Davon, wie das Zusammenwirken von politikbezogenen Aktivitäten und Information der Öffentlichkeit bereits gelungen sind, zeugen *die Grußworte* zeitpolitisch aktiver Personen aus Wissenschaft und Praxis sowie Wegbegleiter:innen der Arbeit der DGfZP zum zwanzigjährigen Bestehen der DGfZP, die den Jubiläumsteil dieses ZpM beschließen.

Sie sind noch nicht Mitglied der DGfZP?

So können Sie Mitglied werden:

Das Antragsformular finden Sie auf www.zeitpolitik.de.

Oder senden Sie Ihre Anmeldung per Post an die Geschäftsstelle der DGfZP:

Prof. Dr. Dietrich Henckel | Holsteiner Ufer 28 | 10557 Berlin

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 75,00 €, ermäßigt 40,00 €.

Er ist zu überweisen auf das Konto Zeitpolitik e.V. bei der Postbank Berlin,

IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05 · BIC: PBNKDEFF

Die DGfZP ist als Gemeinnütziger Verein anerkannt.

Das Recht auf Zeit

Zeitpolitische Bedingungen für eine gerechte und nachhaltige Politik für Männer und Frauen

Vor wenigen Jahren hat das Recht auf Zeit erstmals in ein europäisches Politikdokument Eingang gefunden. Auf seiner 19. Tagung vom 26.–28. Oktober 2010 verabschiedete der Europarat, Kongress der Gemeinden und Regionen, die Entschließung 313 (2010) und die Empfehlung 295 (2010) mit dem Titel „Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll?“ Dort finden sich folgende Erwägungen:

Der Europarat befasst sich ... seit vielen Jahren durch seine Europäische Sozialcharta (1961), seine überarbeitete Europäische Sozialcharta (1996)¹, und die Arbeit des Lenkungsausschusses für die Gleichheit von Mann und Frau (CDEG) zur Vereinbarung von Berufs- und Privatleben implizit mit Zeitpolitik. ... (Diese) betrachtet Zeit sowohl als Ressource als auch als kulturelles Medium und sie hinterfragt traditionelle Raumplanungsmechanismen. Sie hat zur Entwicklung neuer Formen von Institutionen (Zeitbüros) und zu neuen Formen der lokalen Partizipation und Kooperation geführt (z. B. der kommunale Bürgerdialog und öffentlich-private Partnerschaften). ... Der Kongress <ruft> das Ministerkomitee des Europarats auf, das „Recht auf Zeit“ einzubeziehen. Er empfiehlt dem Ministerkomitee, die relevanten Organe des Europarats aufzurufen, insbesondere jene, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter und sozialem Zusammenhalt befassen, sich ausdrücklich mit der Zeitpolitik zu befassen und die Zeitverwaltung in ihre Aktivitäten aufzunehmen, zusammen mit den Konzepten „Zeit-Wohlbefinden“ und „zeitliche Lebensqualität“.

In zahlreichen politischen Gestaltungsakten ist das „Zeit-Haben“ als rechtlich wertvoll anerkannt worden – auch wenn von einem „Recht“ auf Zeit nicht die Rede war. Der Europäische Gerichtshof wie auch nationale Gesetzgeber sind dazu übergegangen, bei Flugzeug- und Bahnverspätungen nicht mehr nur Ersatz für materiellen Schaden zuzusprechen, sondern den Zeitverlust als solchen mit einer Ausgleichszahlung zu kompensieren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat überlange Wartezeiten auf Prozesse und Verhandlungen von Gerichten scharf begrenzt und mit Sanktionen ausgestattet. Das Europäische

Parlament hat mit dem „right to disconnect“ der grenzenlosen zeitlichen Erreichbarkeit von Arbeitnehmer:innen durch Kommunikationstechnologien Grenzen gezogen. In Deutschland haben Gesetzgeber z.B. Krankenversicherten ein Recht auf einen Facharzttermin innerhalb von drei Wochen, Eltern und Kindern das Recht auf Plätze und Zeiten der Kinderbetreuung zugesprochen, und sich auch für Ziehungsrechte Beschäftigter für Care- und Weiterbildungszeiten ausgesprochen.

Besonders im Arbeitsleben ist das Bewusstsein gestiegen, dass Zeit eine nicht wegzudenkende Wohlstandskomponente ist, die nicht mit Geld aufgewogen werden kann. Zahlreiche Tarifverträge der vergangenen Dekaden in großen Sektoren (Eisenbahn, chemische und Metallindustrie, Dienstleistungsbereich) haben den Beschäftigten die Option eingeräumt, zwischen Geldzahlungen und freien Zeiten für Care und/oder Bildung zu wählen. Diese Tarifverträge beruhen meist auf vorherigen Mitgliederbefragungen – und entsprechend werden die zeitlichen Ziehungsrechte viel stärker angenommen, als selbst Kenner erwartet hatten. Im Gesundheits- und Pflegebereich (das hat die Corona-Krise gelehrt) ist die Einsicht gewachsen, dass Pflege „eigene Zeiten“ braucht, um erfolgreich zu sein; deshalb setzen Neuregelungen zunehmend bei Personal- und Zeitausstattungen von Pflegepersonal an. Dies sind Beispiele dafür, dass sich in zeitpolitischer Hinsicht etwas bewegt – auch wo die beteiligten Menschen die Worte „Zeitpolitik“ oder „Recht auf Zeit“ nicht verwenden, vielleicht nicht einmal kennen.

Zeitpolitik zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in allen Lebenslagen. Ein „Recht auf eigene Zeit“² ist gefordert, wo Menschen ohne Willen und Zutun in Stress und Hetze, in durch Beschleunigung und Ökonomisierung zersplitterte „Zeitpuzzle“-Alltage und entwürdigendes Warten gezwängt werden, wo zeitliche Benachteiligung nach Geschlecht und sozialer Klasse zu verzeichnen ist.

Ein neues „Recht“?

Gewiss: Papier ist geduldig. Es sind schon viele „Rechte“ erfunden worden, die in der Wirklichkeit unbemerkt blieben – oder die bemerkt, aber kaum beachtet wurden. Aber es gibt auch Fälle, wo Rechte – zunächst eher als moralische

1 Artikel 22 – Die Arbeitnehmer haben das Recht auf Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt, Artikel 23 – Alle älteren Menschen haben das Recht auf sozialen Schutz, Artikel 26 – Das Recht auf Würde am Arbeitsplatz, Artikel 27 – Das Recht von Arbeitnehmern mit Familienverpflichtungen auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung.

2 Näher dazu Mückenberger, U., 2004: Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken – lokale Effekte – soziale Regulierung, Berlin: edition sigma.

Ansprüche – neu aufkamen, soziale Triebkraft entwickelten und sich allmählich (oder auch in Umbrüchen) zu harter Münze verfestigten. Denken wir beispielsweise an das allgemeine Wahlrecht (als wirklich allgemeines gerade mal um 100 Jahre alt), an die Gleichberechtigung von Männern und Frauen (rund 70 Jahre alt), das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ (heute 40 Jahre alt) oder Ansätze eines „Rechts der Natur“³ (heute 32 Jahre alt).

Charakteristisch ist dabei oft, dass so proklamierte Rechte nicht die Welt neu erschaffen, sondern „irgendwie“ schon da sind – z.B. als Menschenwürde, Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit. Aber diese spitzen sich unter gewissen Umständen zu und werden konkret und bissig – wie das informationelle Selbstbestimmungsrecht unter dem Eindruck der neuartigen Datensammel- und Verarbeitungswut. Sie figurieren dann das vorhandene Normenmaterial neu, geben Handhabung für Fälle und Konstellationen, die vorher kaum beachtet wurden. Oft bedarf es der konkreten Anlässe, die den Sinn des „Rechts“ symbolisch und sinnfällig machen wie im Falle des informationellen Selbstbestimmungsrechts die Volkszählung 1983 (ein für heutige Verhältnisse geradezu harmloser Fall, an dem sich das neue Recht zu behaupten hatte!).

All das trifft auf das neue „Recht auf Zeit“ auch zu. Es ist hochgradig vage und unbestimmt. Es trifft – das ist meine nun schon jahrzehntelange Erfahrung mit Zeitpolitik – auf intuitive Zustimmung bei zunehmend gehetzten und dadurch überforderten und ausgebrannten Menschen. „Zeit“ wird ihnen zunehmend zum Problem. Nicht nur ihr willfähiges „Objekt“, sondern „Subjekt“ eines Rechts auf Zeit zu sein, das klingt nach Würde und Selbstbehauptung. Aber der Gedanke fällt dann schon sehr schnell wieder der Selbstzensur, der Schere im Kopf zum Opfer – wie soll das denn gehen, jeder ein Recht auf Zeit? Gibt es da nicht Wichtigeres? Und wo kommen wir denn da hin, wenn jetzt auch noch Zeit verwaltet wird? Sollen etwa alle über ihre Zeit selbst das Sagen haben?

Warum ein Recht auf Zeit?

Das erste Charakteristikum von Zeit – und Problem von Zeitpolitik – ist ihre Allgemeinheit (vielleicht ist diese Allgemeinheit allerdings auch die langfristige Chance von Zeitpolitik). Zeit tritt nie allein für sich auf. Alle menschlichen und natürlichen Abläufe und Ereignisse geschehen „in der Zeit“, Zeiten sind immer Zeiten „von etwas“. Zeitpolitik kommt daher in unterschiedlichsten Bereichen und in unterschiedlichen Mischungen mit anderen Politiken vor. Sie kann Komplement sein

- von Sozialpolitik, etwa wenn es um die Erreichbarkeit personenbezogener kommunaler Dienstleistungen geht;
- von Familienpolitik, etwa wenn es um die zeitlichen Bedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht;
- von Gesundheitspolitik, wenn es um Qualität und Quantität von Pflegezeiten etwa in Krankenhäusern geht;
- von Ökologie, etwa wenn es um den Einfluss von Beschleunigung auf klimatische Bedingungen geht;
- von Ernährungspolitik, etwa wenn es um die Verträglichkeit von „fast food“ oder Schnell-Lege-Batterien geht;
- von Bildungspolitik, wenn es um die Beschleunigung von Abschlüssen in Gymnasien und Universitäten geht;
- von Raum- und Stadtentwicklungspolitik, etwa wenn es um die Stadt der kurzen Wege, Mischnutzung oder Revitalisierungskonzepte geht;
- ja sogar von demokratischer Beteiligungspolitik, wenn es etwa um politische Entscheidungsprozesse wie in der Finanzmarktkrise geht.

Dass hier Anliegen als „zeitpolitische“, und nicht allein als sozial-, familien- und stadtentwicklungspolitische, ökologische oder demokratiepolitische, verspürt und artikuliert werden, hat wohl einen gemeinsamen Grund: In diesen Bereichen wird Zeit als besonders leidhafte oder gelungene Alltagskomponente wahrgenommen, die als eine die Alltagsbereiche übergreifende Leidens- oder Glückserfahrung erlebt wird. Gesucht werden eine „Einheit des Alltags“ (Helga Krüger) und individuelle und kollektive Selbstbestimmung über die eigene Zeit. Kritisiert werden entsprechend zersplitterte „puzzle“- oder „patchwork“-Alltage, entfremdete Zeit.

Zeitpolitik thematisiert dabei gesellschaftliche Bereiche (baulicher, finanzieller, bürokratischer oder sonstiger Art) von den menschlichen Alltags her – nicht (oder erst sekundär) von den Gestaltungspotenzialen und -grenzen, den Eigenlogiken dieser Bereiche her.

Zeiten sind immer Gegenstand von Verteilungsprozessen und -konflikten und von Beurteilungskriterien für ihre sozial gerechte Verteilung. Diese – sich heute verbreitende – Erkenntnis der gesellschaftlichen Organisation von Zeitverteilung und Zeitkonflikten nach Gerechtigkeitsmaßstäben ist die Geburtsstunde der Zeitpolitik. Man kann sich Zeitpolitik als eine zweite Generation des Sozialstaats vorstellen. Zur ersten Generation, die materiellen Wohlstand gestaltet und (um)verteilt, tritt die zweite hinzu, die Zeit gestaltet und (um)verteilt. Zeit wird dabei nicht nur (quantitativ) als Ressource verstanden, sondern auch (qualitativ) als kulturelles Medium (daher ist Zeitpolitik kritisch gegenüber dem florierenden „Zeit-Management“). Während der Sozialstaat der ersten Generation noch bürokratisch – top down – ver-

3 § 90a BGB Tiere: Tiere sind keine Sachen. Sie werden durch besondere Gesetze geschützt. Auf sie sind die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

fahren konnte (was aber auch längst bestritten ist!), bedarf Zeitpolitik neben ausgewiesenen Gerechtigkeitsmaßstäben auch der systematischen Beteiligung derer, um deren Alltag es geht.

Was heißt Recht auf eigene Zeit?

Das Recht auf eigene Zeit verleiht einerseits Individuen und Gruppen die Befugnis, durchzusetzen, dass ihre zeitlichen Belange auch bei Machtungleichgewicht ernst genommen und zum Gegenstand von Verhandlungen nach Gerechtigkeitsmaßstäben gemacht werden. Es verlangt andererseits geeignete gesellschaftliche Vorkehrungen, die die gesellschaftliche Koordination von Zeit und zeitlichen Belangen erlauben. Der *subjektivrechtliche Anteil* des Rechts auf eigene Zeit beinhaltet die Berechtigung, legitime eigene zeitliche Belange bei Entscheidungsprozessen berücksichtigt zu sehen. Bislang können wir diesen Ausgangspunkt in fünf Punkten eingrenzen, nicht aber bereits klar definieren.

Im negativen Sinn: Das Recht auf Zeit ist verletzt, wo der individuelle oder kollektive Zeitgebrauch 1. nicht der Selbstbestimmung unterliegt, sondern fremdbestimmt wird, 2. strukturell ungleich zwischen Personengruppen – insbesondere zwischen den beiden Geschlechtern – verteilt ist, also mit Diskriminierung einhergeht, und 3. mit einer systematischen Entwertung der Zeit einhergeht (indem etwa – wie im Falle vieler Arbeitsloser oder Älterer – zwar vorhandene Zeitkontingente doch aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben ausgegrenzt erscheinen, somit der Handlungsnutzen von Zeit beeinträchtigt ist). *Im positiven Sinn:* Das Recht auf eigene Zeit verlangt, dass der individuelle und kollektive Zeitgebrauch 4. die Möglichkeit zu einem selbst gewählten kulturellen Eigenwert aufweist (wie etwa Zeiten der Muße, der Kommunikation und Unterhaltung, der Andacht, des Sports, des Lernens, der Körperpflege, des Füreinanderda-seins usw.), 5. Spielräume gemeinsamer Zeiten für Tätigkeiten und Erfahrungen erlaubt, die nur oder besser gemeinsam mit Anderen (Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Verein, Gesellschaft usw.) gemacht werden.

Der zweite Bestandteil des Rechts auf eigene Zeit (juristisch der *objektivrechtliche Anteil*) verlangt gesellschaftliche Vorkehrungen, die selbstbestimmten Zeitgebrauch erlauben. Um die alltägliche Zeit „freier“ zu gestalten, braucht man Infrastrukturen – wie Verkehrsmittel, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Kindertagesstätten usw. Beispiele für den objektivrechtlichen Anteil des Rechts auf eigene Zeit sind etwa Gebote zu Zeitbüros oder örtlichen Zeitleitplänen, wie sie die italienische Gesetzgebung von 2000 vorsieht.⁴

4 Neuere Nachweise zu den Beispielen aus Italien und Frankreich finden sich bei Ulrich Mückenberger (2017): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Gutachten im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen, Baden-Baden: edition sigma bei Nomos.

Das „Recht auf eigene Zeit“ beschränkt sich in seinem potenziellen Wirkungskreis also nicht auf individuelle oder familiäre Lebensverhältnisse. Es hätte – wenn es denn wahrgenommen und wehrhaft gemacht würde – strukturelle Bedeutung für die Integrität des gesellschaftlichen Ganzen.

Das Recht auf eigene Zeit steht so in keiner Verfassung, keinem Gesetzbuch. Sollte aus der Utopie ein positives Recht werden, so handelt es sich um ein Menschenrecht. Recht auf eigene Zeit könnte im Kontext lokaler Zeitpolitik zwar auch als eine Art Stadtbürger:innenrecht verstanden werden. Denn es konzentriert sich hier wesentlich auf Beziehungen und Vorkehrungen im örtlichen Nahraum der Kommune, der Stadt, der Region, der Betriebe, in dem sich der Alltag abspielt und von dem er seine Zeitstrukturen und Zeitgestalt bezieht. Aber heute wäre in unserem Gemeinwesen nicht an ein Stadt-, sondern an ein Staatsbürger:innenrecht zu denken. Aber selbst ein Staatsbürger:innenrecht auf Zeit wäre zu eng, weil die Stadt neben Einwohner:innen zeitweilige Bevölkerungen enthält wie Pendler:innen, Tourist:innen, Migrant:innen, Geschäftsleute. Gerade an dieser Vielzahl der Stadtnutzenden muss sich das Recht auf Zeit bewähren.

Anwendungsfelder des Rechts auf Zeit

Das Recht auf Zeit ist auf spezifischen Anwendungsfeldern zu konkretisieren. Entsprechend dem Stand der neueren wissenschaftlichen Diskussion zur Erwerbsarbeits-, Geschlechter- und Mobilitätspolitik lassen sich dabei vornehmlich drei gesellschaftliche Bereiche identifizieren, in denen Zeitgestaltung und -politik eine immer wichtiger werdende strukturierende Rolle einnehmen: die Bereiche der Erwerbsarbeit, der regenerativen Tätigkeit und der zwischen diesen beiden vermittelnden Instanzen (wie Infrastruktur, Nachbarschaft, Ehrenamt und sozialer Zusammenhang, Mobilität). Durch Zeitgestaltung und -politik werden diese Bereiche in eine notwendige Wechselbeziehung zueinander gesetzt. Es entsteht ein „System kommunizierender Röhren“, an dem sich das Recht auf Zeit zu konkretisieren und zu bewähren hat.

Die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen bei immer noch relativ unveränderten Geschlechterrollen innerhalb der privaten Haushalte provoziert sehr viele Zeitkonflikte. Diese treten in neuen „Erwerbskontrakten“ in Erscheinung – einer Aufwertung der Teilzeitarbeit, auch für Männer, Suche nach Teilzeit in Führungspositionen u. a. Dass hier von der betrieblichen Zeitorganisation unangetastet bleibt, ist völlig ausgeschlossen.

Vor fast genau dreißig Jahren hat die damals gerade frischgebackene Fraktion der Grünen im Bundestag einen Arbeitszeitgesetzentwurf eingebracht, der versuchte, Ausmaß und Gestaltung der Erwerbsarbeitszeit mit Zuwendung von Zeit

für wichtige andere gesellschaftliche Zwecke zu verbinden.⁵ Ein Effekt von Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung sollte auf diese Weise eintreten, wobei dies Zielen ökologischer, sozialer und geschlechterpolitischer Art entsprechen sollte.

Im Entwurf war deshalb ausformuliert, was als „innere“ *Arbeitszeitverkürzung* bezeichnet wurde. Neben verlängerten Pausen, sog. individuellen und kollektiven Verfügungszeiten der Arbeitnehmer:innen war vorgesehen, den Arbeitsalltag zu entdichten und zugleich kommunikative Reflexionszeiten innerhalb der Arbeitswelt zu verankern. Ein differenziertes System von Freistellungsansprüchen war für Tätigkeiten (wie berufliche Fortbildung) vorgesehen, für die, da sie zugleich dem Unternehmen zugutekommen, das Entgelt weiterzubezahlen wäre. So sollten Tätigkeiten (wie Kindererziehung und Pflege), die der gesellschaftlichen Gesamtheit zugutekommen, mit einer entgeltbezogenen Lohnersatzleistung vergütet werden, während für Tätigkeiten, die primär persönlichen Anliegen folgen (etwa eine Weltreise), die Beschäftigten selbst aufkommen sollten. Dieses System ist heute als System der zeitlichen Ziehungsrechte bekannt und wird in gewissem Umfang bereits praktiziert.

Hinter der inneren Arbeitszeitverkürzung steckte ein normatives Bild der „Freiheit in der Arbeit“, also der Versuch, Selbstrealisierungs- und Sinnansprüche Arbeitender selbst in die Arbeitswelt hineinzuziehen, wo sie ja entweder gar nicht anerkannt oder immer wieder in der Realisierung bedroht sind. Die Position unterschied sich vom normativen Bild der „Freiheit von der Arbeit“, das die damalige Diskussion um lineare Arbeitszeitverkürzung prägte. Sie gründete sich auf die immer sichtbarer werdende Unterversorgung unserer Gesellschaft mit gesellschaftlicher Arbeit, die nicht in Form von Erwerbsarbeit geschieht und gleichwohl zum Gesellschaftsbestand unerlässlich ist, insbesondere auf die geschlechter-hierarchische Zuordnung solcher Arbeit und die daraus folgende Frauendiskriminierung durch Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen.

Beides – gesellschaftliche Unterversorgung und damit einhergehende Schlechterstellung von Frauen – sind heute wie ehemals ungelöste Probleme. Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger (beide Mitverfasser:in des Grünen Arbeitszeitgesetzentwurfs von 1984) haben nunmehr einen Gestaltungsvorschlag ausgearbeitet, der an das damalige Vorhaben anknüpft, aber zwei grundlegende Modifikationen vornimmt. Zum einen soll „Care“ (im umfassenden englischsprachigen Sinn) zum Bezugspunkt für solche Ziehungsrechte werden. Zweitens soll an die Stelle einzelner Rechtsquellen und Berechtigungen für Ziehungsrechte ein

Optionszeit-Budget von vielleicht neun Jahren der Erwerbstätigkeitsphase treten. Diese Konkretisierung des Rechts auf Zeit wird in diesem ZpM näher ausgeführt (s. Beitrag Jurczyk/Mückenberger, S. 14). Auch das meint Zeitpolitik als eine – auf das Recht auf eigene Zeit gestützte – Politik der „Freiheit in der Arbeit“, nicht nur „von der Arbeit“.

Wofür und für wen wird das Recht auf eigene Zeit von Nutzen sein?

Das Recht auf eigene Zeit löst für sich allein nicht die aktuellen gesellschaftlichen Probleme. Immer wo ein „Recht“ besteht, beginnt erst die Arbeit an der Konkretisierung und Durchsetzung dieses Rechts. Rechte Einzelner kollidieren mit den Rechten anderer – und bedürfen einer gegenseitigen Koordination und Harmonisierung. Trotzdem ist die Anerkennung eines Rechts auf eigene Zeit keineswegs überflüssig – oder bloße „Verfassungsliturgie“. Existiert es, so müssen sich auch die Befugnisse anderer daran messen lassen. Z.B. sind dann Arbeitszeiten systematisch auf ihre Vereinbarkeit mit sonstigen Lebenszeiten abzurufen; Ämter-, Öffnungs-, Kinderbetreuungs-, Bibliothekszeitgestaltungen müssen sich dann daran rechtfertigen, ob sie den Zeitbedarfen der Nutzer:innen entsprechen; Mobilitätszeiten müssen systematisch mit Mobilitätsbedarfen abgestimmt werden usw.

Bislang, also ohne das Recht auf eigene Zeit, ist Zeit-Haben oder Keine-Zeit-Haben Privatsache: Der eine hat sie, die andere nicht. Zeit„anbieter“ (wie die gerade genannten) können Zeiten anbieten, die ihrer Profit-, Effizienz- oder Bequemlichkeitslogik entsprechen – Zeit„nachfrager“ müssen sich danach richten. Und wenn sie permanent keine Zeit haben, gestresst, überlastet und ausgebrannt sind, dann ist das ihr Problem (und das ihres individuellen „Zeit-Managements“), nicht das der Gesellschaft. Genau das ändert sich mit dem Recht auf eigene Zeit. Denn dieses Recht begründet eine gesellschaftliche Zeit-Solidarität, die die individuelle Verantwortung für die eigene Lebensführung nicht ersetzt, aber gerade dort unterstützt, wo Zeitleiden vorhersehbar ist, nämlich da wo es gesellschaftlich verursacht und gesellschaftlich heilbar erscheint.

Das Recht auf eigene Zeit erkennt an, dass die Definition über eigene Zeit bei den Individuen und Gruppen zu verbleiben hat. Gesellschaftliche Vorkehrungen für den alltäglichen Zeitgebrauch sollen nicht obrigkeitlich Standardalltage präformieren. Sie sollen der Vielfalt gewählter Lebenslagen Raum geben, Ermöglichungsbedingungen für sie bereithalten. Insofern sind Zeitpolitik und ein Recht auf eigene Zeit nur mit wirksamen Partizipationschancen der davon Betroffenen vorstellbar und legitimierbar.

⁵ Hoss, Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion – BT-Drs. 10/2188, 25. 10. 1984.

Die DGfZP lebt durch ihre Mitglieder

Als eingetragener Verein hat die DGfZP eine Satzung, in der die Organisationsstruktur sowie die Pflichten und Rechte der Mitglieder geregelt sind. Auch das Ziel Zeitpolitik ist dort verankert. Wie die allgemeine Zielsetzung konzeptuell differenziert und lebensweltlich verwirklicht, mit Leben erfüllt wird, hängt von den Personen ab, die sich als Mitglieder engagieren. Die Aktionen der DGfZP entstehen und wandeln sich mit den Interessen, Arbeitsgebieten und fachlichen Orientierungen sowie den gesellschaftspolitischen Engagements und Denkweisen ihrer Mitglieder. Wer DGfZP-Mitglied wird, kommt mit zeitbezogenen Interessen, Zielen und Erfahrungen aus eigenen aktuellen oder früheren Studien, beruflichen Tätigkeiten oder auch mit Zeitproblemen im privaten Alltag.

Viele Mitglieder beteiligen sich an der Verbreitung zeitpolitischen Denkens, indem sie sich in ihrem Umfeld für zeitpolitische Maßnahmen einsetzen sowie auf zeitpolitische Aspekte im aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Geschehen hinweisen. Zu sozialen und kulturellen Fragen, an deren zeitlichen Implikationen sie persönlich besonders engagiert sind, publizieren manche Mitglieder in Presse, Funk und Internet, schreiben, Bücher, Buchbeiträge und Blogs, halten Vorträge (s. zeitpolitik.org/publikationen).

Die Abfolge von Mitgliedergenerationen trägt zum Wandel der Aktivitäten in der DGfZP bei. Denn jede Generation wird in andere gesellschaftliche Umstände geboren und durchlebt andere Phasen sozialen Wandels, von diesen geprägt und diese prägend. Mit neuen Mitgliedern kommen andere lebensgeschichtlich gewordene soziale Orientierungen, thematische Schwerpunkte und Herangehensweisen hinzu. Und wenn ein aktives Mitglied passiv wird, kann es geschehen, dass auch dessen Thematik im inhaltlichen Spektrum der DGfZP schwindet.

Beweggründe der Mitglieder

Was sie zur Mitgliedschaft in der DGfZP bewegt hat, wissen wir von denjenigen Mitgliedern, die sich in der Rubrik „Who is who“ des Zeitpolitischen Magazins vorgestellt haben. In den Selbstpräsentationen werden lebensgeschichtliche Berührungen mit Zeitproblemen und Überlegungen beschrieben, die Interesse an Zeitpolitik geweckt haben. Manche dieser Mitglieder weisen auf Bedarf an zeitpolitischen Reformen hin, legen der DGfZP nahe, sich dafür einzusetzen, und würden daran mitarbeiten wollen. Viele begründen ihr Eintreten in die DGfZP mit ihren Berufs- oder Studententätigkeiten oder/und mit Zeitproblemen

in ihrem Familienleben. In den meisten ZpM-Ausgaben finden sich zwei Selbstpräsentationen, seit der ersten Ausgabe im September 2003 liegen 62 vor. Da viele dieser Mitglieder nach mehr oder weniger langer Zeit ausgetreten und viele andere hinzugekommen sind, sind weitaus mehr Personen irgendwann Mitglied geworden, als sich im ZpM vorgestellt haben. Das Bild des inhaltlichen Spektrums der DGfZP, das die Gesamtheit dieser Selbstpräsentationen gibt, ist daher nicht repräsentativ für die teils fluktuierende, teils beständige Gesamtheit der Mitglieder, gleichwohl aber ein lebensnahes Bild der Vielfalt. Nicht repräsentativ ist es zudem, weil diejenigen, die die Gründung initiiert oder mitgetragen haben, sich nie im ZpM vorgestellt haben. Man ging davon aus, dass sie in der DGfZP durch einschlägige Aktivitäten und/oder als Vorstandsmitglieder bekannt waren.

Ergebnisse einer schriftlichen Mitgliederbefragung, die der Vorstand der DGfZP im Jahr 2019 durchgeführt hat, ergänzen die Vorstellungstexte. Neben Fragen zum Interesse am virtuellen Austausch unter Mitgliedern (dazu unten) wurde nach den persönlich interessierenden Themen gefragt sowie nach Themen, mit denen die DGfZP sich künftig befassen sollte. Den themenbezogenen Teil der Fragen haben 21 Mitglieder beantwortet.

Probleme, die zeitpolitisch anzugehen wären, gibt es in allen Bereichen des Alltagslebens. Die in den Selbstrepräsentationen im ZPM genannten Beweggründe zielen entweder auf Reformen von Zeitstrukturen oder auf den individuellen Umgang mit Zeit oder auf beides. Im Folgenden werden die lebensweltlichen Beweggründe beider Zielrichtungen an Zitaten aus den Vorstellungstexten exemplifiziert. (Nach jedem Zitat ist das Eintrittsjahr des Mitglieds angegeben.)

Zeitpolitische Strukturreformen anstoßen

Für geschlechtergerechtes Teilen von Sorgezeit und Erwerbszeit

Reformbedarf der ungleichen Verteilung von Familienzeit und Erwerbszeit zwischen Frauen und Männern ist der am häufigsten genannte Beweggrund für die DGfZP-Mitgliedschaft. Dieser entstand im Studium, aus dem Engagement in beruflicher Arbeit und/oder aus Erfahrungen bei der privaten Sorge für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene:

... eigene konfliktbehaftete Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Während der sogenannten Familienphase wurde ich noch einmal Studentin... an der Fernuniversität Hagen. In meiner Magisterarbeit... habe ich das zeitliche Handeln und Erleben von Frauen

untersucht, deren Alltagszeit projektförmig organisiert ist. (Elke Großer, 2006)

... Selbstbestimmung und Selbstbefähigung und deren konkrete Ausgestaltung in einer immer komplexer werdenden Arbeitswelt ... als Referentin in der Geschäftsstelle des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln. Weniger abstrakt, sondern ganz konkret beschäftigen mich diese Fragen seit kurzem auch privat. Vollzeitarbeit und Promotionsabschluss in Kombination mit Familiengründung geben erstklassige Bedingungen für kritische zeitpolitische Selbstreflexionen. (Tanja Kavur, 2016)

Als Referentin beim Arbeiterwohlfahrt Bundesverband ... seit einigen Jahren auch zeitpolitische Themen ... insbesondere im Zusammenhang mit ... familienpolitischen ... Problemen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ... habe ich es mit vielfältigen Konkretisierungen dieses Problembereichs zu tun so unterschiedliche Themen wie Zeit und Zeitsouveränität für Familien, die Gestaltung von Kinderbetreuungszeiten und Zeit für Fürsorge. Persönlich blicke ich als Mutter auf fröhliche und turbulente Zeiten zurück und wünsche mir manchmal mehr Zeit für meine Familie, für Regeneration und Müßiggang. (Jana Teske, 2019)

... Der Familienbund der Katholiken möchte Strukturen, in denen sich die einzelnen Familienmitglieder befinden, ... so gestaltet sehen, dass vielfältiges Familienleben für individuelles Zusammensein möglich ist. ... Flexible Zeitoptionen, die zu ‚atmenden Lebensläufen‘ führen, könnten wesentlich dazu beitragen, Pausen im Beruf für Kindererziehung und Pflege zu ermöglichen und damit den Druck auf Familien – der vielfach besonders auf Müttern und Frauen lastet – zu lindern. (Ulrich Hoffmann, 2022)

Professionelles Engagement für Arbeitszeit-Reformen

Mehrere Mitglieder sind zur DGfZP gekommen, weil sie in ihrer beruflichen Tätigkeit an Zeitreformen für ihr Klientel engagiert sind. In der DGfZP sehen sie Gleichgesinnte, erwarten Kooperation, geben und suchen Unterstützung – ein wechselseitiges Fördern zwischen Mitglied und Erwerbsarbeit. Es sind Mitglieder, meistens Frauen, die in Positionen von Gewerkschaften, politischen Parteien, staatlichen, kirchlichen oder freien Institutionen arbeiten. In den Vorstellungstexten (und auch in der Mitgliederbefragung) wird dieser Beweggrund am häufigsten genannt.

... im Bereich Betriebspolitik der IG Metall (seit 2017) beschäftige ich mich mit Regelungen der betrieblichen Gestaltung von Arbeitszeit, mit der Realisierung von Arbeitszeiten, die zum Leben passen und in diesem Zusammenhang

mit der Umsetzung der neuen Arbeitszeitregelungen, die in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2018 erzielt werden konnten. Gerade heute gilt: Der Kampf um Zeitsouveränität ist die zentrale Gegenbewegung zur totalen Ökonomisierung des Lebens. (Hilde Wagner, 2005)

... Seit 2001 selbstständig mit dem Unternehmen Moderne Arbeitszeiten in Dortmund. Projektleiterin des Zeitbüros NRW.... Und bis heute hat die Organisation der Arbeitszeiten nicht an Bedeutung verloren ... Die Anforderungen an gesellschaftliche, betriebliche und soziale Zeiten nehmen dabei immer stärker zu. Bei aller notwendigen Flexibilität in den Betrieben, sehe ich eine wichtige Aufgabe darin, verlässliche Strukturen für die Beschäftigten zu sichern. (Ulrike Hellert, 2005)

... Während meines Studiums der Wirtschaftswissenschaften habe ich mich intensiv mit Arbeitszeitverkürzung und anderen Arbeitszeitmodellen beschäftigt. Auch während meiner beruflichen Laufbahn, insbesondere als Selbständige, ist Zeitpolitik.... im Arbeitsleben, aber auch im Ehrenamt ein wichtiges Thema geblieben.... Jetzt als Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... auch in einem bundesweiten Arbeitskreis wieder intensiv mit Zeitpolitik befasst. (Brigitte Hartenstein, 2022)

Erfahrungen mit eigenen Arbeitsbedingungen

... Mein besonderes Interesse gilt der zeitpolitischen Dimension von Projektarbeit. Mein Anliegen ist es deshalb, innerhalb der DGfZP dazu beizutragen, Modelle zu entwerfen, wie man mit Projektarbeit und den darin innewohnenden zeitlichen Bedingungen souveräner umgehen kann. Dabei geht es mir nicht um besseres Zeitmanagement, sondern um Strategien, wie man sich zu eigener Zeit im Jetzt und in der Zukunft positioniert. (Etta Dannemann, 2008)

... Die zentrale Bedeutung von Zeit – insbesondere von Arbeitszeit – für die Teilnahme am sozialen Leben konnte ich während meiner aktiven Zeit als Krankenpfleger am eigenen Leib erfahren. (Stefan Reuys, 2006)

... Die Frage, wie attraktiv das Engagement in unserer Gewerkschaft ist, hängt auch von verschiedenen Zeitfaktoren ab. Davon, wie wir die Arbeit organisieren und davon, ob die Kolleginnen und Kollegen sich Zeit für politisches Engagement nehmen können und wollen. Das setzt mehr Zeitsouveränität im Arbeitsalltag voraus – und Arbeit, das ist ja nicht nur die Erwerbsarbeit. Zu einem erfüllten Leben gehören alle Facetten von Zeit. (Frauke Gützkow, 2016)

Zeitverhältnisse städtischer Räume verbessern

Im Studium erkannte raum-zeitliche Probleme können nun im Rahmen der DGfZP zeitpolitisch betrachtet/angegangen werden.

... Mein Weg zur Zeit führte über Dietrich Henckel, der schon seit längerem die Integration der zeitlichen Perspektive in urbanistische Themenfelder betreibt ... ein internationaler Vergleich von Städten, die durch ihre hochgradige Integration in die globale Wirtschaft Impulse zu einer immer weiter fortschreitenden zeitlichen Ausdehnung der Betriebs-, Arbeits- und Nachfragezeiten erhalten. raumzeitliche Unterschiede zwischen Städten und zwischen städtischen Teilgebieten, um das Verhältnis von Schnelligkeit und Langsamkeit sowie um zeitliche Liberalisierung und Regulierung im städtischen Raum ... (Benjamin Herkommer, 2005)

... Mit der Habilitation zum Thema „Zeit für Mobilität“ ... war schließlich der Weg in die Zeitforschung beschritten“... Die Themen Mobilität, Multilokalität, raum-zeitliche Constraints, Auswirkungen der Pandemie auf unsere Raum-Zeit-Souveränität sowie die Divergenz zwischen physischer und mentaler Präsenz im Raum durch Nutzung der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten – das sind die Themen, die mich derzeit beschäftigen. (Caroline Kramer, 2019)

... Als Architektin (...) mit städtebaulichem Studienschwerpunkt, begleitet mich der Zeit- und Rhythmusbegriff im Sinne einer nachhaltigen und qualitativen Entwicklung unserer städtischen Lebensräume spätestens seit 2019 mit meinem Umzug nach Paris. ... Mein Ziel ist, anhand qualitativer Erhebungen für einzelne Stadtbewohner deren Zeit- und Raum-Wohlfühlstand zu evaluieren und zu vergleichen. Auf diese Weise möchte ich das Gewicht zeitlicher Rahmenbedingungen in ausgewählten Pariser Stadtteilen herausstellen. (Conny Hansel, 2022)

Individuelles Umgehen mit Zeit verbessern

Lehren in Bildungsinstitutionen

... Als Lehrender im Bereich Politische Bildung, galt und gilt den pädagogischen Konsequenzen der Beschleunigungszwänge mein ganz besonderes Interesse. ... Denn erst wenn das Bemühen um individuelle Entschleunigung auch politisch ermöglicht und gefördert wird, haben wir eine Chance, uns vom tödlichen Hamsterrad zu befreien. (Fritz Reheis, 2002)

... habe ich nun zwei Werkstätten, eine für Keramik und eine für Schmuck. In beiden Werkstätten finden Kurse mit Erwachsenen statt. Gegenwärtig begegne ich vielfach Kurs Teilnehmern, die zwar begabt und interessiert sind, denen aber die lange Zeit und Geduld Mühe macht, die es braucht ein Kunsthandwerk zu erlernen. In Gesprächen unter Kunsthandwerkern wird dies als Problematik der derzeitigen schulischen Betonung von kognitiven Inhalten und der Vernachlässigung handwerklich-kreativer Tätigkeiten diskutiert. Wir versuchen eine Trendwende herbeizuführen – eine bildungs-zeitpolitische Aufgabe. (Katharina Kerscher, 2005)

... Dreh- und Angelpunkt ist mein interdisziplinäres Studium der Ökotropologie ... die Vorstudien zur ersten deutschen Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes ... Den Blick in Quantitäten sehe ich immer wieder als hilfreich und spannend an, um die Qualitäten des Umgangs mit Zeit in unserer Gesellschaft zu erforschen, und die Ergebnisse in Wissenschafts- und Alltagssprache weiterzugeben. Aktuell betrachte ich mit meiner interdisziplinären Brille den Bildungsbereich, den ich auch zeitlich näher beleuchten möchte. Für Bildungsprozesse sind zeitliches Unterbrechen und Verzögern notwendig, um Reflexivität zu ermöglichen; so werde ich mich „verzögert“ wieder dem Thema Zeit widmen. (Christine Küster, 2012)

Professionell beraten

... stelle ich immer wieder fest, dass es nicht etwa ein „Zeitmangel“ ist, an dem wir leiden. Vielmehr scheinen wir in einem Muster zu leben, das es zunehmend schwerer macht, tatsächlich zu Konsequenzen des eigenen Tuns vorzustoßen... eine Unentschiedenheit in Alltag und beruflicher Lebensführung, ein ständiges „mit einem Auge nach noch etwas anderem Schielen“ ... Das ist der Zusammenhang, auf den ich in Beratungsprojekten bei Unternehmen wie bei Einzelpersonen stoße und der mich letztlich zur Zeitpolitik geführt hat: Managern und Unternehmensführungen aufzeigen, wo Entschiedenheit, Klarheit und Konsequenz gefordert ist und entschieden dabei bleiben. (Olaf Lange, 2012)

... Dazu braucht es aber vor allem eines: Zeit zur Neuorientierung. Als Business-Trainer für Resilienz ist es mir daher ein Anliegen, gesellschaftlich auf die Bedeutung von zeitlichen Freiräumen für die Erhaltung der Gesundheit und damit der Leistungsfähigkeit hinzuweisen. (Markus Schulte, 2014)

Zu ästhetischen und philosophischen Einsichten verhelfen

... Die Mitarbeit bei dem von R. Murray Schafer ins Leben gerufenen „World Soundscape Project“ schärfte mein Interesse für das ästhetische Potenzial der raum-zeitlichen Verteilung von Ereignissen. Wichtig war auch die Beschäftigung mit dem erweiterten Musikbegriff der pythagoräischen Tradition, in dem Zeit, bzw. die Abläufe und Rhythmen in der Natur und im Menschen, als „unhörbare Musik“ eine wesentliche Stellung einnimmt. Dem gegenüber war festzustellen, dass in den neueren Zugriffen auf die (Alltags-)Zeit das Ästhetische so gar nicht präsent ist. So entstand der Versuch, ähnlich wie in den räumlichen Design-Bereichen, auch für die Alltagszeit formale und funktionale Kriterien zu verbinden, eben Zeit-Design, das ich bei verschiedenen Gelegenheiten eingesetzt habe (etwa in workshops mit Gewerkschaftern, bei Tagungen, in der Arbeit mit Behinderten u. ä.). (Albert Mayer, 2010)

...Mein derzeitiges Hauptinteresse im Bereich der (in all ihren Facetten hochinteressanten) Zeitforschung liegt in der Verknüpfung von Zeitphilosophie und Naturethik, ... dass sich mit zunehmender Naturzerstörung die Zeitstrukturen bzw. timescapes unserer Lebensstile ändern und bestimmte Dimensionen des Zeiterlebens, die der naturästhetischen Betrachtung eigen sind, seltener bis gar nicht mehr erfahren werden können. Dazu gehören beispielsweise das Erleben von Wiederkehr angesichts zyklisch stattfindender Naturereignisse oder das tiefe Begreifen und Fühlen von Tiefenzeit/ deep time bei der Betrachtung eines Gebirges oder Canyons. Derzeit entwerfe ich ein größeres Forschungsprojekt zur Natur-Zeit-Thematik. ... ein Seminar zur „Ethik der Zeit“ an der Universität Basel. (Stefanie Schuster, 2021)

Einsichten in zeitökologische und nachhaltigkeitsbezogene Probleme fördern

In den Anfangsjahren der DGfZP waren u. a. das zeitökologische Problem der Verdrängung natürlicher Rhythmen durch gesellschaftlich gewordene Zeitstrukturen im Fokus. Karlheinz Geißler und Martin Held, die an den Vorbereitungen zur Gründung der DGfZP beteiligt waren, hatten seit 1991 das Tutzingener Projekt „Ökologie der Zeit“ geführt. Einige dort Beteiligte wurden ebenfalls Gründungsmitglieder. Erst in jüngster Zeit wird Nachhaltigkeit wieder als Beweggrund der Mitgliedschaft genannt, 2021 war es Thema der Jahrestagung und dann des ZpM.

... Wer sich als Raum- und Umweltplaner/in nachhaltige Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit zu einem Anliegen macht, kommt nicht darum herum zu fragen, wie sich verschiedene Zeitskalen ökonomischer Zeit mit den Zeiten der Natur ..., z.B. Takte mit Rhythmen, vermitteln lassen ... Den Zugang zur Zeitforschung eröffnete mir das „Tutzingener Projekt Ökologie der Zeit. (Sabine Hofmeister, 2002)

... Das Zeitverständnis, für das ich werbe, ist ein selbstbestimmtes, langsames und ökologisches Verständnis. Ökologisch ist es in dem Sinne, dass wir schonend mit unseren eigenen körperlichen und psychischen Ressourcen, also unserer Leistungsfähigkeit, unserer Aufmerksamkeit und psychischen Widerstandskraft, aber auch mit den Ressourcen der Umwelt umgehen. (Stefan Boes, 2021)

... Welche Umweltauswirkungen sind mit der Zeitznutzung im Alltag verbunden? Welche Grenzen und Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung ergeben sich aus ... sozialen Institutionen wie dem Geschlechterverhältnis ... der Menge oder dem Mangel an öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen? ... wie kann eine Veränderung der Zeitznutzungsmuster eine nachhaltige Transformation fördern? (Barbara Smetschka, 2022)

Mitarbeit in der DGfZP

Mitglieder arbeiten in der DGfZP ehrenamtlich. Denn die DGfZP ist ein gemeinnütziger Verein, der die laufenden Kosten für das Layout des Zeitpolitischen Magazins (ZpM) und die Webseite, die Buchhaltung sowie die Tagungen allein aus den Jahresbeiträgen der (zu wenigen) Mitglieder finanziert. Wer ein Stück eigener Lebenszeit ehrenamtlich in der DGfZP einsetzt, ist an deren Inhalten und Zielen persönlich engagiert. Und auch am Erfolg der eigenen Anstrengungen. Das erklärt die durchweg hohe Qualität der Projekte, politischen Impulse, Jahrestagungen und Zeitpolitischen Magazine – und letztlich die zunehmende öffentliche Wahrnehmung und Achtung der DGfZP.

Allen Mitgliedern ist zeitpolitisches Engagement gemeinsam, es macht sie zu einer kooperierenden Gemeinschaft. Die Aktiven wissen sich freundschaftlich verbunden, wer hinzukommt, um mitzuarbeiten, wird gern integriert. Verbundenheit entsteht in Tagungspausen und im anschließenden Abendprogramm der Jahrestagungen. Bei den zweitägigen Arbeitstreffen des Gesamtvorstands (Geschäftsführender und Beratender Vorstand) im Frühjahr, wenn Konzept und Programm der anstehenden Jahrestagung und anderes geklärt werden, festigt sich deren Verbundenheit. In der Geschichte der Jahrestagungen wie auch der jährlichen Vorstandstreffen ragen einige heraus – wegen des Orts (Berlin-Schwanenwerder, Fischerhude, Hamburger HafenCity, Schloss Blumenthal) oder ihres Programms (zehnjähriges DGfZP-Jubiläum, Ulrich Mückenberges Rückzug als Vorsitzender der DGfZP, nachdem er diese initiiert und 16 Jahre lang geleitet und erfolgreich gemacht hat).

Austausch unter Mitgliedern

Viele Mitglieder haben ihren Eintritt in die DGfZP in ihren Vorstellungstexten mit der Erwartung verbunden, sich dort mit anderen Mitgliedern über aktuelle Arbeiten und zeitpolitische Ziele austauschen zu können. Auch in der Mitgliederbefragung 2019 wurde dies sehr häufig gewünscht. Jahrestagungen geben zwar in den Pausen und bei abendlichen Beisammensein Gelegenheit zum Knüpfen persönlicher Kontakte. Doch es braucht auch Orte für häufigeren intensiveren Austausch.

Seit Gründung der DGfZP wurde über regionale Mitgliedergruppen nachgedacht. Denn es war klar, „dass Vorstandsaktivitäten und jährliche Tagungen nicht ausreichen, wenn die DGfZP lebendig und einflussreich werden und bleiben will. Innerhalb der Gesellschaft, unter uns Mitgliedern, sollte vielfältig und viel kommuniziert, sollten Ideen entwickelt und für die Arbeit der DGfZP fruchtbar gemacht werden“. Dafür sollte es ein regelmäßig erscheinendes Zeitpolitisches

Magazin und regionale Mitgliedergruppen geben. In Berlin bildete sich zu letzterem eine Initiativgruppe, zu deren erstem Treffen die 17 Berliner DGfZP-Mitglieder im Juni 2003 eingeladen wurden. Elf davon kamen und planten das künftige Geschehen. An den monatlichen Treffen der „Berliner Zeitpolitischen Gespräche“ nahmen viele Jahre lang mal mehr, mal weniger als zwölf Personen teil, sieben davon regelmäßig. Mitglieder und Gäste stellten Zeitkonzepte und/oder ihre aktuellen Forschungsvorhaben vor. Studierende suchten dabei Anregungen für ihre zeitbezogene Examensarbeiten. Ab 2015 begann die Teilnehmerzahl zu schrumpfen, bis schließlich keine Treffen mehr zustande kamen. Für die abnehmende Beteiligung sind neben persönlichen wohl auch Gründe im gesellschaftlichen Wandel zu suchen: Zum einen im Fehlen von Zeit für nicht der beruflichen Arbeit dienliche Themen und zum anderen in der zunehmenden Verlagerung von wissenschaftlichen Diskursen in Blogs und online-Plattformen. Dem Trend zu digitaler Kommunikation folgend ist die DGfZP nunmehr dabei, den einst ortsgebundenen Austausch über zeit- und zeitpolitische Themen in die ortsunabhängigen „Zeitgespräche der DGfZP – Online“ zu verlagern.

Nicht alles ist ehrenamtlich möglich

In der Gründungsphase fand sich für die Einrichtung der Vereinsorganisation – Mitgliederliste, Bankkonto, Buchführung u.a. – mit Marion Fabian eine sehr tüchtige, hoch engagierte Sachbearbeiterin, die gemeinsam mit Martina Heitkötter (Mitglied des beratenden DGfZP-Vorstands) das Zeitpolitische Magazin (ZpM) gründete und bis 2007 leitete. Als Layouterin des ZpM gewann Marion Fabian die Grafikerin Anna von Garnier hinzu, mit der sie auch die Webseite der DGfZP entwarf. Weil die Suche nach langfristiger Finanzierung ihrer Stelle scheiterte, gab Marion Fabian 2007 auf. Die Geschäftsleitung wird seither von der jeweiligen Sekretärin des Geschäftsführers unterstützt, seit vielen Jahren von Anne Totz. Bei ihrem Ausscheiden empfahl Marion Fabian eine freiberufliche Buchhalterin, Elvira Roßberg, die der DGfZP als umsichtige Buchhalterin seitdem treu geblieben ist. Anna von Garnier engagiert sich seit zwanzig Jahren kompetent an der Weiterentwicklung der Webseite und an der Gestaltung aller ZpM-Ausgaben, macht das Layout und entdeckt und bearbeitet Titelfotos kreativ. Die DGfZP und insbesondere die ZpM-Redaktion verdankt Anna von Garnier sehr, sehr viel.

KARIN JURCZYK UND ULRICH MÜCKENBERGER

Von Familienzeitpolitik und Kritik der „Normalarbeit“ zu Atmenden Lebensläufen

Ein Langzeitprojekt

„Zeit für Beziehungen“ – so hieß das Buch, das Martina Heitkötter und Karin Jurczyk als Mitglieder der DGfZP gemeinsam mit den Zeitforscher:innen Andreas Lange und Uta Meier-Gräwe 2009 herausbrachten. Der Bezug zur Arbeit der DGfZP war direkt, war doch die Basis des Bandes unsere gleichnamige Jahrestagung 2005 sowie ein Expert:innen-Workshop zu Zeit und Familie, der im Zusammenhang der Arbeit der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zum Siebten Familienbericht bereits 2004 durchgeführt wurde. Bereits diese „Hinführung“ weist auf etwas typisches bei der Entwicklung des Feldes Familienzeitpolitik hin: Schon in den ersten Jahren seit Gründung der DGfZP und der Beschäftigung mit der Lebenswelt Familie mit ihren zeitlichen Strukturen und Problemen war die Notwendigkeit einer Familienzeitpolitik in der institutionalisierten Politik akzeptiert. Zumindest ließ sich das Ohr des Ministeriums für die zeitpolitischen Forderungen der Sachverständigenkommission als Zeichen

hierfür deuten. Anlässlich der Präsentation des Siebten Familienberichts im April 2006 sagte Bundesfamilienministerin von der Leyen, „die ‚spannendste‘ Botschaft des Berichts sei der Verweis auf die ‚Zeitpolitik‘“ (FAZ 26.4.2006). Damit war der Begriff auch in einer breiten medialen Öffentlichkeit angekommen. Und die Einführung der Elternzeit nach schwedischem Vorbild im Januar 2007 als Umsetzung einer der Forderungen des Familienberichts kann als Wendepunkt hin zu einer expliziten Zeitpolitik für Familien gelten, die auch „offiziell“ so genannt wurde. Zeitpolitik wurde zu einer der drei Säulen einer nachhaltigen Familienpolitik – neben Geld und Infrastruktur.

Typisch war zudem, dass das wissenschaftliche Expert:innen-tum von DGfZP-Mitgliedern in politischen oder politknahen Kommissionen immer wieder nachgefragt wurde und wir deshalb Plattformen hatten, auf denen wir unsere Stimme artikulieren konnten. Diese enge Verknüpfung erstreckte sich über das nächste Jahrzehnt hinweg: auf den

Siebtens folgte 2012 der Achte Familienbericht der Bundesregierung, der sich sogar ausschließlich dem Thema Zeit für Familie widmete, die Enquetekommission für NRW, die familienpolitische Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung, die wissenschaftliche Begleitung von Projekten lokaler Zeitpolitik, eine Kosten-Nutzen-Analyse kommunaler Familienzeitpolitik u. a. m. Die Ausarbeitung und Verbreitung von auf Erwerbsarbeit bezogener Zeitpolitik wurde bereits im Vorfeld von Ulrich Mückenberger im arbeitsrechtlichen (Mückenberger 1985) und im gewerkschaftlichen Bereich (Steinrücke u. a. 2001) vorangetrieben. Seither verliefen die Kritik des Normalarbeitsverhältnisses und die Konzeptualisierung des Optionszeitenmodells, wie es fortan Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger gemeinsam betrieben (s. unten), Hand in Hand. Bei fast allem war die DGfZP beteiligt. Bewegung zeigte sich vor allem in vielfältigen und dynamischen Vorschlägen zu Zeitkonten für Erwerbstätige in Bezug auf Bildung, Familie oder Eigenzeit u. a. m., die häufig auf betrieblicher Ebene liegen (vgl. Zeitpolitisches Magazin 2016, Heft 28). Auf gewerkschaftlicher Seite wurden in den vergangenen Jahren teilweise weitreichende Tarifverträge verhandelt, etwa im Bereich der Post, der IG Metall und aktuell der IG BCE, die im Tarifvertrag Chemie ein „persönliches Zukunftskonto“ von 1000 € jährlich fordert. Auffällig häufig wird hierbei Zeit als neue „Währung“ an Stelle oder an die Seite von Geld gestellt.

Gegenstand der unterschiedlichen Bemühungen war es, der Lebenswelt der Familie und ihren An- und Zugehörigen auch in der Erwerbssphäre zu ihrem zeitpolitischen Recht zu verhelfen. Familie wird sehr weit gefasst: sie ist gekennzeichnet durch persönliche Beziehungen, die um Sorge kreisen. Und diese nicht nur lebensförderlichen, sondern lebensnotwendigen (heute würde man sagen „systemrelevanten“) Aktivitäten von Zuwendung, Betreuung, Pflege und Versorgung (= Care) brauchen Zeit. Sorgezeit folgt dabei einer ganz eigenen Handlungslogik: sie ist emotions- und körperbezogen, d. h. sie erfordert Geschehenlassen, Empathie, Situativität und begrenzte Planbarkeit. Damit ist sie nur begrenzt rationalisierbar und zu beschleunigen. Durch die existenzielle Angewiesenheit von Menschen bedeutet sie auch prinzipiell Endlosigkeit. Sie ist ausgerichtet auf gleichzeitig verlässliches, zyklisches und wechselhaftes Beziehungsgeschehen. Und sie ist potenziell konflikthaft, indem hier nicht nur die Perspektiven und Interessen der unterschiedlichen Beteiligten, sondern auch die ganz anderen Zeitlogiken von Schule, Arbeitswelt, Verkehr, Öffnungszeiten etc. aufeinanderprallen.

Vor dem Hintergrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ist die Zeit für Sorge sehr ungleich verteilt – womit die Themen Geschlechterverhältnisse und Erwerbs-

arbeitszeit unweigerlich mit dem Thema Familie verknüpft sind (Jurczyk 2015). Doch geht es hierbei stets um mehr als bloße Zeitverwendung und Zeitquanten, sondern auch um Zeiterfahrungen und -wahrnehmungen, um Zeitqualität oder eben Zeitnot in der alltäglichen Lebensführung und im gesamten Lebensverlauf. Auch hier konnte, glückliche Fügung, in erheblichem Umfang auf die wissenschaftliche Expertise von DGfZP-Mitgliedern zurückgegriffen werden, die diese schon länger in ihren Brotberufen aufgebaut hatten.

Vor diesem doppelten Hintergrund von Erkenntnis und Einmischung ließe sich erwarten, dass die Familienzeitpolitik längst zur realpolitischen Erfolgsgeschichte geworden sei. Dem ist jedoch nur in engen Grenzen so. Die Forderungen des Achten Familienberichts – denen zu Recht die Einschätzung zu Grunde lag, das Arbeitsrecht sei „familienblind“ – sind im Wesentlichen verläppert, es hat seit 2007 zwar viele kleine Reformen von Elternzeit und Elterngeld gegeben, Verbesserungen im Pflegezeitgesetz sowie auch die Arbeitswelt unmittelbar betreffende Gesetze wie etwa die sog. Brückenteilzeit und das Teilzeitbefristungsgesetz. Den großen konsequenten Durchbruch, der – nähme man die Erkenntnis ernst, dass Zeit für Sorge in Familie nicht alles, aber Familie/Care ohne Zeit nichts ist und dass zudem Geschlechtergerechtigkeit nicht ohne eine gründlich veränderte Zeitpolitik zu erreichen ist – hat es nicht gegeben. Vielmehr wird Zeitpolitik in ihrer Relevanz immer wieder von vermeintlich wichtigeren Politiken verdrängt. Das Normalarbeitsverhältnis – obgleich der Anstieg prekärer Beschäftigung sich sprunghaft beschleunigt – behält seine Dominanz in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung und Rechtsprechung. Dazu kommt, dass die ministeriellen Motive für bestimmte zeitpolitische Instrumente wie etwa das Elterngeld von Beginn an durchaus zwiespältig waren. Die Ökonomisierung der Familienpolitik ist Hand in Hand mit der „Entdeckung“ der Zeitpolitik gegangen: Die Zielsetzung einer verstärkten Integration von Müttern ins Erwerbsleben, am besten in Vollzeit, verdankt sich mehr dem demografischen Wandel und dem damit antizipierten Fachkräftemangel als der Einsicht in die Notwendigkeit emanzipatorischer Zeiten und besserer Zeitqualitäten. Auf der anderen Seite lässt sich ein Spannungsfeld oder besser: eine unheilige Allianz zwischen der Forderung von mehr Zeit für Familie mit rückwärtsgewandten Geschlechter- und Familienbildern sowohl im Beruf als auch in der Gesellschaft entdecken. Hier bedürfte es genauer Explikationen, wofür und für wen es mehr Zeit geben soll, denn der Grat zwischen diesen Polen ist schmal.

An der Flüchtigkeit und Bescheidenheit offizieller zeitpolitischer Bemühungen hat auch die seit ca. 2013 immer dringlicher konstatierte Einsicht in eine umfassend werdende

Care-Krise nichts geändert, ebenso wenig die immer noch andauernde Corona-Krise (siehe die beiden Care-Manifeste in www.care-macht-mehr.com). Zeitknappheit und Burn-out, nun für beide Geschlechter, der zerstörerische Umgang mit menschlichen und natürlichen Ressourcen haben eher zu- als abgenommen. Deshalb stellten sich die Expert:innen in der DGfZP die Frage einer auf Care fokussierte Zeitpolitik neu und radikaler: Wie lassen sich die zeitlichen Verhältnisse im Lebenslauf von Menschen mit seinen unterschiedlichen Phasen und Anforderungen verbessern? Wie können wir genug, passende, geschlechter- und sozialgerechte Zeit für Beziehungen und Sorgearbeit im Lebenslauf schaffen?

Denn weder sehr pauschale noch nur auf situative Bedarfe und einzelne Lebensphasen gerichtete Konzepte schienen uns noch tauglich, um die Zeitnot von Familien grundsätzlich zu mindern, die Care-Krise zu meistern und Geschlechtergerechtigkeit herbei zu führen. Dies vor allem aus vier Gründen: Die „Entgrenzung“ von Erwerbs-, Familien- und Geschlechterverhältnissen (Jurczyk u. a. 2009) führt bei der gleichzeitig fortbestehenden rechtlichen Orientierung an der männlichen „Normalbiografie“, die das Erwachsenenleben einseitig auf Erwerbsarbeit hin orientiert und Erwerbsunterbrechungen „bestraft“, nicht nur in der sogenannten Rush-Hour des Lebens zu Zeitproblemen, sondern auch darüber hinaus. Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen lässt wirklich freie Zeiten wie auch Care-Zeiten zum Luxusgut werden. Die Eigenzeiten von Menschen innerhalb wie außerhalb des Erwerbslebens kommen systematisch zu kurz. Und schließlich macht die Digitalisierung der Arbeitswelt zunehmend lebenslanges Lernen notwendig. Wir – Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger – nahmen uns deshalb einen „großen Wurf“ vor, ein neues sozialpolitisches Gesamtmodell, das eine bedarfsorientierte und selbstbestimmte Gestaltung von Erwerbsverläufen für Frauen und Männer ermöglicht, unterschiedliche gesellschaftlich relevante Tätigkeiten einbezieht und Geschlechter- und Sozialgerechtigkeit berücksichtigt. Auf der Basis langjähriger Vorarbeiten/Bemühungen haben wir in einem interdisziplinären Forschungsprojekt, das vom BMAS gefördert wurde, von April 2017 bis Oktober 2018 Eckpunkte dieses umfassenden Ansatzes ausgearbeitet (https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/Optionszeiten_Abschlussbericht_DJIBroschuere_Endg.pdf). Die Metapher der „atmenden Lebensläufe“ veranschaulicht unser Konzept: Menschen allen Geschlechts sollen in ihrem Erwerbsverlauf zwischen Phasen von Erwerbsarbeit, privater Fürsorge, Ehrenamt, Weiterbildung und Selbstsorge selbstbestimmt wechseln bzw. diese bei Arbeitszeitreduzierungen miteinander kombinieren können. Das Optionszeitenmodell bedeutet einen konsequenten Abschied von der Norm der

männlichen „Normalbiografie“, die sich am Idealtypus des Familienernährers orientiert.

Seit der Veröffentlichung des Berichts haben wir das Modell vor wissenschaftlichem, verbandlichem, politischem und gewerkschaftlichem Publikum erläutert. Es gibt sehr großes Interesse und viel Zustimmung, aber auch viele offene Fragen, die derzeit in einem sog. Optionszeitenlabor mit Akteur:innen aus den genannten Bereichen diskutiert werden. 2020 haben wir diesen Fragen eine weitere Jahrestagung der DGfZP gewidmet (siehe Zeitpolitisches Magazin 2021, Heft 38). Also auch hier Erfolge, aber mindestens ebenso so viel Barrieren. Das zeigt sich ganz konkret daran, wie schwierig es ist, das Optionszeitenlabor auf sichere Füße zu stellen. Zum einen fehlt es an finanziellen Ressourcen, zum andern – hier beißt sich die Katze in den Schwanz – an genügend Zeit und Energie, um ein solches Projekt gemeinsam voranzutreiben. Alle sind bereits überbeschäftigt mit Job und Sorgearbeit, die Zeit um zeitpolitische Projekte voranzutreiben, fehlt. Aber es gibt weitere Hindernisse: Vor allem fehlt es an der Bereitschaft von Vertreter:innen der Arbeitswelt, neue Wege zu gehen. Zu sehr stellt unser Modell die noch herrschende Kultur des Normalarbeitsverhältnisses wie auch die nach wir vor wirksamen Funktionsprinzipien der männlichen Normalbiografie in Frage, zu gering ist die Bereitschaft, die Arbeitswelt zeitachtsam zu gestalten und umzugestalten (Mückenberger 2022). Die Norm des Achtstundentages ist ungebrochen, wie auch im aktuellen Koalitionsvertrag zu lesen. Nicht zuletzt zeigen sich die Tücken eines so großen Wurfs: tangiert sind nicht nur Arbeitgeber:innen und Gewerkschafter:innen, sondern auch Regularien etlicher anderer Politikbereiche wie das Steuerrecht, das Sozialversicherungsrecht etc. Ein systematisch anderes Verhältnis von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zu ermöglichen und die Dominanz der Erwerbsarbeit in Frage stellen, ist keine Kleinigkeit, es stellt Machtverhältnisse in Frage: in der Wirtschaft, zwischen den Geschlechtern, in der Politik.

Es wird interessant sein zu verfolgen, ob hier die Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern, wie derzeit mit den Aktivist:innen der Time Use Week in Barcelona, Früchte trägt. Ein Problem ist gewiss, dass die europäischen Länder durchaus unterschiedliche Wohlfahrts- und Genderregime haben. Im Ergebnis sind jedoch fast alle Länder von der Care-Krise betroffen und haben Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitsteilung nur partiell realisiert. Man kann sich fragen, warum in Deutschland – bei den vielen verschiedenen möglichen Feldern der Zeitpolitik – gerade die Care-Zeitpolitik so viel politische und öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat. Vielleicht weil sie ein Schlüssel zu so vielen aktuellen lebensweltlichen Zeitfragen ist, die so viele

Menschen unmittelbar betreffen? Jedenfalls werden wir die Gunst der Stunde zur Weiterentwicklung dieses zeitpolitischen Feldes weiterhin nutzen, in der große Themen zusammentreffen und nach Lösungen rufen: Care, Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Bildung und Lernen sowie Arbeitswelt.

Zitierte Literatur

Bringmann, Julia (Unter Mitarbeit von Karin Jurczyk und Ulrich Mückenberger) (2022): Das Modell für Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf. Eine Bestandsaufnahme mit Blick nach vorne. DIFIS Studie. Link [b88ff17016.pdf](https://www.difis.org/b88ff17016.pdf) (difis.org)

Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hg.) (2009): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.

Jurczyk, Karin / Schier, Michaela / Szymenderski, Peggy / Lange, Andreas / Voß, G. Günter (2009): Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma.

Jurczyk, Karin (2015): Zeit für Care: Fürsorgliche Praxis in „atmenden Lebensläufen“. In: Hoffmann, Rainer / Bodegan, Claudia (Hrsg.): Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen, Grenzen setzen. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 260-288.

Jurczyk, Karin / Mückenberger, Ulrich (Hg.) (2020): „Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf“. Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS). München/Bremen. Abschlussbericht https://www.fis-netzwerk.de/fileadmin/fis-netzwerk/Optionszeiten_Abschlussbericht_DJIBroschuere_Endg.pdf

Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses – Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? In: Zeitschrift für Sozialreform Jg. 31, Nr. 7 und 8, S. 415-34 und 457-75.

Mückenberger, Ulrich (2022): Jenseits der linearen Arbeitszeitverkürzung: Plädoyer für eine zeitachtsame Veränderung der Arbeitskultur, in: WISO (Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift), Linz: AK Oberösterreich, 45. Jg., Nr. 1 (Juni 2022), S. 13, 59 – 82.

Steinrücke, Margareta / Spitzley, Helmut / Raasch, Sibylle / Mückenberger, Ulrich / Hildebrandt, Eckart (Hg.) (2001): Neue Zeiten – neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik, Berlin: edition sigma.

DIETRICH HENCKEL UND ULRICH MÜCKENBERGER

„Die Frauen verändern die Zeiten“:

Ansätze und Konjunktoren der kommunalen Zeitpolitik

Geschichte der kommunalen Zeitpolitik

Die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik ist eng mit der Geschichte der kommunalen Zeitpolitik und den Zeiten der Stadt verbunden, weil mehrere Gründungsmitglieder unabhängig voneinander und aus unterschiedlichen Richtungen kommend sich schon vor der Gründung der DGfZP mit Fragen des Zusammenhangs von Zeitstrukturveränderungen und städtischen Entwicklungen und der zeitpolitischen Steuerung befasst haben:

- Am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) entstand 1984 ein Forschungsschwerpunkt zu Zeiten der Stadt, der bis 2004 eine Reihe einschlägiger Veröffentlichungen hervorgebracht hat und von Dietrich Henckel (teilweise in Kooperation mit Jürgen Rinderspacher) betrieben wurde.

- In Italien entstand zur gleichen Zeit eine feministische Bewegung, die mit dem Gesetzentwurf „Le donne cambiano i tempi“ („Die Frauen verändern die Zeiten“ – veröffentlicht in deutscher Übersetzung 1992), an die Öffentlichkeit trat. Die Ansätze dieser Bewegung wurden von Ulrich Mückenberger nach Deutschland gebracht und mündeten in der Etablierung des europäischen Aktionsforschungsverbundes „Excellence territoriale en Europe“ (Eurexter) und der Zeitforschungsstelle Zeitpolitik an der Hochschule für Politik in Hamburg, die ebenfalls viele einschlägige Veröffentlichungen hervorbrachte.

Beide Zugänge unterschieden sich im Kern dadurch, dass im Difu ausgehend von technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen gefragt wurde, welche Auswirkungen sich auf Zeit und Raum ergeben könnten und wie da-

mit umzugehen sei. Das Vorgehen stand also eher in der Tradition der Zeitgeographie Torsten Hägerstrands (1970). In Anlehnung an den Ausgangspunkt der italienischen Bewegung und in Kooperation mit dem Projekt Eurexcter war das Vorgehen in Hamburg und Bremen von der Konstatierung zeitlicher Zwänge und Notlagen und dem Versuch, mit neuen zeitpolitischen Instrumenten handelnd Abhilfe zu schaffen, geprägt. Daher standen in Bremen und Hamburg von Anfang an Aktionsforschung – also Pilotprojekte mit praktischen Anwendungen sowie deren wissenschaftliche Begleitung und Auswertung – im Vordergrund. Dazu gehörten u. a. das Projekt „Zeiten der Stadt“ in Hamburg Barmbek-Uhlenhorst, das Forum Zeiten der Stadt und das Perspektivenlabor in Bremen, die Etablierung eines Zeitbüros in Bremen Vegesack, das Projekt „Zeitbewusste Stadt Bremen“ (im Rahmen der BMBF-Förderung „Stadt 2030“), das BMBF-Projekt VERA mit örtlichen Fallstudien in Bremen und Hamburg (nachzulesen in Mückenberger 2000 und 2001). Das Zeitbüro Bremen Vegesack wurde in der Zeit seines Bestehens von einem Vorstandsmitglied der Gesellschaft geleitet und später von ihr im Rahmen einer Dissertation evaluiert (Heitkötter 2006).

Auch in weiteren Städten gab es Pilotprojekte – u. a. in Hanau sowie in Hannover mit dezidiert zeitpolitischen Ansätzen auf kommunaler Ebene. Teile der Bremer Projekte, das Hamburger sowie das Hannoveraner Projekt waren auch dezentrale Ausstellungsteile der EXPO 2000 in Hannover. Sie wurden vom Difu in einem Gutachten evaluiert (Henckel/ Eberling 2001). Eine Reihe von weiteren Städten nahmen Überlegungen zur kommunalen Zeitpolitik und zur Integration von Stadtentwicklungsplanung und kommunaler Zeitpolitik in ihre städtischen Diskussionsforen (z. B. Stadtforum Berlin) auf oder produzierten eigenständige Berichte zur kommunalen Zeitpolitik (z. B. München, Wien). Allerdings blieben alle diese Ansätze ohne großen Nachhall.

Die „Zeiten der Stadt“-Projekte hatten starke europäische Ursprünge und wiesen – besonders durch Eurexcter, das vom Europäischen Sozialen Dialog finanziert wurde – interaktive europäische Vernetzungen auf. Viele der Praxisprojekte wurden dabei vom italienischen role model „tempi della città“ inspiriert, das weit auf Europa ausstrahlte. Der Mitte der 1980er Jahre gegründeten Bewegung „Le donne cambiano i tempi“ (die Frauen verändern die Zeiten) gelang im Jahre 2000 eine gesetzliche Verankerung ihres Ausgangsdokuments durch ein Gesetz, das nach der damaligen zuständigen Ministerin Livia Turco, die schon in der Bewegung in den 1980er Jahren eine zentrale Rolle gespielt hatte, „legge Turco“ genannt wurde und das dazu führte, dass alle italienischen Städte verpflichtet sind, „Zeitbüros“

und „Zeitleitpläne“ einzuführen. Das italienische Modell für kommunale Zeitpolitik hat auf viele europäische Länder ausgestrahlt (u. a. Frankreich, Spanien, Belgien, Deutschland, Niederlande, Irland). In Frankreich prägte François Ascher den Begriff „Chrono-Urbanistik“, der in Deutschland insbesondere in die Forschung des Difu Eingang fand. 2004 formierte sich in Frankreich das Netzwerk „tempo territorial“, ein nationaler Zusammenschluss zeitpolitischer Akteure, vornehmlich aus Kommunen. Auch auf internationaler Ebene entstand ein erstes Netzwerk zeitpolitischer Akteure, das vor allem durch die romanischen Länder geprägt war und unter mangelnder Beteiligung der nordeuropäischen Länder, insbesondere Deutschlands, litt. Eurexcter entwickelte im Zusammenhang mit den Modellprojekten in Deutschland und Italien zudem ein europäisches Weiterbildungsprogramm zwischen Italien, Deutschland und Frankreich (1997–2000), das Praktiker aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften für die Zeitpolitik auf kommunaler Ebene fit machen sollte (Mückenberger 2000). Angelehnt war es an einen Laurea-Studiengang des Politecnico di Milano, das in der Nebenstelle Piacenza durchgeführt wurde und in dem die Eurexcter-Leiter:innen aus Frankreich und Deutschland neben den italienischen als Dozent:innen lehrten und Prüfungen abnahmen. Leider konnten sich diese Programme nicht dauerhaft etablieren.

Wichtige Impulse gingen von zwei Arbeitskreisen der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, heute Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz Gemeinschaft) aus, die unter Leitung und maßgeblicher Mitwirkung von DGfZP-Mitgliedern (Dietrich Henckel, Martina Heitkötter Ulrich Mückenberger, Jürgen Rinderspacher, Thomas Sieverts, Albert Mayr, Caroline Kramer) zwei Sammelbände vorlegten: Raumzeitpolitik (Henckel/Eberling 2002) und Zeitgerechte Stadt (Henckel/Kramer 2019).

Im Rahmen des zweiten Arbeitskreises wurde der sehr ambitionierte Ansatz einer Umorganisation städtischer Zeiten in Bad Kissingen auf der Basis chronobiologischer Erkenntnisse – initiiert vom damaligen Wirtschaftsförderer der Stadt – vorgestellt. Angedacht waren u. a. spätere Schulzeiten, Veränderung der Zeiten in Krankenhäusern und Kureinrichtungen in Ausrichtung auf die Rhythmen der Patient:innen, die Einführung von Schichtplänen, die sich an den Chronotypen (Frühaufsteher, Spätaufsteher/Lerchen, Eulen) der Beschäftigten orientieren. Daraus hätten auch massive Anpassungen beispielsweise des ÖPNV resultieren müssen. Dieses vielversprechende Vorhaben ist aber inzwischen weitgehend aufgegeben. Trotz einer Reihe von Bemühungen von Akteuren der DGfZP, die kommunalen Spitzenverbände für die Zeiten der Stadt zu gewinnen, ist es über Publikationen in den Verbandsorganen nie hinausgekommen.

Einen „zeitpolitischen Ruck“ gerade auch für die kommunale Zeitpolitik haben zunächst der 7. Familienbericht der Bundesregierung, aber auch die weiteren Familienberichte und die daraus resultierenden Förderprogramme und Pilotprojekte (u. a. Aachen mit einer weitreichenden Integration von Familienzeitpolitik und Stadtplanung) erzeugt (vgl. auch den Beitrag Jurczyk/Mückenberger in diesem Heft). Die Familienberichte und das Plädoyer der damaligen Ministerin von der Leyen für Zeitpolitik haben maßgeblich dazu beigetragen, dass der Begriff „Zeitpolitik“ – zumindest zeitweise – in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurde. Zu einer europäischen Verbreitung des Begriffes und der Konzepte der kommunalen Zeitpolitik trug bei, dass das kommunalpolitische Standbein des Europarates – der Kongress der Gemeinden und Regionen – 2010 in Straßburg einen Beschluss und eine Empfehlung „Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll?“ verabschiedete (Mückenberger 2011), worin er seinen 47 Mitgliedstaaten die Anwendung zeitpolitischer Konzepte und Instrumente auferlegte und erstmals auf europäischer Ebene ein „Recht auf Zeit“ anerkannte. Diese Dokumente wurden häufig zitiert, blieben jedoch – soweit ersichtlich – ohne entsprechende praktische Umsetzungserfolge.

Die Jahrtausendwende war in einigen Ländern gekennzeichnet durch weitreichende Bestrebungen des Umbaus des öffentlichen Sektors, der Erhöhung der Effizienz und der Bürgerfreundlichkeit. Im Zuge dieser Modernisierungsbestrebungen erlebte vor allem in Italien die lokale Zeitpolitik ihren großen Aufschwung. Dieser fand in anderen Ländern nicht den gleichen Druck, weil eine Reihe von ähnlichen Maßnahmen, die in Italien unter Zeitpolitik liefen, etwa in Deutschland unter dem Siegel bürgerfreundlicher Verwaltung firmierten. Diese Überschneidungen haben teilweise verhindert, der kommunalen Zeitpolitik in Deutschland den nötigen eigenständigen ressortübergreifenden Schwung zu verleihen.

Sucht man heute bei google unter dem Begriff „Zeitpolitik“, erhält man rund 51.000 Treffer, für „kommunale Zeitpolitik“ sind es noch rund 14.000. Die Mehrheit der Eintragungen scheint sich dabei auf die kommunale Familienzeitpolitik zu beziehen.

Institutionalisierung, Volatilität und die Bedeutung von Personen

Die (im weitesten Sinn sozialwissenschaftliche) Zeitforschung hat schon eine längere Geschichte. Sie hat in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung genommen und ist in viele Einzeldisziplinen diffundiert. Eine erste wichtige Gesellschaft wurde 1966 mit der „International Society for the Study of Time (ISST)“ als interdisziplinärer Organisation von Wissenschaftlern gegründet. 1969 fand

die erste Tagung – in Deutschland – statt. Seitdem finden ungefähr alle drei Jahre Tagungen der ISST statt.

Einen weiteren Meilenstein bildete die Gründung der „International Association for Time Use Research (IATUR)“ im Jahre 1970 in Varna/Bulgarien, die 1988 mit dem heutigen Namen benannt wurde und heute Akademiker:innen, Praktiker:innen und Statistikexpert:innen aus ca. 40 Ländern umfasst. Auch dieser Verband, der mittlerweile seine 44. Weltkonferenz hinter sich hat, bekundet nicht unbedingt eine zeitpolitische Perspektive; aber sein akademisches und statistisches Interesse am alltäglichen Zeitgebrauch von Menschen führt fast zwangsläufig zu zeitpolitischen Konsequenzen. IATUR hat sich denn auch 2021 auf der Barcelona Time Use Week deren zeitpolitischen Forderungen (s. unten) angeschlossen.

Als ein weiterer wichtiger Schritt kann die Gründung der Zeitschrift „Time and Society“ 1992 gelten. Zunehmend werden Artikel zu städtischen Zeitthemen publiziert. Die dauerhafte Existenz der Zeitschrift und ihre zunehmende Bedeutung ist sicherlich ein Indiz für eine Etablierung und Institutionalisierung der Zeitforschung mit einem kontinuierlichen Wachstum des wissenschaftlichen Outputs, der jedoch kaum eine Entsprechung in der Praxis findet.

Bemerkenswert ist, wie sich zeitpolitische Fragestellungen und Inhalte auch in der akademischen Lehre durchgesetzt haben. Allerdings sind sie abhängig von den Initiativen der akademischen Lehrerinnen und Lehrer. Unseres Wissens sind sie nirgendwo in den Curricula verankert, geschweige denn, dass es eigene Lehrstühle für Zeitforschung und/oder Zeitpolitik gäbe – der o. g. Laurea-Studiengang in Piacenza ist eine Episode weniger Jahre geblieben. Wie erwähnt, konnte auch das Weiterbildungsprogramm Eurexter nicht auf eine längere Dauer gestellt werden.

Trotz der Gesetzgebung in Italien, die die Städte zur Zeitpolitik verpflichtet, also eine gesetzlich abgesicherte Institutionalisierung bedeutet, kann von einer wirklichen Etablierung kommunaler Zeitpolitik nur (noch) in wenigen italienischen Städten und häufig mit sehr verengtem Fokus gesprochen werden. Während in der Anfangszeit über 80 italienische Städte Zeitbüros hatten, die sich intensiv mit der Integration von zeitlicher und räumlicher Steuerung auseinandersetzen, umfangreiche Gutachten und Zeitleitpläne erstellten (u. a. Bozen, Mailand, Modena, Bergamo, Pesaro, Rom, Turin), fristeten auch im Zuge von politischen Umschwüngen in den Städten (von linken zu rechten Stadtregierungen) die Zeitbüros zunehmend ein Randdasein. Mittlerweile spielen explizite Zeitpolitiken und vor allem die Integration von zeitlichen und räumlichen Politiken nur noch in wenigen Städten (u. a. Bozen und Bergamo) eine

wichtige Rolle, während in anderen vor allem Arbeitszeitpolitiken, teilweise Care-, Familien- und Schulfragen im Zentrum stehen (Mareggi 2015).

Auch alle oben erwähnten deutschen kommunalen Projekte (Hanau, Hamburg, Hannover, Wolfsburg, das Zeitbüro Bremen Vegesack u. a.) sind mittlerweile Geschichte. Meist verloren sie mit dem Weggang der (meist) Gründerinnen an Bedeutung oder wurden ganz eingestellt. Das erwähnte ambitionierte Projekt Chronocity Bad Kissingen ist nach einer anfänglichen Euphorie in den Mühlen der Verwaltung und der Komplexität der notwendigen Anpassungsprozesse, der schwankenden Unterstützung der Stadtspitze und den verfestigten Interessen relevanter Akteure untergegangen.

Es ist keineswegs so, dass sich die zeitpolitischen Anliegen sozusagen „erledigt“ hätten. Vielmehr scheinen sie sich (nicht nur) in Deutschland „departementalisiert“ – d. h. in einzelne Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt und verlagert – zu haben. Zeitpolitische Fortschritte finden sich denn auffällig in der Arbeitszeitpolitik (s. ZpM 38), in der Geschlechter- und Familienpolitik (s. ZpM 28), in der Nachhaltigkeitspolitik (s. ZpM 40) – von der Verwaltungsmodernisierung war bereits die Rede. Dort haben alltagsfreundliche zeitpolitische Anliegen deutliche Durchschlagskraft erlangt, ohne aber noch unter Zeitpolitik subsumiert zu werden. Das mag man vom Ergebnis her nicht unbedingt bedauern – nur stellt eben die Departementalisierung der Weiterentwicklung der Zeitpolitik über Ressort- und Zuständigkeitsgrenzen hinaus massive Barrieren in den Weg.

Die Durchsetzung und Etablierung ressortübergreifender transversaler Politiken gelingt nämlich, wie die Umweltpolitik lehrt, offenbar nur, wenn mit der Institutionalisierung auch Macht – gekennzeichnet durch hierarchische Stellung, Personal, Geld und Zeichnungsrechte – in relevantem Umfang verbunden ist. Dies ist bislang nirgendwo in erkennbarer Weise gelungen. Auch die gesetzliche Absicherung der kommunalen Zeitplanung in Italien hat nicht verhindern können, dass

- die Aufmerksamkeit für die Zeiten der Stadt sehr volatil und abhängig von günstigen Konstellationen ist,
- erfolgreiche Ansätze meist eher Projekt- oder Experimentiercharakter haben, sich aber selten dauerhaft etablieren können,
- die Abhängigkeit vom Charisma einzelner Personen für die Durchsetzung zeitpolitischer Ansätze deutlich größer ist als in anderen Politikbereichen und ein Weggang solcher Personen nicht durch etablierte Strukturen aufgefangen werden kann.

Die Volatilität und Zyklicität zeitpolitischer Themen bedingt, dass mit jedem neuen Aufschwung zwar auch neue

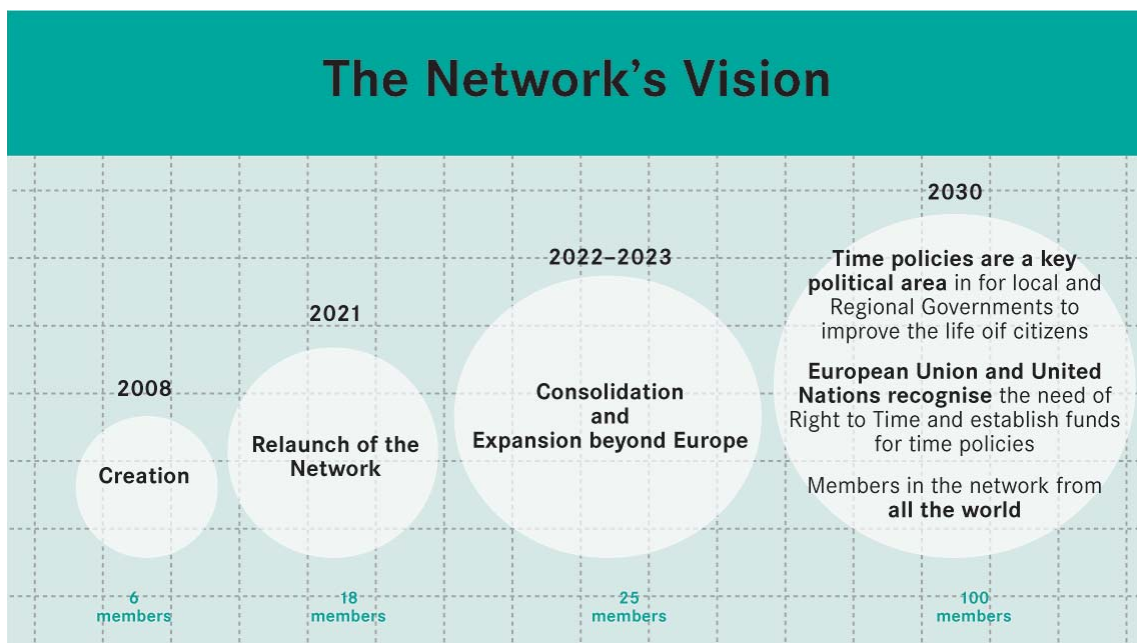
Perspektiven verbunden sind, gleichzeitig aber bereits vorhandenes Wissen nicht mehr verfügbar ist, so dass viele Räder immer wieder neu erfunden werden.

Sieht man sich die aktuellen Webauftritte der deutschen politischen Parteien und Stiftungen an, wird ebenfalls eine geringe Verankerung des Themas Zeitpolitik und erst recht kommunaler Zeitpolitik erkennbar – abgesehen von bleibenden Ansätzen in der Jugend-, Geschlechter- und Familienzeitpolitik (s. Jurczyk/Mückenberger in diesem ZpM).

Die beschriebenen Entwicklungen und Bedingungen lassen erkennen, wie schwierig die Etablierung einer kommunalen Zeitpolitik ist, zumal sich die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland dem Thema nie wirklich geöffnet haben. Der bislang bescheidene Erfolg sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den letzten Jahren neuer Schwung entstand.

Neuere Entwicklungen

Barcelona ist schon seit langem eine Stadt, die sich intensiv um Zeitpolitik gekümmert hat. 2013 entstand eine Initiative zur Reform der Zeitnutzung, die 2014 feierlich präsentiert und mit einer Expertengruppe versehen innerhalb von drei Jahren Grundlagen erarbeiten, Aufmerksamkeit erzeugen und eine Reformagenda für Katalonien entwickeln sollte – mit ausdrücklicher institutioneller Unterstützung durch die katalanische Regionalregierung. Vorgesehen war von Anfang an eine Internationalisierung. Jährlich wurden nationale Tagungen durchgeführt, und 2020 wurde von der Barcelona Time Use Initiative for a Healthy Society (BTUI) die erste internationale Time Use Week durchgeführt. Diese Tagung war der Vorläufer für die Barcelona Time Use Week (BTUW), die 2021 zusammen mit dem 43. Weltkongress von IATUR durchgeführt wurde (s. oben). Diese Tagung – mit großer internationaler Kooperation in der Vorbereitung unter maßgeblicher Beteiligung der DGfZP – markiert einen wichtigen neuen Aufbruch für (kommunale) Zeitpolitik. Ein entscheidender Meilenstein ist die Barcelona Declaration on Time Policies (<https://www.timeuse.barcelona/barcelona-declaration-on-time-policies>) (in fünf Sprachen: Spanisch, Katalanisch, Englisch, Französisch, Deutsch), die mit über 100 erstunterzeichnenden Institutionen / Personen aus Wissenschaft, Praxis, Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Kommunen feierlich verkündet wurde. Für Deutschland – hier hatte die DGfZP die Koordination der Akquisition der Erstunterzeichner übernommen – konnten mehrere kommunal bzw. räumlich orientierte Institutionen gewonnen werden (u. a. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz Gemeinschaft (ARL), Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL)). Leider ist es



(wieder) nicht gelungen, die kommunalen Spitzenverbände und/oder Kommunen, die Erfahrungen mit kommunaler Zeitpolitik haben, zu einem Bekenntnis zur Zeitpolitik und damit zur Unterschrift zu bewegen.

Die zeitpolitischen Ansätze und Forderungen wurden auf der BTUW 2021 unter dem Slogan „Zeitpolitik der zweiten Generation“ verhandelt. Fast als selbstverständlich wurde das – vom Europarat 2010 aus der Taufe gehobene (s. oben) – „Recht auf eigene Zeit“ verkündet. Inhaltlich wurde auf der Tagung neben dem Recht auf eigene Zeit u. a. über die Gründung einer Europäischen Akademie für Zeitpolitik, über die Abschaffung der Sommerzeit durch die Einführung dauerhafter Zeitzonen, die Care-Krise, die Internationalisierung der kommunalen zeitpolitischen Erfahrungen diskutiert und eine Reihe von Beschlüssen für eine internationale Kooperation gefasst. Folgende Kooperationen wurden vereinbart und sind mittlerweile etabliert (<https://www.timeuse.barcelona/projects-1>):

- Die Gründung des „Local and Regional Governments Time Network“. Ziel des Netzwerkes ist der Austausch und die Verbreitung guter Praxen lokaler und regionaler Zeitpolitiken. Dazu gibt es mittlerweile eine Agenda für die Sammlung von praktischen Erfahrungen in unterschiedlichen Feldern. Die DGfZP ist im Beirat des Netzwerkes vertreten. In diesen Zusammenhang gehört auch die Wahl einer Welthauptstadt für Zeitpolitik für ein Jahr. Für 2022 wurde Barcelona dafür gewählt.
- Eine Kampagne und Vorbereitung eines Antrages für die Gründung einer Europäischen Zeitakademie (vgl. Beitrag Mückenberger in diesem Heft).

- Eine Arbeitsgruppe für eine Kampagne zur Abschaffung der Sommerzeit und einer Teil-Reform der gegenwärtigen europäischen Zeitzonen, die nicht den solaren Zyklen entsprechen (vgl. Beitrag Henckel/Gernig in diesem Heft). Im Oktober wurden dazu Pressemitteilungen und Vorstöße, das Thema wieder auf die Agenda des europäischen Parlaments und der Kommission zu bringen veröffentlicht.
- Aus der BTUW und den dort entstandenen Kontakten wurde eine Reihe von Anträgen für europäische Forschungs- oder Kooperationsprojekte initiiert.

Die BTUW 2022 fand im Oktober 2022 unter dem Titel „Zeit und (Un-)Gleichheit“ statt. Im Rahmen der Tagung fand auch die Vollversammlung des „Local and Regional Governments Time Network“ statt mit einer Darstellung der bisherigen Zusammenstellung guter Praktiken in ausgewählten Feldern, mit einer Fortschreibung der Agenda und der Formulierung anspruchsvoller Ziele zur Zukunft des Netzwerkes (s. Schaubild). Diese Vision zu erfüllen, erfordert erhebliche gemeinsame Anstrengungen.

Die BTUW 2021 und die Fortsetzung 2022 markieren einen neuen Aufbruch und haben bereits ein hohes Maß an internationaler Aktivität hervorgerufen, das Anlass zur Hoffnung gibt.

Fazit

Zeitpolitik, und besonders deren lokale Ausprägung, dürfte nachwievoreinedergroßen Innovationen unserer Jahrzehnte sein: Neben den Sozialstaat, der sich auf die Umverteilung finanzieller Ressourcen beschränkte, ist ein Sozialstaat getreten, der auch die zeitlichen Bedingungen des Alltagslebens

erkennt, organisiert und zu deren Mitgestaltung beiträgt. Die Etablierung kommunaler Zeitpolitik ist allerdings, wie wir gesehen haben, durch eine – nicht nur in Deutschland, aber dort besonders – große Volatilität und Diskontinuität gekennzeichnet. Themen-, förderungs-, projektbedingt gab es immer wieder Ansätze, die sich aber nicht dauerhaft etablieren konnten. Das hat mit einer extremen Zurückhaltung der deutschen Kommunen und kommunalen Spitzenverbände gegenüber dem Thema sowie der geringen internationalen Beteiligung deutscher Akteure auf diesem Feld zu tun; diese Zurückhaltung kam jüngst darin zum Ausdruck, dass bei den BarcelonaTimeUseWeeks2021und2022von deutscher Seite nur Vertreter aus der Wissenschaft und der DGfZP vertreten waren. Markante Ausnahmen waren eine Videobotschaft des früheren deutschen Umweltministers und ehemaligen Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zur Bedeutung von Zeitpolitik generell auf der Time Use Week 2021 sowie vor allem die Videostellungnahme des deutschen MEP Rasmus Andresen zur Verkündung der Barcelona Declaration on Time Policies 2021, in der er die Bedeutung der Zeitpolitik generell, des Rechts auf eigene Zeit und der Gründung einer europäischen Zeitakademie betonte.

Da bislang keine einzige deutsche Kommune im „Local and Regional Governments Time Network“ vertreten ist, sollten weiterhin Anstrengungen unternommen werden, dass auf absehbare Zeit eine deutsche Beteiligung sichergestellt werden kann, weil wir der Überzeugung sind, dass gerade aufgrund der starken Stellung der Kommunen in Deutschland diese Wesentliches beizutragen hätten.

„Zeiten der Stadt“ kann insgesamt als eine Erfolgsgeschichte mit erheblichen Hindernissen angesehen werden. Kommunale Zeitpolitik dauerhaft zu etablieren, wird ein mühsamer und weiter Weg bleiben.

Zitierte Literatur

- Bonfiglioli, S. / Mareggi, M. (Hrsg.) (1997) : Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui tempi della città. Urbanistica Quaderni 12. INU, Roma.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hrsg.) (2007): Lokale Zeitpolitik. Zeitpolitisches Magazin 10. Berlin. http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/zpm_10_07_07.pdf
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hrsg.) (2007): Time Policy in Europe. Zeitpolitisches Magazin 26. Berlin. http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/zpm_26_0715.pdf
- Hägerstrand, T. (1979): What about people in regional science? In: Papers of the Regional Science Association. Band 24, 1970, S. 7–21.
- Heitkötter, M. (2006): Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar? Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiel des ZeitBüro-Ansatzes. Frankfurt a.M. u.a.
- Henckel, D. / Eberling, M. (1998): Kommunale Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen, Berlin.
- Henckel, D. / Eberling, M. (2001): Zeitpolitik als kommunales Handlungsfeld – Analyse der Zeitgestaltungsprojekte des EXPO-Nordverbundes Bremen – Hamburg – Hannover, in: Freie und Hansestadt Hamburg, Senatsamt für die Gleichstellung, zeiten : der : stadt, Hamburg.
- Henckel, D. / Eberling, M. (Hrsg.) (2002): Raumzeitpolitik. Opladen.
- Henckel, D. / Kramer, C. (Hrsg.) (2019): Zeitgerechte Stadt. Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis. Hannover. Forschungsberichte der ARL 09.
- Läpple, Di. / Mückenberger, U. / Oßenbrügge, J. (Hrsg.) (2010): Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis. Opladen.
- Marregi, M. (2015): Italian urban time policies and practices for urban well-being and quality of life. In: Zeitpolitisches Magazin Nr. 26, S. 6–8, http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/zpm_26_0715.pdf
- Mückenberger, U. (1992): „Die Frauen verändern die Zeiten“. Dt. Übersetzung des italienischen Gesetzentwurfes mit Einführung, In: Kritische Justiz, Vol. 25/1, S. 98–111.
- Mückenberger, U. (Hrsg.) (2000): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. 2. erw. Auflage, Bremen.
- Mückenberger, U. (Hrsg.) (2001): Bessere Zeiten für die Stadt. Chancen kommunaler Zeitpolitik. Wiesbaden.
- Mückenberger, U. (2011): Times Policies in Europe. Scientific opinion for the Council of Europe In: Time & Society, Vol. 20/2 July 2011 pp. 243 – 276.

Dicke Bretter der Zeitpolitik: Das Beispiel Sommerzeit

Die Sommerzeit (also die Umstellung der Uhren eine Stunde vor im Frühjahr und wieder eine Stunde zurück im Herbst) wurde als später Nachhall der Energiekrise 1984 in der EU durch die Richtlinie 2000/84/EG eingeführt mit dem Ziel, Energie einzusparen. Diesen Hintergrund hatten auch die ersten Versuche mit der Sommerzeit, die ursprünglich eine englische Idee war. Die Sommerzeit wurde in vielen Ländern zuerst in Kriegszeiten eingeführt, in Deutschland im ersten und zweiten Weltkrieg, aber meist relativ schnell nach den kriegswirtschaftlichen Begründungen wieder abgeschafft. Seit 1984 bis heute gilt die Regelung in der EU unverändert. Dabei war die Mehrheit einer – methodisch durchaus fragwürdigen – EU-Umfrage für die Abschaffung der Uhrzeitumstellung und auch das EU-Parlament stimmte mit großer Mehrheit für die Abschaffung bis 2021 – mit der Maßgabe, dass die Hoheit für die Regelung wieder in die einzelnen Länder zurückgegeben werden soll, einhergehend mit der Anmahnung einer gemeinsamen Koordination und Abstimmung. Passiert ist bislang nichts. Nach Auskunft der EU ist der Prozess gegenwärtig „on hold“.

Die Einführung der Sommerzeit (Englisch daylight saving time DST) ist schon immer hochgradig umstritten gewesen, es gibt eine Vielzahl von Ländern, die sie eingeführt, wieder abgeschafft, wieder eingeführt haben. Auch die Art der Abschaffung ist immer wieder Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen, so wird gerade in Nordamerika (USA und Kanada) darum gerungen, ob nicht eine dauerhafte Sommerzeit eingeführt werden soll – in den USA wird die Diskussion unter dem bezeichnenden Titel „sunshine protection act“ geführt.

Die Veränderung der Uhrzeit gegenüber der Normal-/Standardzeit wie auch die Vereinbarung einer Standardzeit sind zeitpolitische Maßnahmen in Reinkultur. Die Vereinbarung der Standardzeit erfolgte auf der Meridiankonferenz 1884, wobei die Welt in 24 Zeitzonen eingeteilt wurde (in 24 Stunden dreht sich die Erde einmal um sich selbst), in denen jeweils um 12:00 Uhr mittags die Sonne in der Mitte der Zeitzone im Zenit steht. Schon diese Festlegung ist ein politischer Akt zur Vereinheitlichung der Zeiten und zur Erleichterung der Koordination in einer zusammenwachsenden Welt. Allerdings beruht die Einteilung der Standardzeiten auf dem Hintergrund der natürlichen Lichtverhältnisse durch Tag und Nacht – was für Menschen, die zu den tagaktiven Primaten zu rechnen sind, durchaus zweckmäßig ist.

Die Einführung der Sommerzeit kommt einer Verschiebung der Zeitzonen gleich, führt also dazu, dass man mit Blick auf die üblichen Stundenpläne einer Gesellschaft eine Stunde früher aufsteht. Mit anderen Worten, die Aktivitäten der Gesellschaften werden eine Stunde vorverlegt, was einen massiven Eingriff in die Zeitlichkeit bedeutet.

Führt man sich nun vor Augen, dass

- die Erwartungen an Energieeinsparungen sich nicht erfüllt haben,
- die Erkenntnisse der Chronobiologie und Schlafforschung in den letzten Jahren eine überwältigende Evidenz für die Schädlichkeit der „Vorverlegung“ der gesellschaftlichen Aktivitäten gegenüber dem solaren Zyklus belegt haben,

wird erklärbar, dass die Auseinandersetzungen um die zukünftige Regelung in der EU und anderswo wieder an Schärfe gewonnen haben.

Die DGfZP hat sich in diese Debatte eingeklinkt durch

- ein umfangreiches Dossier in Deutsch und Englisch (http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/Zukunft_der_Sommerzeit.pdf und http://zeitpolitik.org/wp-content/uploads/2022/03/future_of_DST.pdf), das einerseits die pros und cons für eine Umstellung der Uhrzeiten beleuchtet, Vorschläge für eine sinnvolle Regelung unterbreitet und Verfahrensvorschläge macht. Dieses Dossier wurde breit gestreut und hatte eine gewisse Medienresonanz (u.a. Online-Artikel Perspective Daily, TV-Interview Radio Bremen).
- Mitwirkung in verschiedenen Gruppierungen, die die Abschaffung der Sommerzeit zugunsten der Standardzeit befördern wollen (Better Times, International Alliance for Natural Time (IANT, <https://naturalttimealliance.org/en/>), Arbeitsgruppe der Barcelona Time Use Initiative (BTUI, <https://www.timeuse.barcelona/>). Insbesondere die internationale Arbeitsgruppe ist in den letzten Monaten sehr aktiv gewesen und hat im Oktober einen Vorschlag für die Einrichtung permanenter Zeitzonen in Europa lanciert (<https://www.timeuse.barcelona/permanent-time-zones-eu>), der sich an die EU-Kommission, das EU-Parlament sowie die einzelnen Mitgliedsländer richtet.



Der Prozess der Abschaffung der Sommerzeit geht gegenwärtig in der EU und in Deutschland aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht voran:

- Die weltweiten Krisen überdecken die Bedeutung der anscheinend trivialen Uhrzeitumstellung, so dass andere Themen die Agenda dominieren und die Debatte um die Uhrzeitumstellung immer wieder in den Hintergrund drängen.
- Themen von langfristiger und schleichender Bedeutung – das zeigt die Behandlung der Klimakrise überdeutlich – haben es schwer, handlungsrelevant zu werden. Da die gesundheitlichen Folgen, die Folgen für Wohlbefinden etc. durch die Uhrzeitumstellung in der Regel erst langfristig, indirekt oder nur durch komplizierte Untersuchungen ursächlich zuzuordnen sind, ist es leicht, sie immer wieder aus dem Blick zu verlieren oder zu verdrängen.
- Da die Folgen in sehr unterschiedlichen Bereichen anfallen (langfristig erhöhte Gesundheitsrisiken, Unfallfolgen durch Schlafdefizite etc.), haben weder unmittelbar Betroffene noch Institutionen die Zusammenhänge im Blick. Da die positiven Folgen einer Umstellung ebenfalls nur langfristig sichtbar werden, ist es schwer, die politische Agenda in diese Richtung zu beeinflussen.
- Wie bei allen komplexen Sachverhalten und Entscheidungen gibt es immer auch Gewinner von in der Summe negativ wirkenden Regelungen. Bestimmte Branchen, insbesondere im Freizeitbereich, profitieren dadurch, dass die Umstellung der Uhren dazu führt, dass wir eine Stunde früher aufstehen und es nach der Uhr abends eine Stunde länger hell ist (weil die Hellstunden anders auf der Uhr verteilt werden). Gerade die Diskussionen in den USA zeigen, dass die freizeitorientierten Branchen kein Interesse an der Abschaffung der Sommerzeit haben, teilweise sogar für eine dauerhafte Sommerzeit plädieren, was vor allem aus chronobiologischer Sicht die schädlichste aller Varianten wäre. Länder, die eine dauerhafte Sommerzeit eingeführt haben, haben diese Regelungen meist nach wenigen Jahren wieder zurückgenommen.
- Trotz weitgehendem Konsens über die Irrelevanz der Sommerzeit für die Energieeinsparung tauchen immer wieder Presseartikel auf, die mit Berufung auf „Experten“ auf die Chancen der Energieeinsparung verweisen. Im Oktober 2022 wurde von Consumerismo & Sima aus Italien auf change.org eine Petition an die EU-Kommission, das EU-Parlament und Olaf Scholz initiiert, die ohne jegliche Evidenz aus energiepolitischen Gründen eine dauerhafte Sommerzeit fordert und bis zum 25.10.2022 bereits über 262.000 Unterschriften sammeln konnte.

Die Komplexität des Themas, die scheinbare „Unsichtbarkeit“ der negativen Folgen der Umstellung und vor allem die Forderungen einer nicht geringen Zahl von Bürger:innen und institutionellen Akteuren nach einer dauerhaften Sommerzeit (mit besonders schädlichen Effekten) lassen trotz der empirischen Evidenz für die Notwendigkeit für eine Rückkehr zur dauerhaften Standardzeit (und eine Anpassung der europäischen Zeitzone) leider keine schnellen Erfolge erwarten. Da mit dem Thema auch keine großen politischen Lorbeeren zu gewinnen sind, sind bislang auch alle Versuche gescheitert, in verschiedenen Ländern das Thema für den jeweiligen Turnus der EU-Ratspräsidentschaft zu lancieren.

Da die – insbesondere chronobiologische – Evidenz zur Schädlichkeit der Sommerzeit und erst recht einer dauerhaften Sommerzeit kontinuierlich zunimmt, mehrten sich die Kampagnen für eine dauerhafte Rückkehr zur Standardzeit. Da das Thema schwer zu bewegen ist, geht es darum, Partner und mögliche „Verbündete“ zu finden, die ein genuines Interesse an der Vermeidung der Gesundheitsrisiken haben müssten, die durch die Umstellung der Uhren verursacht werden und die durch eine dauerhafte Sommerzeit massiv verschärft würden. Daher haben wir von der DGfZP zusammen mit Better Times das Gesundheitsministerium sowie einige große Krankenkassen angeschrieben, um auf die Folgen der Uhrzeitumstellung für gesundheitliche Risiken und den Zusammenhang mit dem gesundheitlichen Präventionsauftrag aufmerksam zu machen und unsere Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Vorausgegangen war eine intensive Prüfung der Webseiten und einschlägigen Veröffentlichungen zu Fragen der Uhrzeitumstellung, Schlafstörungen etc. Bemerkenswert war, dass beim Gesundheitsministerium wie auch bei den meisten Krankenkassen, die Uhrzeitumstellung keine oder nur eine geringe Rolle spielt. Die Antworten der angeschriebenen Institutionen waren bis auf eine Ausnahme – sofern überhaupt reagiert wurde, nichtssagend bis abwehrend. Lediglich die DAK, die sich schon seit Jahren mit dem Problem des Schlafdefizits in der Gesellschaft befasst und jährlich eine Umfrage zur Einschätzung der Mitglieder zur Uhrzeitumstellung durchführt, war zu einem Gespräch bereit, das durchaus Hoffnung gibt, Krankenkassen für das Thema gewinnen zu können.

Vermutlich wird die Rückkehr zur dauerhaften Standardzeit (und die für einige Länder erforderliche Anpassung der Zeitzonenzuordnung) noch eine Weile auf sich warten lassen. Aber die Zahlen der Befürworter der Uhrenumstellung gehen zurück und die empirischen Befunde zu ihrer Schädlichkeit und insbesondere der – auch immer wieder geforderten – dauerhaften Sommerzeit werden immer breiter und massiver. Daher ist zu hoffen, dass durch



**American Academy of Sleep Medicine:
Thread auf Twitter 18. 10. 2022**

Ahead of the fall time change, AASM is advocating for the adoption of permanent standard time. Why? #StandardTime is better for our overall health and safety.

Standard time matches our body's internal clock. #Daylight-SavingTime disrupts our internal clock, leading to sleep loss and poor sleep quality, leading to negative health consequences.

Standard time ensures more light and promotes safety in the morning. Dark mornings caused by permanent daylight saving time pose safety concerns.

Permanent daylight saving time would disproportionately affect the northern part of the U.S. Some parts of Montana, North Dakota, and Michigan would not see sunrise until after 9:30 a.m. during the winter.

The U.S. has tried permanent daylight saving time before, and the results were disastrous. The U.S. attempted to adopt permanent DST in 1973, but it was so unpopular that Congress reverted the nation to standard time after only 8 months.

Seasonal time changes are dangerous overall. Misalignment caused by seasonal time changes has been linked to an increased risk of stroke and hospital admissions and increased production of inflammatory markers, one of the body's responses to stress.

<https://twitter.com/AASMorg/status/1582390709315080194>,
Zugriff 26.10.2022

**Amerikanische Akademie für Schlafmedizin (AASM):
Thread auf Twitter 18. 10. 2022**

Im Vorfeld der Zeitumstellung im Herbst setzt sich die AASM für die Einführung der permanenten Standardzeit ein. Warum eigentlich? #StandardZeit ist besser für unsere allgemeine Gesundheit und Sicherheit.

1. Die Standardzeit stimmt mit der inneren Uhr unseres Körpers überein. Die #Sommerzeit bringt unsere innere Uhr durcheinander, was zu Schlafverlust und schlechter Schlafqualität führt, was wiederum negative gesundheitliche Folgen hat.
2. Die Standardzeit sorgt für mehr Licht und fördert die Sicherheit am Morgen. Dunkle Morgenstunden, die durch die ständige Sommerzeit verursacht werden, stellen ein Sicherheitsrisiko dar.
3. Eine dauerhafte Sommerzeit würde den nördlichen Teil der USA unverhältnismäßig stark beeinträchtigen. In einigen Teilen von Montana, North Dakota und Michigan würde die Sonne im Winter erst nach 9:30 Uhr aufgehen.
4. Die USA haben schon einmal versucht, die Sommerzeit dauerhaft einzuführen, und die Ergebnisse waren katastrophal. Die USA versuchten 1973, die Sommerzeit dauerhaft einzuführen, aber sie war so unpopulär, dass der Kongress die Nation nach nur 8 Monaten wieder auf die Standardzeit zurückstellte.
5. Jahreszeitliche Zeitumstellungen sind insgesamt gefährlich. Die durch die jahreszeitliche Zeitumstellung verursachten Abweichungen werden mit einem erhöhten Risiko für Schlaganfälle und Krankenhauseinweisungen sowie mit einer erhöhten Produktion von Entzündungsmarkern in Verbindung gebracht, die eine der Reaktionen des Körpers auf Stress sind.

(eigene Übersetzung)

die Verbreitung der Informationen, die Vernetzung der Befürworter:innen einer dauerhaften Standardzeit und die mögliche Gewinnung von Akteur:innen mit Präventionsauftrag im Gesundheitssektor der Bewegung Schwung verleiht.

Literatur zum Thema:

- Deutscher Bundestag (2016): Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung Technikfolgenabschätzung (TA): Bilanz der Sommerzeit, Drucksache 18/8000, 18. Wahlperiode (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), TAB-Bericht Nr. 165), 31.03.2016.
- Downing, M. (2005): Spring Forward: The Annual Madness of Daylight Saving Time. Washington, D.C. (Shoemaker & Hoard).
- Downing, M. (2018): 100 years later, the madness of daylight saving time endures. In: The Conversation: <http://theconversation.com/100-years-later-the-madness-of-daylight-saving-time-endures-93048>, Zugriff 19.02.2020.

Henckel, D. / Gernig, B. / Mückenberger, U. (2020): Die Zukunft der Sommerzeit. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik, Berlin. http://www.zeitpolitik.de/pdfs/Zukunft_der_Sommerzeit.pdf.

Korf, H. (2017): Sommerzeit – Soziales Jetlag – Schlafdefizit: Zeitpolitisches Magazin, H. 30. http://www.zeitpolitik.de/pdfs/zpm_30_0717.pdf, S. 10-12.

Roenneberg, T. (20019): Das Recht auf Schlaf. Eine Kampfschrift für den Schlaf und ein Nachruf auf den Wecker. München.

Roenneberg, T. / Wirz-Justice, A. / Skene, D. J. / Ancoli-Israel, S. / Wright K. P. / Dijk, D.-J. et al. (2019): Why Should We Abolish Daylight Saving Time? Journal of Biological Rhythms, 34(3), 227-230. <https://doi.org/10.1177/0748730419854197>.

Spork, P. (2016): Wake up! Aufbruch in eine ausgeschlafene Gesellschaft. München, 2. Auflage.

Zeiten für Pflegebedürftige

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt und damit nimmt das Thema Pflege weiter an Bedeutung zu. Seit Jahren wächst die Zahl der Pflegebedürftigen, also der Menschen, die wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten dauerhaft auf Hilfe angewiesen sind. Etwa ein Drittel der Pflegebedürftigen ist hochbetagt, der Frauenanteil überwiegt. Der weitaus größte Teil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause bleiben. Rund vier von fünf Pflegebedürftigen in Deutschland werden dort versorgt. Meist erfolgt die Pflege durch pflegende Angehörige, das heißt Partner, erwachsene Kinder, aber auch Eltern, deren Kinder auf Pflege angewiesen sind. Ganz allein pflegen rund zwei Millionen, rund eine Million zusammen mit einem Pflegedienst. Die Hälfte davon sind berufstätige Angehörige. Über 80 % der privat Pflegenden sind Frauen und auch bei den professionellen Pflegekräften beträgt der Frauenanteil drei Viertel. Häufig werden die privat Pflegenden von ambulanten Pflegediensten unterstützt. Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen machen rund ein Fünftel der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland aus.

Mit der Zahl der Pflegebedürftigen wächst der Bedarf an Pflegediensten, Pflegeheimen und Pflegeplätzen, je nachdem, ob die Versorgung ambulant oder stationär erfolgt. Dies erfordert weiteres Pflegepersonal und Pflegefachkräfte wie Altenpflegerinnen und -pfleger. Nicht nur die steigende Zahl der Pflegebedürftigen, ausgelöst auch durch die Erhöhung der Lebenserwartung, lässt die gesellschaftliche Gesamtstundenzahl, die für Pflegearbeit erforderlich ist, ansteigen. Mit zunehmendem Alter der Bevölkerung steigt auch das Risiko der Menschen, dement zu werden, was einen weitaus höheren Pflegebedarf, somit einen stark erhöhten zeitlichen Aufwand bedeutet. Die langfristig auch bislang noch weithin ungelöste Frage in Bezug auf die skizzierte Entwicklung ist, wie es der Gesellschaft gelingen kann, die notwendige Zeit für die Pflege in einer alternden Gesellschaft nachhaltig zu organisieren. Bezahlte Pflege für alle Pflegebedürftigen wäre unbezahlbar und auch gar nicht erwünscht, die ehrenamtliche Pflege wie auch die Pflege durch Angehörige stoßen an vielgestaltige Grenzen, die tendenziell immer enger werden, wie gleich noch zu zeigen ist. Diese Situation ist vorläufiges Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung: Mit der Kommodifizierung von Pflegetätigkeit im Verlauf der vergangenen Dekaden wuchs zugleich die Tendenz, Pflegearbeit stundengenau monetär

vergüten zu müssen. Denn während vor allem in kirchlichen Einrichtungen der Altenpflege die Zuwendung zu alten Menschen etwa von Ordensschwestern als „Liebestätigkeit“ aufgefasst werden konnte, die der Bedürftigkeit der jeweiligen Person folgte und nicht der Uhr, führte die Professionalisierung und Durchrationalisierung des Gesundheitswesens seit Ende der 1990er Jahre, unter anderem in Verbund mit der Einführung des Systems der Fallkostenschalen (DRG's), zum Diktat der Uhr im Pflegesektor. Dies betraf sowohl die stationäre als auch die häusliche Pflege. Von „Minutenpflege“ ist seitdem die Rede. Hintergrund war und ist der Versuch, die Beiträge der obligatorischen Pflegeversicherung 1995 in Grenzen zu halten, auch um den säkularen Anstieg der Lohnzusatzkosten der abhängig Beschäftigten einzudämmen.

Wenngleich diese Absicht nachvollziehbar ist, erwies sich doch schnell, dass die angewandten Instrumente der Ökonomisierung weithin am Ziel vorbeigehen. Beklagt wird von Pflegebedürftigen wie von professionell Pflegenden und gleichermaßen von pflegenden Angehörigen ein erheblicher Einbruch der Pflegequalität. So werden vorab definierte „Verrichtungen“ – also Pflegehandlungen wie Anziehen, Waschen, Zähneputzen und so weiter – nach tayloristischem Vorbild mit Normzeiten belegt, die die professionelle Pflegekraft einzuhalten hat, will sie das ihr zugewiesene Kontingent an täglichen Pflegefällen abarbeiten. Diese Anwendung industrieller Produktionslogik auf menschliche Bedürftigkeiten ist an sich sehr problematisch.

Bei Alten und hier vor allem dementen alten Menschen wird sie unmenschlich. Denn Alter bedeutet immer auch zunehmende Unkalkulierbarkeit der Befindlichkeit und damit auch eine hohe Variabilität der Zeitlichkeiten der Pflege im Tages-Wochen- und Jahresverlauf. Treffen so unterschiedliche Dinge wie die rigiden Zeitnormen des Pflegedienstes auf die volatilen Zeitbedürfnisse der Pflegebedürftigen sowie, wenn man das gesamte Pflegesetting betrachtet, auf die Zeitbudgets pflegender Angehöriger, Ehrenamtler:innen, helfender Nachbarn und Freunde, die hier oft eine Rolle spielen, ergibt sich ein hochkomplexes Konglomerat zeitlicher Strukturen: Dieses besteht aus natürlichen Rhythmen und biologisch gesteuerten zeitlichen Anforderungen, individualpsychologischen Zeitbedürfnissen, privaten Zeitinteressen, ökonomisch begründeten Zeitzwängen sowie aus Zeitzwängen, die sich aus externen zeitlichen Anforderungen von Organisationen, Ämtern, Fahrplänen oder Verkehrsverhältnissen (Staus, Verspätungen) ergeben.

Es lag nahe, im Anschluss an unsere erste reguläre Jahrestagung 2003 im Berliner Johannesstift „Zeiten der Sorge – Zeiten der Pflege. Hilfebedürftige im Rationalisierungsprozess“ ein solide finanziertes empirisches Forschungsprojekt auf den Weg zu bringen, um diese Zusammenhänge, die man damals nur vermuten konnte, die aber durch keine Studie belegt war, empirisch zu untersuchen. Gedacht war an eine Untersuchung, die den Mikrokosmos einer häuslichen Pflegesituation unter Zeitaspekten untersucht. Wie arbeiten in einem Pflegesetting alle Beteiligten zusammen, welche Restriktionen gibt es, auf wessen Kosten gehen bestehende Strukturen und inwiefern kann eine Veränderung von Zeitlichkeiten der Pflegesituation eine Verbesserung der Lage aller Beteiligten herbeiführen?

Bereits auf der Gründungsversammlung unserer Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik 2002 in der Evangelischen Akademie Berlin auf Schwanenwerder wurde diskutiert, inwieweit es möglich sein könnte, von uns für zukunftssträftig gehaltene Themen der Zeitpolitik in extern finanzierte Drittmittelprojekte unter der Leitung und Mitarbeit einzelner Mitglieder münden zu lassen. Projekt-Mitarbeiter:innen professionell zu beschäftigen erwies sich allerdings als schwieriger als anfangs gedacht. Es zeigte sich, dass die DGfZP selbst als Empfängerin von Drittmitteln aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht kam, sodass Kooperationspartner gefunden werden mussten. Hinzu kam, dass die geplanten Projekte in die thematischen Schwerpunkte und in eine Vielzahl anderer Rahmenbedingungen der Zuwendungsgeber passen mussten. Zeitpolitik und darin das Thema Zeitprobleme in der Pflege zählte noch nicht unbedingt dazu. Als günstiger Umstand erwies sich jedoch in den Folgejahren, dass einige Mitglieder des Vorstandes ohnehin in der sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre an Unis und Forschungseinrichtungen beschäftigt waren. Hierdurch konnten oft in Personalunion Kooperationen mit diesen Einrichtungen aufgebaut werden. Ferner konnten private Forschungs- und Beratungsinstitute, aus Werkvertragsmitteln finanziert, in die Projektarbeit eingebunden werden. Auf diese Weise war es zumindest in den zwei folgenden Projekten möglich, wesentlich von der DGfZP inspirierte Ideen und Forschungsansätze in drittmittelfinanzierten wissenschaftlichen Projekten mit entsprechenden Publikationen zu beforschen. Großer Dank geht an dieser Stelle an die Hans-Böckler-Stiftung, die durch ihr großes Interesse und Engagement häufig die Realisierung solcher und weiterer Projekte ermöglicht hat.

Das Projekt „*Zeiten der Pflege*“ (J.P. Rinderspacher – Projektleitung, Irmgard Herrmann-Stojanov, Svenja Pfahl, Stefan Reuyss, seinerzeit sämtlich Mitglieder der DGfZP) stellt eine empirische, qualitative Studie über individuelles

Zeitverhalten und gesellschaftliche Zeitstrukturen in der häuslichen Pflege dar. Angesiedelt war das Projekt am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD (SI) Bochum/Hannover und wurde in enger Kooperation mit Sowitra, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung in Berlin, durchgeführt.

Das sich anschließende Projekt „*Vereinbarkeit von Pflege und Beruf*“ knüpfte an die Ergebnisse der ersten Studie an. Es wurde in Kooperation mit dem Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Uni Münster und Sowitra Berlin durchgeführt und wiederum voll von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert (Jürgen P. Rinderspacher – Projektleitung, Svenja Pfahl, Stefan Reuyß, Katrin Menke, bis auf letztere seinerzeit alle Mitglieder der DGfZP).

Viele Beschäftigte, die Pflegeaufgaben übernehmen, müssen ihre Arbeitszeiten notgedrungen einschränken oder ihren Beruf ganz aufgeben. Die Bereitschaft zur Übernahme häuslicher Pflegeaufgaben wird zukünftig stark davon abhängen, ob es gelingt, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege zu schaffen. Ein unspezifischer Ruf nach flexiblen Arbeitszeiten ist jedoch zu abstrakt. Wir sind daher der Frage nachgegangen, was zu einem Konzept „Pflegesensible Arbeitszeiten“ gehört. Wir haben seinerzeit als erste die Wechselbeziehungen zwischen Art und Umfang der Pflege und den jeweiligen Arbeitszeiten problematisiert und ein Modell entwickelt, wie die konkrete Ausgestaltung und Nutzung der Arbeitszeiten pflegender Angehöriger sowohl im normalen Pflege-Alltag als auch in besonderen Pflegesituationen aussehen muss. Im Konzept „Pflegesensible Arbeitszeiten“ sind darüber hinaus sowohl die arbeitsweltlichen als auch die politischen Ermöglichungsbedingungen von „Pflegesensiblen Arbeitszeiten“ mit bedacht.

Zu dem Konzept gehört ein komplexes Bündel unterschiedlicher Arbeitszeitregelungen und adäquater Maßnahmen im betrieblichen Umfeld. Sie bestehen aus drei Handlungsfeldern. Auf betrieblicher Ebene sind dies: die Ausgestaltung der Arbeitszeiten im engeren Sinne, die Arbeitsorganisation innerhalb des Unternehmens sowie die Betriebskultur. Jedes der drei Handlungsfelder umfasst unterschiedliche Gestaltungsmaßnahmen, an denen im Betrieb angesetzt werden kann. Wichtig ist: Es gibt nicht die eine Lösung für alle pflegenden Beschäftigten. Vielmehr müssen die unterschiedlichen Gestaltungsmaßnahmen als Baukasten für betrieblich verantwortliche Akteurinnen und Akteure verstanden werden, die es je nach Betrieb und Pflegesituation des/der Beschäftigten zusammenzusetzen gilt.

Zu den Maßnahmen gehören unter anderem Dispositionszeiten während der Arbeit – das heißt, den Arbeitsplatz im Fall kurzfristiger zusätzlicher Pflegeanforderungen rasch

für ein paar Stunden verlassen zu können oder einige Tage abwesend zu sein. Missbräuchlich wurde von den Beschäftigten für solche kurzfristigen Auszeiten bislang häufig die Möglichkeit einer Krankmeldung genutzt. Pflegesensible Arbeitszeiten könnten die Beschäftigten aus diesem Druck, illegale Instrumente für eine Vereinbarkeit in Anspruch nehmen zu müssen, herausführen und damit zugleich den Betrieben eine Politik der kontrollierten Freistellung ermöglichen. Eine andere Maßnahme wäre die „Pflegegerechte Vollzeit“: Da die arbeitszeitlichen Belastungen durch Vollzeit oder gar „Vollzeit plus Überstunden“ für die meisten Pflegenden oft deutlich zu hoch sind, braucht es zeitliche Entlastungen, die nicht ausschließlich über Teilzeitangebote zu gestalten sind. Eine Pflegegerechte Vollzeit wäre eine spezifische Form der Arbeitszeitreduzierung, die nicht mit einer üblichen Teilzeitarbeit gleichzusetzen ist, da für sie ein finanzieller (Teil) Ausgleich erfolgt. Gemeint ist eine dem Leistungsvermögen von pflegenden Beschäftigten entsprechende Vollzeittätigkeit mit leicht abgesenkter Arbeitszeitdauer für die Dauer der Pflege.

Dies ließe sich etwa durch eine kollektiv geregelte und quantifizierte Absenkung für Pflegenden um bis zu zehn Stunden wöchentlich realisieren. Auch ein Zeitboni-System wäre denkbar, etwa in Form einer Gutschrift auf dem Arbeitszeitkonto der betroffenen Beschäftigten. Die Entnahmen dieser Gutschrift könnten von den Beschäftigten indi-

viduell an die jeweiligen Pflegebedarfe angepasst werden. Diese (kollektive) Veränderung des Normalarbeitszeitstandards für pflegende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begründet sich sozialpolitisch aus der Bereitschaft einer abhängig beschäftigten Person, einen Beitrag zur Lösung eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme in Form der Sorgearbeit für einen nahestehenden pflegebedürftigen Menschen zu leisten.

Das Projekt hat einige Kooperationstagungen zum Thema, unter anderem mit der Evangelischen Akademie zu Berlin, durchgeführt und mit dem Bundesarbeitsministerium im Zusammenhang mit der Novellierung des seinerzeitigen Pflegegesetzes korrespondiert.

Veröffentlichungen aus den beiden Projekten

Rinderspacher, J. P. / Herrmann-Stojanov, I. / Pfahl, S. / Reuyß, S. (2009): Zeiten der Pflege. Eine explorative Studie über individuelles Zeitverhalten und gesellschaftliche Zeitstrukturen in der häuslichen Pflege. Münster: Lit-Verl.

Herrmann-Stojanov, I. / Pfahl, S. / Reuyß, S. / Rinderspacher, J. P. (2008): Wenn's alleine nicht mehr geht. 14 Reportagen aus dem Pflegealltag moderner Familien. Bonn: Dietz.

Reuyß, S. / Pfahl, S. / Rinderspacher, J. P. / Menke, K. (2012): Pflegesensible Arbeitszeiten. Perspektiven der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Berlin: ed. Sigma.

Reuyß, S. / Pfahl, S. / Rinderspacher, J. P. / Menke, K. (2014): Broschüre für Arbeitnehmer:innen: Pflegesensible Arbeitszeiten. Arbeitszeitrealitäten und -Bedarfe von pflegenden Beschäftigten. Zentrale Ergebnisse im Überblick. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

HELGA ZEIHNER

Wie Kindern Zeit gegeben wird und wie Kinder in der Zeit leben

„Das Bildungswesen wird gegenwärtig renoviert. Aber dass mit Bildungspolitik meist auch Zeitpolitik gemacht wird – implizit und nicht an zeitpolitischen Zielen orientiert –, hat noch kaum jemand bemerkt, geschweige denn kritisch geprüft. Außer der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik. Die hat sich jetzt vorgenommen, öffentliche Aufmerksamkeit auf die zeitlichen Komponenten des Bildungswesens und der aktuellen bildungspolitischen Eingriffe zu lenken. Im Thementeil dieser Ausgabe beginnen wir damit.“

Dem ZpM Nr. 5, Juli 2005 „Bildungspolitik als Zeitpolitik“, in dessen Editorial diese Absicht der DGfZP erklärt wurde, folgte 2006 eine gleichnamige Jahrestagung und 2008 das Buch „SCHULZEITEN, LERNZEITEN, LEBENSZEITEN. PÄDAGOGISCHE KONSEQUENZEN UND ZEITPOLITISCHE PERSPEKTIVEN SCHULISCHER ZEITORDNUNGEN“. Strukturelle Reformen der Schule hatten kritische Erziehungswissenschaftler und Bildungssoziologen seit langem gefordert, doch erst zur Jahrtausendwende wurden diese bildungspolitisch realisiert. Damals war deutlich geworden, wie ineffizient Fremdbestimmtheit, Starrheit der Zeitvorgaben und langfristige Planung in der Wirtschaft geworden waren. Nun aber wird vom Bildungswesen erwartet, den Nachwuchs für flexibles und verantwortliches Mitdenken und eigenständiges Lernen zu qualifizieren. Seither wird in allen Schulstufen selbständiges Erarbeiten und Präsentieren von Sachverhalten gelernt. In mehreren Bundesländern gibt es Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Eingangsklassen, die Kinder in eigenem Tempo schnell oder langsam durchlaufen können. Die täglichen Zeiten des Schulbeginns blieben unverändert, obwohl chronobiologische Studien nahelegen, diese dem späteren Schlafbeginn in der Pubertät anzupassen. In ZpM Nr. 30, Juli 2017 „Zeit zu Schlafen“ sowie in ZpM Nr. 5, Juli 2005 „Bildungspolitik als Zeitpolitik“ werden Forschungsergebnisse über den Zusammenhang von Wach-Schlafrhythmus und Lernergebnissen Jugendlicher berichtet. Nicht bildungspolitisch, sondern sozial- und gesundheitspolitisch begründet ist die zeitliche Regulierung der frühen Kindheit durch eine altersgestufte Abfolge verbindlicher medizinischer Untersuchungen. In ZpM 19, Dez. 2011 „Normalisierung der frühen Kindheit“ geht es um solche zeitpolitischen Maßnahmen.

Wer später erfolgreich werden will – so die im Schulwesen leitende Meinung – muss die Notwendigkeit von Leistungsstreben verinnerlicht haben. Wie wichtig der frühe Erwerb von später in der Arbeitswelt benötigten Fähigkeiten ist, erfahren Kinder schon sehr früh an der Sorge ihrer Eltern, sie könnten angesichts steigender Qualifikationserwartungen künftig versagen – und machen sich den Leistungsdruck zu eigen. Doch Lernen unter Zeitdruck ohne innere Ruhe und

Geduld vermindert neben der individuellen Lebensqualität auch die Lernqualität. In ZpM Nr. 27, Dez. 2015 „Geduld“ ist das thematisiert.

Pädagogik und Bildungspolitik haben es mit dem Lenken und Unterstützen der Entwicklung Aufwachsender zu tun. In diesem tradierten Kindheitskonzept ist das Kind primär Objekt in einer hierarchischen Beziehung zwischen Fertigen und Unfertigen, Wissenden und Unwissenden, Seienden und werdenden; das gegenwärtige Leben von Kindern und Jugendlichen ist einer von Erwachsenen gewollten Zukunft unterworfen. Ein anderes Kindheitskonzept hat sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in pädagogischer und soziologischer Theorie und bei autoritätskritischen Lehrer:innen und Eltern zunehmend verbreitet: Innerhalb eines Schutz- und Vorbereitungsraums sind Kinder nun als im Jetzt lebende Subjekte eigenen Rechts erkannt, sie gelten nicht länger nur als unfertige Erwachsene. (s. Zeihner 2005)

Im persönlichen Umgang kommt das in der Wertschätzung ihrer Eigenständigkeit und Eigensinnigkeit sowie als Verhandlungspartner und nicht Befehlsempfänger zum Ausdruck, wenngleich der anthropologisch lange Sorge- und Schutzbedarf von Kindern der Unabhängigkeit Grenzen setzt, die sich bis ins Jugendalter allmählich öffnen. Im Übergang vom Kind zum Jugendlichen und vom Jugendlichen zum Erwachsenen werden Spannungen zwischen Werden und Sein, Abhängigkeit und Eigenständigkeit in innerpersönlichen Unsicherheiten und äußeren Abgrenzungskämpfen virulent. Wie Jugendliche in den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten solche Spannungen erleben und damit umgehen, wurde 2018 auf der Jahrestagung der DGfZP diskutiert und ist in ZpM Nr. 34, Juli 2019 „Jugendzeit – fremdbestimmt selbständig“ nachlesbar.

Viel von ihrer Zeit verbringen Kinder in Betreuung durch Erwachsene. Kleinkinder müssen permanent versorgt und betreut sein, ältere Kinder täglich zeitweise. Familien teilen sich Sorgezeiten mit Betreuungs- und Bildungsinstitutionen, die neben der institutionellen Betreuung verbleibende

Sorgezeit teilen sich Mütter und Väter, oft helfen Großeltern mit. Beide Zeitteilungen zum Wohl aller, Kind, Mutter und Vater, zu regeln, ist heute nicht weniger schwierig als vor zwanzig Jahren. An der am meisten prekären Stelle des komplexen Ineinandergreifens von privaten und institutionellen Sorgezeiten, der innerfamiliären Teilung der Sorgezeit, setzt das große Zukunftsprojekt der DGfZP „Atmende Lebensläufe“ an (s. Beitrag Jurczyk/ Mückenberger). Wie in allen Debatten zur Geschlechtergerechtigkeit der innerfamiliären Verteilung von Sorge- und Erwerbszeit erscheinen auch hier Kinder mehr als Auslöser elterlicher Zeitprobleme denn als von den getroffenen Zeitarrangements Betroffene. In der DGfZP haben wir uns mit Notsituationen befasst, wenn die gewohnte Koordination elterlicher Erwerbszeit mit den Terminen der Kita eines Kindes ausfällt, weil das Kind krank oder Eltern verhindert sind. Wie bedeutsam großelterliche Hilfe in solchen Situationen ist, die es 2009 in etwa einem Drittel aller Familien gab, war das Thema von ZpM Nr. 24, Juli 2014 „Großelternzeit“. Doch was geschieht mit Kindern der übrigen Eltern in Notsituationen und was mit Kindern, deren Eltern außerhalb institutioneller Betreuungszeiten arbeiten müssen? In ZpM Nr. 23, Dez. 2013 „Kinderbetreuung rund um die Uhr“ sind ganz unterschiedliche institutionelle Angebote sowie kontroverse Einstellungen dazu vorgestellt worden: Institutionelle Nachtbetreuung, die interessierte Arbeitgeber, ins-

besondere Kliniken, für ihr Personal privatwirtschaftlich organisieren lassen und finanzieren, von den gemeinten Eltern aber nur wenig genutzt werden. Anders die von Jugendämtern angebotene Einzelbetreuung zuhause, die mehr Eltern benötigen und wollen, als Geld dafür da ist. Im Interesse von Eltern und Kindern, so das zeitpolitische Resümee in diesem ZpM, ist eine vermehrte Finanzierung von durch Jugendämter oder andere staatliche Institutionen organisierte Einzelbetreuung in „ungewöhnlichen Zeiten“. In diesem Zusammenhang haben damals mehrere DGfZP-Mitglieder in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut für sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung, Berlin und dem Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Universität Münster eine Studie zu Folgen der Nachtbetreuung für Kinder durchgeführt.

Zitierte Literatur

Pfahl, S. / Rauschnik, L. / Reuyß, S. und Rinderspacher, J.P. (2018): Kinderbetreuung über Nacht. Kritische Bestandsaufnahme einer institutionellen Kinderbetreuung rund um die Uhr aus der Sicht von Beschäftigten, Kindern, pädagogischen Fachkräften und Akteuren. Reihe „Study“ der Hans-Böckler-Stiftung HBS-Studies Nr. 382, März 2018.

Zeiger, H. (2005): Neue Zeiten – neue Kindheiten? Wandel gesellschaftlicher Zeitbedingungen und die Folgen für Kinder. In: Anina Mischau und Mechthild Oechsle (2005): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S.87 – 109.

FRITZ REHEIS

Einfach die Welt retten?

Nachhaltigkeit als zeitpolitische Aufgabe

Es gibt mittlerweile eine beachtliche Liste von „Weltrettungs“-Büchern (besonders bekannt „WAS, WENN WIR EINFACH DIE WELT RETTEN?“ von Frank Schätzing). Schon ein paar schlichte Nachfragen müssten eigentlich die merkwürdige Anmaßung offenbaren: Was soll da eigentlich gerettet werden? Wer ist eigentlich wir? Und dann die ganz und gar nicht einfache Frage nach Voraussetzungen und Hebeln für dieses Rettungs-Vorhaben.

Die Korrektur des Konsumverhaltens als Schlüssel der Weltrettung?

Meist steht dabei der Konsum im Zentrum. Er charakterisiert in der Tat jenen Lebensstil, der im globalen Norden für viele Menschen Standard, im globalen Süden für noch mehr Menschen Sehnsucht ist und zu Recht als Ausdruck der „Imperialen Lebensweise“ bezeichnet wird (Brand/Wissen

2017). Wie komplex die Aufgabe der Korrektur dieser Lebensweise über den Hebel der Korrektur des Konsumverhaltens ist, zeigt sich sofort, wenn man einige naheliegende Fragen stellt. Kann sich der Konsument, die Konsumentin immer eingeschlossen, wirklich sicher sein, dass an der Schokolade nicht doch Schweiß und Blut von Kinderarbeit klebt? Will sich der Konsument das neue Fairphone wirklich leisten, wo es doch so kostengünstige Alternativen gibt? Ist es dem Konsumenten wirklich möglich, auf das eigene Auto zu verzichten, wenn der Bus nur zweimal am Tag in die Stadt fährt? Hat der Konsument wirklich die Kraft, den raffinierten Werbekampagnen für die neue Herbstmode zu widerstehen? Und kann der Konsument damit rechnen, dass der Platz im Flieger nach Mallorca, auf den er verzichtet, nicht umgehend von einem anderen Passagier eingenommen wird?

Systematisch betrachtet hat ökologisch und sozial anspruchsvolles Konsumverhalten mindestens fünf Voraussetzungen: *Erstens* möglichst vollständige Informationen über die ökologischen und sozialen Umstände der Entstehung, des Transports, der Vermarktung, des Handels, des Gebrauchs und der Entsorgung von Produkten (Dienstleistungen immer eingeschlossen). *Zweitens* ein zumutbares Verhältnis zwischen der eigenen Kaufkraft und den Preisen jener Produkte, die hohe ökologische und soziale Standards erfüllen. *Drittens* die schlichte Existenz ökologisch und sozial halbwegs akzeptabler Alternativprodukte. *Viertens* die Souveränität des Konsumenten, in seinen Entscheidungen allein seinen inneren Werten zu folgen, sich von äußeren Einflüssen, auch Werbebotschaften also nicht beeinträchtigen zu lassen. Und *fünftens* eine Voraussetzung, die mit den spezifischen Tücken von Märkten zusammenhängt: Es muss gewährleistet sein, dass individuelle Zurückhaltung in Bezug auf den Konsum tatsächlich den kollektiven Druck der Konsumenten, dem „die Welt“ angesichts der „imperialen Lebensweise“ ausgesetzt ist, wirklich lindert. Konsumverzicht bewirkt in vielen Fällen nämlich nur, dass der Druck verlagert wird, dass bei sinkender Nachfrage die Preise sinken, so dass dann andere Konsumenten umso wirksamer angelockt werden.

Kurz: Konsumenten sind meist hoffnungslos überfordert, wenn sie ihr Konsumverhalten konsequent moralisch-ethisch ausrichten wollen. Wer auf den Konsumenten als Retter der Welt setzt, muss sich deshalb in vielen Fällen den Vorwurf des Zynismus gefallen lassen, trägt zur Abstumpfung moralisch-ethischer Motivationen bei. Und er übernimmt ungeprüft die herrschende ökonomische Lehre von der Souveränität des Konsumenten (technisch gesprochen: von der Exogenität der Präferenzen), bekräftigt also die zentrale Legitimationsbasis der herrschenden Wirtschaftsordnung.

Ohne Politik geht es nicht

Je mehr der Konsument in seinem Bemühen um ein moralisch-ethisch anspruchsvolles Konsumverhalten überfordert ist, desto mehr ist er darauf angewiesen, dass ihn die Politik in seinem Bemühen um einen guten Umgang mit der Welt und mit sich selbst unterstützt. Bezogen auf die oben aufgelisteten fünf Voraussetzungen, die für einen moralisch-ethisch anspruchsvollen Konsum nötig sind, stehen der Politik mindestens fünf analoge Instrumente zur Verfügung, um ein ökologisch und sozial gewünschtes Konsumverhalten zu erleichtern.

Die Politik kann *erstens* Händler und Produzenten verpflichten, den Konsumenten so vollständig wie möglich über den ökologischen und sozialen Fußabdruck von Produkten zu informieren. Die Politik kann *zweitens* durch Steuern

und Subventionen (die sowohl bei den Preisen wie bei den Einkommen ansetzen können) die Märkte lenken und so die Kluft zwischen Kaufkraft und Konsummöglichkeiten verringern. Die Politik kann *drittens* durch Bereitstellung einer öffentlichen und gegebenenfalls kostenlosen Infrastruktur jene Lücken schließen, die Märkte aufgrund der ihnen innewohnenden strukturellen Blindheit entstehen lassen. Die Politik kann *viertens* all jene Voraussetzungen schaffen, die nötig sind, damit an allen Orten, an denen Erziehung, Bildung und Sozialisation stattfindet (Familien, Schulen, Betriebe, mediale Öffentlichkeit), die Leitidee der Mündigkeit als zentrales Ziel der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit wirklich zur Geltung kommt. Und allein die Politik ist *fünftens* in der Lage, die oben angesprochenen unerwünschten Verlagerungseffekte abzuwenden – durch verbindliche Regeln (Ge- und Verbote), die also wirklich für alle gelten.

Das alles ist in rechtsstaatlich und demokratisch verfassten Gemeinwesen allerdings höchst voraussetzungsvoll. Während in der Frühphase von Rechtsstaat und Demokratie der Fokus auf dem Schutz des Bürgers vor der Gewalt des Staates lag, zielt rechtsstaatlich-demokratische Herrschaft heute auf die Selbstermächtigung des Bürgers. Es geht um nichts Geringeres als das Ziel, das (ungleiche) Recht des Stärkeren durch das (gleiche) Recht der Bürger zu ersetzen und in engster Verbindung damit den Bürger selbst zum Herrscher zu machen. Oder in den Worten des Politikwissenschaftlers und Philosophen Rainer Forst: Demokratie ist „eine normative Ordnung, in der diejenigen, die Gesetzen unterworfen sind, zugleich die Autoritäten sind, über diese Gesetze im Modus öffentlicher Rechtfertigung zu befinden“, entweder direkt durch Diskurs und Abstimmung oder indirekt durch die Wahl von Repräsentanten (Forst 2020). Demokratische Politik besteht also im Kern in der Selbstermächtigung des Bürgers zu kollektivem Handeln.

Nachhaltigkeit als Wiederholbarkeit und die Aufgabe der Zeitpolitik

Als Leitbild für die Rettung der Welt hat sich weithin der Begriff der Nachhaltigkeit durchgesetzt. Der Begriff verweist auf die zeitliche Dimension der Welt. Wer Nachhaltigkeit konsequent zeitlich fasst, stößt zunächst auf das beliebte Paradigma der Forstwirtschaft: Der Mensch darf nicht mehr Bäume fällen, als er nachpflanzt, sonst verschwindet der Wald über kurz oder lang. Ähnliches gilt für den Umgang mit Böden, Pflanzen und Tieren in der Landwirtschaft. Das Wesen der Nachhaltigkeit ist die Wiederholbarkeit, oder in Bezug auf die Zeit formuliert: die Zyklizität. Dass wir in der weit fortgeschrittenen Moderne so sehr auf Innovationen fixiert sind, lässt uns offenbar die schlichte Wahrheit vergessen, dass wir nie alles gleichzeitig erneuern

können, dass Innovation also immer auf eine verlässliche Basis der Wiederkehr des Bewährten angewiesen ist. Nachhaltigkeit ist im Kern „Wiederkehr des Ähnlichen“ (Ludwig Klages).

Die nachhaltige Forst- und Landwirtschaft ist nur ein Paradebeispiel für den zeitbewussten Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen. In weit fortgeschrittenen Industriegesellschaften erfordert dieser Umgang die umfassende Transformation der gesamten Wegwerf- und Durchfluss- in eine Kreislaufwirtschaft. Kurz: Ökologische Nachhaltigkeit basiert auf dem Prinzip der *Regenerativität* im Umgang mit der natürlichen Umwelt.

Aber ökologische Nachhaltigkeit muss man sich auch leisten können. Das gilt für die Dämmung von Häusern im globalen Norden genauso wie für die Ernährung von Menschen im globalen Süden. In einer hochgradig arbeitsteiligen Welt sind es die zwischenmenschlichen Verhältnisse, die bestimmen, was sich Menschen leisten können und was nicht. Und auch hier kommt es auf die dauerhafte Wiederholbarkeit an. Wiederholbar ist der Umgang mit anderen Menschen innerhalb und zwischen Gesellschaften nur dann, wenn die gesellschaftlichen Strukturen grundsätzlich durch wechselseitige Anerkennung und Fairness (materiell in der Kooperation, mental in der Kommunikation) geprägt sind. Dann nämlich wird der Mensch aus freien Stücken an einmal bewährten sozialen Beziehungen festhalten, kreative Potenziale angstfrei entfalten und Verantwortung für Mitmenschen übernehmen. Wo wechselseitige Anerkennung und Fairness fehlen, wo soziale Beziehungen also dauerhaft asymmetrisch und ausbeuterisch sind, erschöpfen sich die Kräfte des sozialen Zusammenhalts nicht weniger schnell als dies die Kräfte der Natur tun, wenn sie ohne Rücksicht auf die ihr innewohnenden Zyklen (Belastung – Erholung) Opfer menschlichen Raubbaus werden. Kurz: Nachhaltigkeit setzt nicht nur Regenerativität in Bezug auf die natürliche Umwelt voraus, sie basiert auch auf *Reziprozität* in Bezug auf die soziale Mitwelt. Dass sich diese Reziprozität im Fernbereich völlig anders konkretisiert als im Nahbereich, ist trivial – aber kein prinzipielles Gegenargument.

Mit den Grundsätzen Regenerativität und Reziprozität ist aber das Leitbild der Nachhaltigkeit, verstanden als Wiederholbarkeit, noch nicht voll erfasst. Nachhaltigkeit muss der Mensch auch wirklich wollen. Das betrifft die personale Seite der Nachhaltigkeit. Wer die Sintflut nach sich genauso hinnimmt wie die Sintflut neben sich, gibt vielleicht ein Lippenbekenntnis zur Nachhaltigkeit ab. Aber eine Herzensangelegenheit ist sie ihm nicht. Sprüche wie „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“ und „Keine Ahnung, was ich morgen will, mal schauen, was die anderen machen!“ sind keine tragfähige Basis für personale Zuver-

lässigkeit. Wer hingegen mit sich selbst im Reinen ist, wird einmal bewährte Verhaltensweisen in vergleichbaren Situationen wiederholen. Auch hier spielen Zeit und Zyklizität die entscheidende Rolle. Je mehr eine Person sich ihrer Identität über die Zeit hinweg bewusst ist, desto besser kann sie ihre Selbstwirksamkeit als etwas Dauerhaftes erleben, ihr Eingreifen in die Welt auch begreifen. Und je mehr ihr dies gelingt, desto freier kann sie ihren Willen ausbilden. Ein solches Selbstverhältnis ist Voraussetzung dafür, dass Menschen für sich selbst als Personen auch Verantwortung übernehmen. Und zugleich bewahrt es sie im praktischen Nachhaltigkeitsdiskurs davor, immer wieder in die allzu bekannte Psychologisierungs- und Moralisierungsfalle zu geraten. Kurz: Zur Nachhaltigkeit gehören neben der ökologischen Regenerativität und der sozialen Reziprozität auch die personale *Reflexivität*.

So wie Nachhaltigkeit im Kern eine Frage des klugen Umgangs mit Zeit in Bezug auf Umwelt, Mitwelt und Innenwelt ist, ist eine Politik, die sich ihr verpflichtet, im Kern Zeitpolitik. Zeitpolitik ermächtigt Menschen zu einem nachhaltigkeitsorientierten Verhalten, indem sie auf die Voraussetzungen für die Wiederkehr des Ähnlichen zielt: auf die Anerkennung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Grenzen eines solidarischen Umgangs mit Mitmenschen und auf Besinnung auf sich selbst. All das sind notwendige, aber nicht unbedingt hinreichende Voraussetzungen. Sie eröffnen Möglichkeiten, sind aber keine Garantien. Man könnte auch sagen: Ob ein guter Umgang mit Zeit, der auf Wiederholbarkeit zielt, auch das erreicht, was der Mensch sich jeweils erhofft, bleibt letztlich ungewiss – es ist eine Frage der „Resonanz“ (Rosa 2018, Reheis 2019 und 2022).

Auch die in der DGfZP in den vergangenen zwanzig Jahren erarbeiteten zeitpolitischen Erkenntnisse und Konzepte haben einen engen Bezug zum Leitbild der Nachhaltigkeit. Das „Recht auf Zeit“, verstanden als grundrechtlich geschützter Anspruch auf Zeit, die frei von aufgezwungenen Pflichten bleibt (vgl. ZpM 14), verschafft dem Menschen einen Raum, den er für das Innehalten und Reflektieren nutzen kann. Das könnte weitreichende Konsequenzen für sein Verhalten in Bezug auf Bildung, Arbeit, Ernährung und Freizeit haben. Das „Optionszeitenmodell“ mit seinem rechtlich verankerten Optionszeitenbudget, verstanden als begrenzte Freistellung von der Erwerbsarbeit oder als verkürzte Arbeitszeit entsprechend den je nach Lebensphase wechselnden Anforderungen (vgl. ZpM 28), ermöglicht dem Menschen, sich zeitweise verstärkt reproduktiven Aufgaben zuzuwenden (Pflege, Betreuung, Ehrenamt, berufliche Umorientierung und persönliche Entfaltung). Das könnte das Reziprozitätsprinzip in der Gesellschaft stärken. Und „Der Große Ratschlag“ und andere Bürgerräte, verstanden

als zivilgesellschaftliche Institutionen, die Parlamente beraten, bieten die Chance, die Kluft zwischen Gesellschaft und Politik („wir da unten“ und „die da oben“) zu überbrücken und somit das Demokratieprinzip zu stärken (vgl. ZpM 22 und Nachgedanken von Ulrich Mückenberger in ZpM 23).

Es kann vermutet werden, dass sich mit der verstärkten Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungen auch der Zeithorizont, in dem demokratische Entscheidungen getroffen werden, erweitert. Denn Bürgerräte konfrontieren die Beratenden und die Beratenen mit dem offensichtlichen Widerspruch zwischen dem meist relativ weiten Zeithorizont der privaten Lebensplanung (Familiengründung, Fortpflanzung, Hausbau, Sparen und Vererben) und dem relativ kurzen Zeithorizont der Politik (Wahlzyklen, Lobbyismus, Konkurrenzzwänge). Eine solche Konfrontation könnte das relative Gewicht der Zukunft im Vergleich zur Gegenwart erhöhen und damit das Erfordernis der Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen stärker ins kollektive Bewusstsein rücken.

Auf welche Weise die politische Gestaltung von Zeit zur anstehenden sozial-ökologischen Transformation beitragen kann, zeigte schließlich auch die Jahrestagung der DGfZP im Herbst 2021 mit dem Titel „Zeit und Nachhaltigkeit“ (vgl. ZpM 40). An Beispielen aus mehreren Alltagsbereichen wurde etwa untersucht, wie zeitsparende Techniken und Verhaltensweisen paradoxerweise Zeitnöte erhöhen können (Zeit-Rebound-Effekt), wodurch sich das persönliche

Wohlbefinden und nicht selten auch der Grad der ökologischen Nachhaltigkeit verschlechtern kann. Manchmal bedeutet Verlangsamung sogar Zeitgewinn.

Fazit

Die weit verbreitete Vorstellung, Nachhaltigkeit sei in erster Linie eine Aufgabe des Konsumenten, ist eine Illusion. Gefordert ist die Politik. Begreift man Nachhaltigkeit entsprechend der impliziten Zeitlichkeit des Begriffs als Wiederholbarkeit, so muss ein großer Teil dieser Politik als Zeitpolitik verstanden werden. Als solche versucht sie, den Menschen vor allen Versuchen der gewaltsamen Beeinträchtigung seines Zeitbedarfs, seines Rechts auf Zeit von Eigenzeiten und Zyklen zu schützen. Dazu ermächtigt sie die Bürger, gut mit Zeit umzugehen und motiviert sie, dies auch zu wollen.

Zitierte Literatur

- Brand, U. / Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus: München.
- Forst, R. (2020): Die Verwahrlosung der Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung 2.9. 2020: 11.
- Reheis, F. (2019): Die Resonanzstrategie. Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen. München.
- Reheis, F. (2022): Erhalten und Erneuern. Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht. Hamburg.
- Rosa, H. (2018): Unverfügbarkeit. Salzburg.
- Schätzing, F. (2021): Was, wenn wir einfach die Welt retten? Handeln in der Klimakrise. Köln.

www.zeitpolitik.de – Die Webseite der DGfZP

Schauen Sie doch mal herein!

Sie finden dort unter anderem:
 alle Ausgaben des Zeitpolitischen Magazins,
 die Termine der nächsten Veranstaltungen,
 Zeitpolitische Impulse,
 Informationen über die bisherigen Jahrestagungen,
 Texte zur Zeitpolitik zum Download...

HELGA ZEIHNER

Die DGfZP bekannt machen

Die DGfZP wurde gegründet, um in Öffentlichkeit und Politik Einsichten in die Bedeutung von Zeitpolitik zu verbreiten. Sie hat somit zwei Adressaten: *Politische Instanzen* sollen auf die zeitlichen Implikationen ihrer Maßnahmen hingewiesen werden sowie auf zeitpolitische Möglichkeiten, diese im Hinblick auf Zeitbedürfnisse der Betroffenen neu zu gestalten. Und der *Bevölkerung* soll Wissen über die Abhängigkeit des eigenen Wohlergehens von Zeitbedingungen vermittelt werden, die gesellschaftlich gemacht und zeitpolitisch veränderbar sind. In dieser Weise zum Nachdenken über alltägliche Zeiterfahrungen anzuregen, ist in die Zivilgesellschaft hineinwirkende politische Bildung. Deshalb ist die DGfZP als gemeinnützig anerkannt worden.

Da die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik ein kleiner Verein mit bescheidenen Ressourcen ist, musste man sich von Anfang an auf wenige Formate konzentrieren, die mit einem hohen inhaltlichen Anspruch eine möglichst große Breitenwirkung – ohne die Möglichkeit, in größerem Umfang Werbung zu betreiben – erzielen konnten. Diese Formate sollen hier kurz erläutert werden:

Jahrestagungen

Die *Jahrestagungen* finden in der Regel Ende Oktober zum Ende der Sommerzeit statt. Vorschläge für Themen kommen aus der Mitgliederversammlung, die im Anschluss an jede Jahrestagung stattfindet. Bei ihrem zweitägigen Frühjahrstreffen diskutieren die Mitglieder des gesamten Vorstands (Geschäftsführende und Beratende) über Vorschläge zum Thema der bevorstehenden Jahrestagung. Entscheidungskriterien sind zum einen die inhaltliche Relevanz und Aktualität des Themas und zum anderen die Bereitschaft eines Vorstandsmitglieds, Thema und Programm inhaltlich auszuarbeiten. Somit sind die Jahrestagungen inhaltlich auch von dessen besonderen Interessen, Erfahrungen, Sach- und Personenkenntnissen abhängig. Immer wieder werden diese Tagungen in Kooperation mit unterschiedlichen Partnern (Hochschulen, Akademien, Stiftungen) durchgeführt, um Synergien in der Kompetenz und der Reichweite zu erzielen. Zum Themenspektrum siehe <http://zeitpolitik.org/veranstaltungen#tagung>.

Zeitpolitisches Magazin

Das *Zeitpolitische Magazin* erscheint zweimal jährlich (Juli, Dezember) online zum kostenlosen Download. Mitglieder und eingetragene Interessenten erhalten es per Mail. Der umfangreiche Thementeil enthält in der Sommerausgabe die Beiträge der Jahrestagung des Vorjahres. Das The-

ma der Winterausgabe wählt die Redaktion in Absprache mit dem Vorstand, angeregt durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Debatten. Auch hierbei bedarf es jeweils eines zur inhaltlichen und redaktionellen Ausarbeitung bereiten Mitglieds, das eigene inhaltliche Interessen, Kenntnisse und Kontakte einsetzt. Die Breite des Themenspektrums ist auf dem Titelbild der vorliegenden Ausgabe ansatzweise zu erkennen. Jede Ausgabe enthält zudem Berichte über den Stand von Vorhaben und Impulsen der DGfZP, Hinweise auf Veranstaltungen und Projekte sowie auf neue Veröffentlichungen und Rezensionen. Meist zwei Mitglieder stellen sich jeweils der Leserschaft vor (<http://zeitpolitik.org/zeitpolitikmagazin>).

Webauftritt

Die *Webseite* ist der breitenwirksamste Zugang zur DGfZP. Gibt man „Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik“ bei Google ein, werden rund 30.000 Treffer angezeigt, die u. a. auf die Gesellschaft, einzelne Aktivitäten und Kooperationen führen. Die Webseiten sind der zentrale Mitteilungsort der DGfZP, wo über aktuelle zeitpolitische Aktivitäten der DGfZP informiert wird und vor allem die Jahrestagungen früh angekündigt werden. Sämtliche Zeitpolitischen Magazine und Informationen zu allen vergangenen Jahrestagungen stehen hier permanent zum Download zur Verfügung. Dossiers, Manifeste und andere zeitpolitische Texte werden hier veröffentlicht. Nur hier können die frühen grundlegenden Sammelbände der DGfZP noch gelesen werden. Hinzu kommt eine ständig aktualisierte Liste der Buchveröffentlichungen von Mitgliedern und anderer einschlägiger Veröffentlichungen sowie Hinweise auf Veranstaltungen und Tagungen. Dies alles macht die DGfZP-Webseite zu einem Fundus für diejenigen, die sich mit Zeitpolitik beschäftigen. Gleichzeitig stellt die Webseite eine Art Archiv der DGfZP dar. Selbstverständlich finden sich hier auch die grundlegenden Informationen zur Gesellschaft wie Satzung, Ziele, Vorstand, Mitgliedsantrag etc. Von September bis November 2022 (12 Wochen) wurde die Webseite 11.350 mal bei Google angesehen, 419 mal wurden Dokumente heruntergeladen.

Kampagnen

Immer wieder, und gerade in jüngster Zeit spielen Manifeste und Kampagnen durch die DGfZP alleine oder in Kooperation mit Partnerinstitutionen eine wichtige Rolle. Beispiele dafür sind das Manifest „ZEIT IST LEBEN“ (2005), das Manifest „DAS RECHT AUF ZEIT GEHÖRT AUF DIE EUROPÄISCHE

TAGESORDNUNG“ (2020), das mit europäischen Partnern verfasst und in fünf Sprachen veröffentlicht, in den beteiligten Ländern verbreitet und an die EU-Kommission verschickt wurde. Zu nennen sind weiter die intensive Mitwirkung der DGfZP an der „Barcelona Declaration on Time Policy“ (2021) sowie die Bemühungen um die Etablierung einer Europäischen Akademie für Zeitpolitik (vgl. die Beiträge Mückenberger/Henckel, Mückenberger in diesem Heft). Schließlich gehören auch das Dossier zur „ZUKUNFT DER SOMMERZEIT“ (2021) und die darauf aufbauenden Kooperationen mit verschiedenen Institutionen zur Abschaffung der Sommerzeit (Barcelona Time Use Initiative BTUI; International Alliance for Natural Time IANT) (vgl. Beitrag Henckel/Gernig in diesem Heft).

Sonstige Formate

Mit der wachsenden Bekanntheit der Gesellschaft hat auch die Zahl der Anfragen zugenommen, zu zeitpolitischen Fragen im Rahmen von Hearings, Tagungen u. a. Stellung zu nehmen, bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen mitzuwirken, zu aktuellen Fragen in den Medien Stellung zu nehmen. Diese Anfragen richten sich teilweise an die Geschäftsstelle der DGfZP, teilweise aufgrund der bekannten Expertise einzelner Mitglieder an diese direkt.

Darüber hinaus wirken viele Mitglieder über eigene Veröffentlichungen (Bücher, Artikel in Fachzeitschriften, in Publikumsmedien) direkt im Namen der DGfZP oder indirekt als Repräsentanten durch die Mitgliedschaft der Autor:innen für die Verbreitung zeitpolitischer Anliegen und damit auch für die Bekanntheit der DGfZP.

Einige Mitglieder betreiben eigene Blogs zu zeitlichen und zeitpolitischen Themen oder beteiligen sich durch Beiträge an Blogs anderer Personen. Daraus sind thematische Netzwerke entstanden – z.B. zu Zeitwohlstand –, in denen über den virtuellen Austausch hinaus zuweilen Kooperationen in der materiellen Welt etwa bei der Veranstaltung von Tagungen oder mit Einladungen zu Expertisen für politische Institutionen oder zum Mitarbeiten an Veröffentlichungen entstehen.

Immer wieder gab es auch lokale *Vortragsreihen*:

- Die „Bremer Gespräche zur Zeitkultur“ waren von 2011 bis 2013 eine vierteljährliche Reihe von Veranstaltungen, zu der alle Bremer Bürgerinnen und Bürger an wechselnde Veranstaltungsorte eingeladen waren

(Veranstaltungsarchiv unter <http://zeitkultur.wordpress.com>). Zeitexpert:innen führten in das jeweilige Thema ein, Bremer Persönlichkeiten kommentierten den Vortrag und danach blieb Zeit für das Gespräch.

- Die „Berliner Zeitpolitischen Gespräche“ fanden von 2003 bis 2015 in regelmäßigem Turnus an der TU Berlin statt. Mitglieder und externe Referent:innen debattierten über zeitpolitisch aktuelle Themen (mehr dazu im Beitrag über die Mitglieder).
- Die Vortragsreihe „Rätsel Zeit“ fand zum 130jährigen Jubiläum der Urania Berlin an dreizehn Abenden zwischen dem 02.03.2018 und dem 18.10.2018 statt. Die DGfZP war als Kooperationspartner eingeladen worden, die Reihe zu organisieren. Der Breite des Titels entsprach die Vielfalt der Vorträge von Expertinnen und Experten aus Theoretischer Physik, Astronomie, Stadtökologie, Geschichte, Soziologie, Philosophie und Psychologie – vielfach aus dem Kreis der DGfZP Mitglieder.
- Mittlerweile sind in vielen Bereichen Onlineformate Standard geworden. Daher wird auch in der DGfZP überlegt, insbesondere für die Mitglieder, aber auch darüber hinaus, ein Diskussionsformat im Sinne zeitpolitischer Werkstattgespräche in loser Folge zu organisieren.

Mit dem Ziel, zeitpolitischem Denken eine breitere Öffentlichkeit zu geben und einen lebendigen virtuellen Austausch zu ermöglichen, hat die DGfZP einen eigenen Twitter-Account und ist auf Facebook vertreten. Aktuelle zeitpolitische Informationen, Hinweise auf Tagungen und das ZpM werden hier verbreitet.

Fazit

Insgesamt hat die DGfZP mit bescheidenen Mitteln eine Bekanntheit und Aufmerksamkeit erreicht, die es erlauben, zu sagen, dass wir auf zwanzig erfolgreiche Jahre zurückblicken können, in denen Informationen über Zeitpolitik und die Arbeit der DGfZP sowohl durch die in der DGfZP institutionalisierten Medien als auch durch einzelne Mitglieder Teile der Öffentlichkeit und relevante politische Akteure erreichen und diese von der Notwendigkeit und sachlichen Qualität von zeitpolitischen Aktivitäten der DGfZP überzeugen. Das kommt auch in den Grußworten von zeitpolitisch aktiven Personen in Wissenschaft und Praxis sowie von Wegbegleiter:innen der Arbeit der DGfZP zum zwanzigjährigen Bestehen der DGfZP zum Ausdruck.

Grußworte zu 20 Jahren DGfZP

Zeitpolitik und Raum – ein inter- und transdisziplinäres Thema der ARL

Zeitpolitik ist ein oftmals implizites Querschnittsthema in vielen raumrelevanten Handlungsfeldern, das als Determinante die Raumnutzungsorganisation auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen beeinflusst. Dazu gehören Wohnen und Arbeiten, deren Standorte und ihre Einbettung in das Siedlungsgefüge ebenso wie Freizeitnutzungen. Orts- und zeitunabhängige Online-Angebote für nahezu alle Lebensbereiche wie vor allem Versorgung, Freizeit, Kultur und Bildung haben zu veränderten raumzeitlichen Nutzungs- und Bewegungsmustern geführt. Dies betrifft vor allem die Erwerbsarbeit mit ihren unterschiedlichen Facetten (insbesondere Art und Umfang der Tätigkeit, Arbeitsorte, Arbeitszeitumfang, selbst-/fremdbestimmte Zeiten) und ganz besonders die Care-Arbeit (vor allem Haushalts-/Versorgungsorganisation, Betreuung von Kindern, Pflege Angehöriger), die auch geschlechtsdifferenziert zu betrachten sind. Eine heterogene Gesellschaft mit vielfältigen Bewegungsmustern erfordert eine integrierende koordinierende räumliche Planung, nicht nur des Öffentlichen Verkehrs. Regionale Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen umfasst die Sicherung und Weiterentwicklung von sozialen und auch technischen Infrastrukturen.

Immer größere Aufmerksamkeit finden die Standorte und Verteilnetze der Energieproduktion, nicht nur im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Gerade hier hat die Temporalität große Bedeutung, wenn es etwa darum gehen muss, die Produktionszeiten der regenerativen Energien (stark von Wind, Sonne, Niederschlägen abhängig) mit den zeitlichen Verbrauchsspitzen in Einklang zu bringen.

Die Lebensqualität ist in allen Lebensphasen entscheidend von Mobilitätsangeboten und den dafür aufzuwendenden Ressourcen an Zeit und Kosten abhängig. Die Nutzung von Versorgungs- und Freiraummöglichkeiten und der zeitliche Aufwand für deren Erreichbarkeit sind davon geprägt, ob eine angemessene kleinräumige Ausstattung im Quartier eine aktive Mobilität (zu Fuß/Fahrrad) ermöglicht wird oder die Standorte weiter entfernt liegen und ggf. nur mit dem Auto erreichbar sind. Im urbanen Raum führen zeitlich entgrenzte Angebote und multifunktionale (Mehrfach-) Nutzungen vielfach potenziell zu (Lärm-)Konflikten im städtebaulichen Bestand, die planerisch zu bewältigen sind. Und nicht zuletzt sind angesichts der gegenwärtigen multiplen Krisen – Klimawandel als Trend, schockartige Krisen wie die Pandemie, Hochwasser, Krieg – insbesondere kritische Infrastrukturen und deren verlässliche Funktionsfähigkeit auch in zeitlicher Hinsicht technisch und sozio-ökonomisch aufrecht zu erhalten und bedürfen der Mitwirkung der räumlichen Planung hinsichtlich ihrer Standorte, räumlichen Verknüpfungen und Schutzmöglichkeiten.

Prof. Dr. Sabine Baumgart

*Präsidentin der Akademie für Raumentwicklung in der
Leibniz-Gemeinschaft (ARL)*

Prof. Dr. Rainer Danielzyk

*Generalsekretär der Akademie für Raumentwicklung in
der Leibniz-Gemeinschaft (ARL)*

Eine gute Zeitpolitik für Familien beginnt in den Kommunen

Die partnerschaftliche Übernahme von familiären Aufgaben wie etwa Erziehung oder Pflege benötigen Zeit. Deshalb müssen Arbeitszeiten, Pendelzeiten, Kita- oder Schulöffnungszeiten, ÖPNV-Taktzeiten und Öffnungszeiten von Dienstleistern für Familien, wie etwa Kinderarztpraxen oder Verwaltungen, besser miteinander abgestimmt werden. Das nimmt Stress aus dem Familienalltag und es können auch Freiräume entstehen, die Familien Zeit für sich selbst geben. Kommunen sind ein wichtiger Bestandteil für das Gelingen einer guten Zeitpolitik. Denn in den Kommunen laufen die meisten Zeittaktgeber zusammen.

Hier wird unmittelbar spürbar, ob Zeitpolitik an Familien orientiert ist oder nicht. Unser familienpolitisches Ziel ist, Kommunen zu unterstützen, Zeitbedürfnisse von Familien zu identifizieren, Zeittaktgeber zu bestimmen und Müttern, Vätern und Kindern einen besseren Familienalltag zu ermöglichen. Von einer guten Zeitpolitik profitieren am Ende nicht nur die Familien, sondern auch Arbeitgeber und Kommunen selbst.

Katharina Binz

*Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration
des Landes Rheinland-Pfalz*

Vorwärts denken heißt eine neue Zeitpolitik zu denken

Unsere heutige Welt ist von mehreren Veränderungen geprägt: Einerseits ist die Lebenserwartung gestiegen, gleichzeitig beschleunigt sich das Leben immer weiter. Familien sind permanent unter Druck, von allen Seiten steigen die Anforderungen – auch im Beruf wird mehr erwartet von den Arbeitnehmer:innen. Nun ist der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für uns nicht neu: Die 40-Stunden-Woche und der 8-Stunden-Tag sind nicht vom Himmel gefallen, sondern mussten erkämpft werden. In den 50er Jahren prägten die Gewerkschaften den Slogan „Samstags gehört Vati mir“ und brachten damit ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen auf den Punkt: Familie und Beisammensein. Heute reichen solche Kampagnen nicht mehr aus – während auf dem Papier die 5-Tage-Woche erreicht ist, regieren Meetings, Telkos und Video-Calls immer mehr in den Alltag hinein. Zeitmanagement ist nicht mehr nur eine Eigenschaft, die von Manager:innen erwartet wird, sondern selbst von Schüler:innen, die sich neben der Schule noch in einem Sportverein oder anderweitig ehrenamtlich einbringen wollen, wird erwartet, dass sie sich selbst organisieren. Auch unter gleichstellungspolitischen Aspekten heraus müssen wir uns eine moderne Zeitpolitik genau anschauen: Unbe-

zahlte Care-Arbeit wird noch immer primär von Frauen geleistet, was entweder zu geringeren Rentenanwartschaften oder zu einer kaum zu leistenden doppelten Form der Responsibilisierung führt. Dass das Instrument „Zeitpolitik“ mittlerweile nicht mehr als „Luxusgut“ angesehen wird, sondern – wie in der Erklärung von Barcelona angelegt – als Bürger:innenrecht, weist in die richtige Richtung. Wir brauchen viele verschiedene Formen der Zusammenarbeit, viele verschiedene Formen des Miteinander-Lebens, unterschiedliche Antworten auf unterschiedliche Lebensentwürfe. Ein moderner Staat unterstützt die Einzelnen dabei, ihr Leben zu gestalten, und zur Gestaltung des Lebens gehört die Gestaltung der Zeit. Ich bin überzeugt: Vorwärts denken heißt, eine neue Zeitpolitik zu denken. Eine neue Zeitpolitik schafft kluge und zukunfts zugewandte Konzepte für mehr Selbstbestimmung, mehr Gerechtigkeit und mehr Gesundheit – und in diesem Sinne möchte ich der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik sehr herzlich zu ihrem 20-jährigen Bestehen gratulieren: Bleiben Sie am Ball, bringen Sie sich auch künftig ein. Ihre Debattenbeiträge bringen uns alle voran.

Daniel Born

MdL, Vizepräsident des Landtags von Baden-Württemberg

Statement zur Zeitpolitik

Zeitpolitik ist ein zentrales Thema für die Stadtforschung oder zumindest sollte es das sein. Die Geschichte der Urbanisierung ist eng verwoben mit der Rationalisierung von Zeitregimen und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Konflikten. Man denke an die teils radikalen Kämpfe um den 8-Stunden Tag im späten 19. Jahrhundert. Oder auch die Debatten zu Öffnungszeiten oder gegenwärtig zur Sommerzeit in der EU.

Die Aufgabe einer historisch oder gegenwärtig orientierten Zeitpolitik ist es, das Phänomen der Zeitlichkeit kritisch zu hinterfragen und gesellschaftlich zu verankern. Speziell im urbanen Kontext ergeben sich hier wichtige Aufgabenbereiche. In der Forschung wird Stadt vornehmlich als Raum verstanden, dabei sind urbane Temporalitäten ebenso vielschichtig und zentral für unser Verständnis von Urbanität. Für mich als Umwelt- und Stadthistorikerin sind besonders die sozio-kulturellen Prozesse und Umweltaspekte von Interesse, die die Wechselbeziehung von rationalen und natürlichen Zeitregimen verdeutlichen. Gerade erforsche

ich, wie sich jahreszeitliche Veränderungen vielerorts im Stadtleben manifestieren. Auch hier ist Zeitpolitik gefragt, wie bspw. die Debatte um die Abschaffung der Sommerzeit unterstreicht. Und es gibt auch neue Herausforderungen für die Zeitpolitik der Zukunft. Hier denke ich besonders an Klimawandel und den Schutz der Biodiversität. Beide erfordern ein neues Verständnis der Zeitpolitik, das bspw. die Diskrepanz zwischen relativ kurzen Zeitebenen der politischen Intervention (Legislaturperioden) und der Notwendigkeit, in langen Zeiträumen zu denken und zu planen (Klimawandel, Biodiversität), herausarbeitet und kritisch kommentiert, um dringend erforderliche neue politische Herangehensweisen zu befördern. Mit anderen Worten die Zeitpolitik sollte sich zunehmend auch der Klima- und Artenzeit widmen, um neue Wege des planetaren Miteinanders im zeitlichen Gefüge zu ermöglichen.

Prof. Dr. Dorothee Brantz

TU Berlin

La dimension heuristique du travail mené par la DGfZP

Pour un chercheur français dans le domaine des politiques de temps, une institution telle que la DGfZP, suscite un grand intérêt tant par sa composition que par les thématiques dont elle s'est emparée. En effet, ce Think Tank regroupe des académiques de différentes disciplines, des praticiens (médecins, chefs d'entreprise, syndicalistes etc.), des représentants de congrégations religieuses et de partis politiques etc. et s'est donné pour objet l'analyse des différentes dimensions temporelles de nos sociétés.

Les membres de la DGfZP appréhendent les différentes dimensions du temps de façon transversale. Ils en analysent en effet chacune de ses composantes et dimensions en prenant en compte ses interactions avec chacune des autres composantes et dimensions, dans un objectif d'amélioration de la qualité de vie, de renforcement du bien-être des citoyens et de construction d'une société meilleure. La DGfZP a été initiée au début du troisième millénaire à un moment où la flexibilité du temps de travail mais également l'introduction des nouvelles technologies de l'information et de la communication ont profondément transformé notre rapport au temps mais également les modalités d'articulation entre nos différents temps sociaux.

Les travaux de la DGfZP ont contribué à la prise de conscience de la nécessité d'appréhender la question du temps dans ses différentes dimensions qu'elles soient sociales, économiques, culturelles, écologiques. Il suffit de se reporter aux différentes conférences qui ont été organisées au cours des vingt dernières années pour se rendre compte de l'étonnante diversité des problématiques soulevées par

une approche par les temps. Des concepts nouveaux ont été travaillés au cours de ces conférences à partir du constat des fortes inégalités au regard du temps opposant celles et ceux (surtout celles) soumis à une rareté temporelle versus celles et ceux bénéficiant d'une (relative) richesse temporelle, ou encore celles et ceux pouvant bénéficier d'une certaine autonomie temporelle et celles et ceux dont le temps est contraint. Une telle approche a ainsi conduit la DGfZP à promouvoir et à diffuser à travers l'Europe, le concept central de «droit à son propre temps» dont la concrétisation nécessite de nouvelles régulations tant dans le domaine du temps de travail - particulièrement dans le contexte post-pandémie de covid 19 qui a induit un fort développement du télétravail mais également des mutations du rapport au travail et à l'entreprise illustré par l'engouement pour la semaine de 4 jours – qu'au regard de l'organisation sociale du temps qui est au fondement des politiques temporelles locales (Tempi della Città italiennes, politique temporelles locales françaises, Time Use policies menées par Barcelone). Ce prosélytisme temporel trouve son illustration dans les relations que la DGfZP a construites avec d'autres acteurs, tels que Tempo Territorial en France ou Barcelona Time Use Initiative en Catalogne ou une association académique comme l'International Association for Time Use Research (IATUR), qui ont été convaincus par la pertinence de la construction d'un «droit au temps» pour les citoyens et qui oeuvrent ensemble à la construction d'une Académie Européenne pour les politiques des temps.

Jean-Yves Boulin, Université Paris-Dauphine

Die erkenntnis- und handlungsleitende Dimension der Arbeit der DGfZP

Für einen französischen Forscher auf dem Gebiet der Zeitpolitik stößt eine Institution wie die DGfZP auf großes Interesse – sowohl durch ihre Zusammensetzung als auch durch die Themen, die sie aufgegriffen hat. In der Tat bringt dieser Think Tank Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen, Praktiker (Ärzte, Unternehmer, Gewerkschafter usw.), Vertreter von Kirchen und politischen Parteien usw. zusammen und setzt sich zum Ziel, die verschiedenen zeitlichen Dimensionen unserer Gesellschaften in ihrem Zusammenhang zu betrachten.

Die Mitglieder der DGfZP verstehen die verschiedenen Dimensionen von Zeit transversal. Sie analysieren jede Komponente und Dimension unter Berücksichtigung ihrer Wechselwirkungen mit den anderen Komponenten und Dimensionen – mit dem Ziel, die Lebensqualität zu verbes-

sern, das Wohlergehen der Bürger:innen zu stärken und eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Die DGfZP wurde zu Beginn des dritten Jahrtausends zu einer Zeit ins Leben gerufen, als die Flexibilität der Arbeitszeit, aber auch die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien unser Verhältnis zur Zeit, aber auch das Verhältnis und die Wechselwirkungen zwischen unseren verschiedenen sozialen Zeiten tiefgreifend verändert haben.

Die Arbeit der DGfZP hat dazu beigetragen, besser zu verstehen, wie die Zeit in ihren verschiedenen Dimensionen, ob sozial, wirtschaftlich, kulturell, ökologisch, mit einander zusammenhängt. Es genügt, auf die verschiedenen Jahrestagungen hinzuweisen, die in den vergangenen zwanzig Jahren organisiert wurden, um die erstaunliche Vielfalt der Fragen zu erkennen, die durch eine zeitpolitische Heran-

gehensweise aufgeworfen werden. In diesen Konferenzen wurden neue Konzepte erarbeitet, die auf der Beobachtung starker Ungleichheiten in Bezug auf die Zeit basieren, zwischen denjenigen, die zeitlicher Knappheit ausgesetzt sind, und denen, die von einem (relativen) zeitlichen Reichtum profitieren, oder auch zwischen diejenigen, die von einer gewissen zeitlichen Autonomie profitieren können, und denjenigen, deren Zeitverwendung erzwungen wird.

Ein solcher Ansatz hat die DGfZP dazu veranlasst, das zentrale Konzept des „Rechts auf die eigene Zeit“ europaweit zu fördern und zu verbreiten, das ernst genommen neue Regelungen sowohl im Bereich der Arbeitszeit erfordert – insbesondere im postpandemischen Kontext, da Covid 19 zu einer starken Entwicklung der Telearbeit geführt hat – in der Beziehung zur Arbeit und zum Unternehmen – wie die

Begeisterung für die 4-Tage-Woche veranschaulicht – als auch in Bezug auf die soziale Organisation der Zeit, die die Grundlage der lokalen Zeitpolitik bildet (italienisch „tempi della città“, französisch lokale Zeitpolitiken, time use-policy in Barcelona). Eine zeitbezogene Anziehungskraft wird durch die Beziehungen veranschaulicht, die die DGfZP zu anderen Akteuren aufgebaut hat – wie zu Tempo Territorial in Frankreich, zur Barcelona Time Use Initiative in Katalonien oder zu einer akademischen Vereinigung wie der International Association for Time Use Research (IATUR), die von der Relevanz der Einführung eines „Rechts auf Zeit“ für Bürger:innen überzeugt wurden und die gemeinsam daran arbeiten, eine Europäische Akademie für Zeitpolitik aufzubauen.

Jean-Yves Boulou, Universität Paris-Dauphine

Zeitpolitik für gutes Leben – ein Statement zur Bedeutung der Zeitpolitik

In einer Gesellschaft zunehmender Atemlosigkeit und Beschleunigung streben wir zunehmend danach, der allgegenwärtigen Zeitknappheit etwas entgegenzusetzen und das bewusste Erleben von Zeit zu ermöglichen. So verstanden, ist Zeitpolitik heute die Politik vom guten Leben. Zeitpolitik kann persönliches Glück und gelingende Beziehungen nicht herstellen, sie kann aber die Voraussetzungen dafür schaffen: Indem sie zeitliche Freiräume eröffnet, in denen sich Beziehungen entwickeln können – zu Familie, Freunden, Kolleginnen und Kollegen, aber auch zu Arbeit, Kunst, Religion und sich selbst.

Die Dimensionen der Zeitpolitik sind gerechte Verteilung und Freiheit. Da Zeit ein begrenztes Gut ist, ist Zeitpolitik immer auch Verteilungspolitik. Zeit muss politisch so verteilt werden, dass alles zu seinem Recht kommt und jede Aufgabe ihre Zeit hat. In der Familienpolitik geht es vor allem um ausreichend Zeit für Familie und die geschlechtergerechte Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit. In ihrem Bemühen um eine gerechte Verteilung von Zeit kann Zeitpolitik aber auch neue zeitliche Korsetts und Belastungen schaffen, die der subjektiven Vorstellung vom guten

Leben zuwiderlaufen. Zeitpolitik muss der Versuchung widerstehen, für alle festlegen zu wollen, wie Zeit verteilt werden sollte. Sonst ersetzt sie lediglich eine Normbiografie durch eine andere und schafft neue Ungerechtigkeiten und Unzufriedenheit.

Moderne Zeitpolitik sollte daher auf Freiheit setzen. Sie sollte an die individuellen Wünsche anknüpfen und Optionen einräumen. Sie sollte Freiräume ermöglichen, nicht vorschreiben und begrenzen. Alle sollten Familie und Beruf, Ehrenamt und Engagement, Zeit für sich und für andere in die zum jeweils aktuellen Zeitpunkt richtige Balance bringen können. Das Bild vom „atmenden Lebenslauf“ bringt passend zum Ausdruck, wie der Wechsel dieser Lebensdimensionen idealerweise aussehen könnte: Frei und fließend, mal schneller und mal langsamer, mal gleichmäßiger und mal Schwerpunkte setzend. Und auch mal tief Luft holend und innehaltend ... Und vor allem: in Abstimmung mit nahestehenden und geliebten Menschen. In diesem Sinne ist Zeitpolitik die Grundlage jedweder Familienpolitik.

*Matthias Dantlgraber
Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken*

20-jähriges Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik

Die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Dazu spreche ich ihr die herzlichen Glückwünsche der Vereinigung der lebenswerten Städte Cittaslow Deutschland aus und wünsche ihr

für die Zukunft noch viele erhellende Erkenntnisse im Umgang und mit der Bedeutung der Zeit auf dem Hintergrund politischer Entscheidungen.

„Es gibt Wichtigeres im Leben, als beständig dessen Geschwindigkeit zu erhöhen.“ (Mahatma Gandhi)

„Wer eigentlich macht unsere Zukunft?“, der Titel der Jahrestagung 2022, ist aktueller denn je, denn noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger so groß wie heute und dies auf dem Hintergrund einer höchst gefährlichen Gemengelage, die geprägt ist von Themen wie Klimawandel, Pandemie, Krieg, Energiemangel und Inflation. Politik äußert sich immer mehr in einer Verteidigungshaltung und muss andauernd nachträglich auf Ereignisse und Krisen reagieren. Es fehlen derzeit vorausschauende Entscheidungen und Visionen für eine Gesellschaft, die sich auch selbst erneuern und ihre Lebensumstände mitgestalten sollte.

Und da kommen die Gemeinden und Städte ins Spiel, wo die Bürgerinnen und Bürger an der Basis der Gesellschaft Politik täglich hautnah erleben und ihre Auswirkungen unmittelbar spüren. Leitbilder sind da höchst willkommen und können helfen, dem andauernden Zeitdruck auch bei wichtigen politischen Fragestellungen und Entscheidungen entgegen zu wirken. Cittaslow, 1989 in Italien entstanden und inzwischen mit über 300 Mitgliedsstädten und -gemeinden in

über 30 Staaten vertreten, ist ein solches Leitbild, das sich unter anderem Bewusstseinsbildung und Entschleunigung auf seine Fahnen geschrieben hat und die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückt. Durch einen bewussten Umgang mit Ressourcen und bewusste politische Entscheidungen, die die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, kann mehr Lebensqualität und Zufriedenheit und somit auch mehr Widerstandsfähigkeit gegen Populismus und politische Hetze erreicht werden. Es geht dabei um nicht weniger als um die Grundwerte unserer Demokratie!

Um dies zu erreichen, muss man sich entsprechend Zeit nehmen und die Dinge zu Ende denken, dann kann auch Zukunftspolitik gelingen und mehr Frieden untereinander entstehen. In diesem Sinne sollte man die dringend notwendigen Transformationen in unserer Gesellschaft angehen, ganz nach dem Sprichwort, das da lautet: „Es gibt Dinge, da kann man gar nicht schnell genug langsam machen!“

*Manfred Dörr
Bürgermeister der Stadt Deidesheim
und Präsident Cittaslow Deutschland*

Gratulation aus Mecklenburg-Vorpommern

Die Verwendung von Zeit hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass zwei Dimensionen hier besonders hervorstechen: Einerseits eine geschlechtliche, andererseits eine räumliche Differenz.

Es bestehen Geschlechterunterschiede beim Zeitaufwand für Betreuungstätigkeiten wie Haus- und Care-Arbeit. Gleiches gilt für soziale Tätigkeiten wie beispielsweise Freizeitbeschäftigungen oder ehrenamtliche Tätigkeiten. Hinzu kommen räumliche Strukturen, die ländliche Lebenslagen zeitlich prägen – wie die unterschiedliche Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgestrukturen. Alltagswege zu Kitas, zu Ärzt:innen, dem Bürgeramt oder zur Bankfiliale erfordern Zeit. Zudem wandeln sich die ländlichen Arbeitsverhältnisse. Erwerbsarbeit findet in der Regel nicht mehr vor Ort statt, sondern viele Menschen müssen zur Arbeit pendeln. Hier werden unterschiedliche gleichstellungsrelevante Handlungsfelder berührt, die auch aus einer zeitlichen Perspektive höchst bedeutsam sind. Gemeint ist die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben oder die Beteiligung in kommunalen, politischen Gremien. Kurzum: Alltägliche Erfahrungen von Frauen in ländlichen Räumen weisen aktuell

ein Fortbestehen der Ungleichstellung auf. Gerade das ländlich geprägte Bundesland Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet in der Domäne Zeitverwendung auf dem Gender-Index des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung lediglich einen Wert 51,4. Bei einem Wert von 100 wäre die absolute Gleichstellung erreicht.

Es gibt also viel zu tun. Wie die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik mischen wir uns als Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. ein. Wir vertreten Frauen- und Gleichstellungsinteressen in Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik. Dabei können wir auf ein vielseitiges Fachwissen unserer mehr als 50 Mitgliederverbände zurückgreifen und ebenso auf die Expertise der DGfZP in Zeitfragen.

Wir gratulieren der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik herzlichst zum 20-jährigen Bestehen und bedanken uns für die wiederholte Möglichkeit, in ihrem Online-Magazin über Zeitpolitik in ländlichen Räumen berichten zu können. Wir sind gespannt auf weitere zeitpolitische Impulse.

*Karola Frömel und Dr. Melanie Rühmling
Landesfrauenbeirat Mecklenburg Vorpommern e.V.*

Happy anniversary from BTUI, Barcelona

The German Society for Time Policy celebrates its 20th anniversary, and we as coordinators of the Barcelona Time Use Initiative for a Healthy Society, are more than happy to celebrate this important milestone.

The German Society for Time Policy has been a reference for many, and specially for us, when studying and promoting time policies and key concepts, such as the “right to time”, theorized by Prof. Ulrich Mückenberger. The German Society has added value to the network of associations worried about a better use of time, and they have been a key point of contact to reach all our German colleagues.

As happy as we are to celebrate your 20th anniversary, we are even more excited about the opportunities the future holds. We hope that the path opened by the Barcelona Declaration for Time Policies (<https://www.timeuse.barcelona/barcelona-declaration-on-time-policies>), which was signed by the German Society for Time in 2021, will con-

tribute into developing time policies in Europe and beyond and making the “right to time” a right of all citizens in this century. Likewise, the German Society for Time Policy's collaboration with the Local and Regional Governments Time Network (<https://timeusepolicies.info/local-and-regional-time-governments-network/>) remains a key support to reach municipalities and regions throughout Germany that are interested on implementing time policies and learn on good practises related to time and work-life-balance, mobility and democracy and participation, etc. We are sure that collaborating with these and other future initiatives, we will spread time policies throughout Europe.

For all these reasons, we wish you a happy anniversary and we hope to keep working together towards the right to time for many years to come!

Ariadna Güell and Marta Junqué
coordinators of the Barcelona Time Use Initiative

Zeitpolitik für Familien

Zeit ist auch für Familien ein zentrales Element. Neben den eigenen Zeit-Bedürfnissen innerhalb von Familien, insbesondere für Sorge und Gemeinsamkeit, sind Familien diversen unterschiedlichen externen Zeitstrukturen ausgesetzt, die ihren Alltag maßgeblich mitbestimmen. Dazu gehören unter anderem die berufliche Tätigkeit, Schule und Kita. Es kostet die Familienmitglieder viel Kraft, diese Zeitstrukturen über den Lebenslauf und über Familienphasen hinweg immer wieder neu aufeinander abzustimmen, um den jeweiligen Erfordernissen gerecht zu werden. Daher braucht es eine (Familien-) Zeitpolitik, die die Bedürfnisse von Familien in den Vordergrund stellt und Hürden für die Übernahme von familiärer Verantwortung beseitigt. Sie sollte darauf ausgerichtet sein, individuelle familiäre Lebensentwürfe zu

ermöglichen und das Wohlbefinden von Familien zu fördern. Notwendig sind strukturelle Maßnahmen und Strategien, die Familien mehr Zeit für gemeinsames Alltagserleben ermöglichen und ihre eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Verwendung von Zeit erhöhen.

Daher ist es gut und wichtig, dass die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Analysen zur selbstbestimmten Zeitsouveränität sowie gesellschaftliche und individuelle Effekte von Zeitkonflikten in das Zentrum ihrer Arbeit stellt und Impulse für zeitpolitische Entlastungsmaßnahmen für Familien setzt.

Sven Iversen
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
der deutschen Familienorganisationen

Familiengerechte Zeit in Aachen

Aachen ist im Bereich der Familienzeitpolitik eine aktive Kommune. Sie kann dabei auf ein starkes Fundament der familienfreundlichen Ausrichtung der Kommunalpolitik bauen. Bereits 1996 legte die Teilnahme am 1. Bundeswettbewerb „Kinder- und Familienfreundliche Gemeinde“, das Fundament.

Schnell wurde klar, Familienzeitpolitik darf kein Zufallsprodukt sein, sondern muss selbstverständlicher Bestandteil von Kommunalpolitik und Verwaltungshandeln werden. Eine gute Familienzeitpolitik ermöglicht Männern wie Frauen Fürsorgetätigkeiten in der Familie (Kinder und Pflegebedürftige), Erwerbstätigkeit sowie bürgerschaftliches Engagement im Alltag wie auch im Lebensverlauf möglichst selbstbestimmt zu verbinden.

Zeit ist ein knappes Gut. Besonders Familien sind von Zeitkonflikten betroffen, wenn sie familiäre Wünsche und Verpflichtungen mit beruflichen Anforderungen vereinbaren müssen. Um Zeitkonflikte aufzulösen, müssen Arbeits- und Betreuungszeitengut aufeinander abgestimmt sein, Lösungen für Notfälle, Rand- und Ferienzeiten geschaffen, allgemeine Öffnungszeiten bei Stadtverwaltungen, Ärzten und Bibliotheken familienorientierter gestaltet, Kinder- und Jugendpartizipation gesichert werden und vieles mehr.

Die Verwaltung muss mit mutigem Schritt voran gehen. So wurde die Öffnungszeit im Bezirksamt Aachen-Haaren am Mittwoch verlängert, an einem Mittwoch im Monat sogar bis 19.30 Uhr. Bürger:innen und Mitarbeiter:innen sind damit sehr zufrieden. Ebenso wie mit der Einführung der Gleitzeit ab 6.00 Uhr morgens und der Möglichkeit von 2 Tagen Homeoffice pro Woche. Corona hat sicherlich auch

dazu beigetragen, dass manche familienfreundliche Veränderung beschleunigt wurde. Doch trotz der guten Erfahrungen gelingt es nicht immer, allen Interessen gerecht zu werden.

Familien sind selbst Expert:innen für ihre Zeitkonflikte, sie können und wollen zu deren Lösung wertvolle Beiträge leisten. Ein wesentliches Fundament einer gelingenden kommunalen Familienzeitpolitik ist die systematische Einbindung und Beteiligung von Familien in die Planungsprozesse, z.B. in der Mobilitäts- und Stadtplanung. Deshalb schaffen wir Partizipationsmöglichkeiten in Familienzentren, bei Elternabenden in Schulen, in Diskussionsrunden und bei öffentlichen Veranstaltungen. Familienzeitpolitik muss als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe in der Stadt etabliert werden.

Wir sind überzeugt, dass eine verbesserte Lebensqualität vor Ort den Wirtschaftsstandort stärkt und gerade auch für Fachkräfte attraktiv macht. Gute Rahmenbedingungen für Familien sind auch im Wettbewerb um Fachkräfte von entscheidendem Vorteil. Als Stadt können wir bei uns selbst die Rahmenbedingungen anpassen, aber auch bei anderen Akteuren – etwa aus der Wirtschaft oder den Hochschulen – Veränderungen anstoßen und begleiten.

Denn eines ist klar: Nur durch eine bessere Abstimmung von Zeittakten und durch die Überwindung von Zeitkonflikten schaffen wir verbesserte Rahmenbedingungen für Familien und fördern ein gelingendes Familienleben.

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen

Paradigmenwechsel der Familienpolitik

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken als größter demokratisch legitimierter Zusammenschluss von Katholik:innen in Deutschland setzt sich seit seiner Gründung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit auseinander. Dazu gehört selbstverständlich auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit und eine gleichwertige Betrachtung verschiedener Formen von Arbeit.

In zahlreichen Berührungspunkten zur Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP) konnten wir als ZdK unsere Haltung gegenüber politischen Interessensvertreter:innen

festigen und schärfen: Wir unterstützen seit Jahren das Optionszeitenmodell für atmende Lebensläufe, in dem wir den Schlüssel zu einer Familienpolitik der Zukunft sehen. Es handelt sich um einen mutigen, multidimensionalen und nachhaltigen Paradigmenwechsel der Familienpolitik, den wir nachdrücklich unterstützen. Für diese Kooperation, die in Gegenwart und Zukunft durch die gemeinsame Arbeit in den Optionszeitenmodell-Workshops weiterträgt, bedanken wir uns.

Lucia Lagoda
Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Wie gut, dass es Euch gibt!

Wäre vor zwanzig Jahren die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik nicht gegründet worden, man müsste sie schleunigst ins Leben rufen. Ja, selbst als Obmann des inzwischen 32 Jahre existierenden Vereins zur Verzögerung der Zeit sage ich: schleunigst! Wir Zeitverzögerer, die wir uns als Bewegung verstehen, die mannigfaltige Aspekte des individuellen und sozialen Tempos hier wissenschaftlich, dort künstlerisch, mal sehr ernst und oft sehr humorvoll ausleuchtet, betrachten die politischen Initiativen der DGfZP mit größtem Respekt. Wie wesentlich die Gestaltung der Zeit für ein gelingendes Leben und Zusammenleben ist, weiß man in beiden Organisationen sehr genau. In der Herangehensweise ergänzen wir uns ideal: Der Verein zur Verzögerung der Zeit hat seinen Schwerpunkt auf der Veränderung des Bewusstseins für das richtige Tempo; die DGfZP beschäftigt sich vor allem mit sehr konkreten gesellschaftlichen Projekten – und das stets sehr kompetent und mit einer

bewundernswerten Ausdauer. Um die Herausforderungen der Zukunft einigermaßen zu meistern, brauchen wir die klugen Aktivitäten der DGfZP. Der Umgang mit Zeit als gesellschaftliche Gestaltungsdimension wird angesichts des bislang viel zu schnellen Ressourcenverbrauchs und der sich daraus ableitenden Notwendigkeit eines deutlichen Wandels unseres Lebensstils zunehmend wichtiger. Wenn auf der Suche nach Alternativen zu einem wachsenden materiellen Wohlstand die Idee eines Zeitwohlstands aufkommt, ist es ein Geschenk, dass engagierte Menschen in der DGfZP Vorschläge unterbreiten, wie der denn konkret aussehen könnte – und mit viel Energie an der Umsetzung arbeiten.

Chapeau! Und herzlichen Glückwunsch, geschätzte DGfZP!

Martin Liebmann

Obmann des Vereins zur Verzögerung der Zeit

A continuous debate on urban times (with or without conscious public policies)

Recently the pandemic has brought a new interest in the debate to the “time of the city” issues.

At the end of the previous and the beginning of the new millennium, in different large Western cities – such as Paris and Barcelona, but also Portland, Melbourne, and others – politicians and planners have proposed a new urban organization starting from a slogan inspired by the dimension of time: the Parisienne famous 15-minutes-city. This has invited to design a dense city, endowed with a mix of public and private services, efficient digital infrastructures and well-equipped walk and cycle paths. The expected results are quality and effectiveness of proximity.

In the 1990s, in some European towns and cities, the Time of the city movement proposed and experimented with local urban time policies starting from municipalities. First, they have implemented new organization and/or management of services for daily life to improve their accessibility (such as pre- and post-time schedules in the school or “open school” all day long; family care during holidays; de-synchronization/synchronization of means of transport; coordination of the shops’ opening hours and tourists’ services; harmoni-

zation of the events calendar; on-line services of public administrations). Secondly, they have stimulated sustainable mobility for the reduction of pollution provoked by means of transport (collective cabs, environmental-friendly shuttle buses, on-demand transportation, “pedibus” and “bicibus”, night transportation, bike sharing, house-school transportation). Moreover, they have had the ambition to introduce time-oriented guidelines in land use planning, specifically concerning public (and sometimes private) equipment organization (such as testing open space usability and accessibility). The main aims are quality of individual daily life, accessibility for everybody, spatio-temporal proximity, and work-life balance. This approach considers the city as a support for personal and familiar time management.

The German Society for Time Policy, DGfZP, supported this movement and, with continuity, shaped the European debate, enlarging it to new relevant fields such as the evening and nighttime economy studies and temporal justice.

Marco Mareggi,

*Department of Architecture and Urban Studies,
Politecnico di Milano*

Umverteilung von Zeit als politische Aufgabe

Gender Care Gap, Gender Pay Gap, Gender Pension Gap – diese großen Lücken („gaps“) machen nicht nur auf Geschlechterungleichheiten bei Rente, Bezahlung oder der Übernahme von Sorgearbeit aufmerksam, sie zeigen auf, inwiefern die Geschlechter unterschiedlich viel Zeit in die verschiedenen Lebensbereiche investieren (können). Wir wissen, dass nach wie vor Frauen den Löwenanteil bei der Sorgearbeit übernehmen. Ihnen bleibt damit weniger Zeit und Kraft für die Erwerbsbeteiligung mit negativen Folgen für die berufliche Weiterentwicklung oder die Altersabsicherung. Aber auch die Erwartung der Vollzeittätigkeit aller Erwachsenen wird der Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche – Familie, Engagement, Freundeskreis, Hobby und Beruf – nicht gerecht.

Als Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) setzen wir uns gemeinsam mit der DGfZP (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik) als einen wesentlichen Bestandteil der Familienpolitik ein, die sich am Leitbild der partnerschaftlichen Vereinbarkeit orientiert. Wir sind davon überzeugt, dass

die Umverteilung der Fürsorgeaufgaben zwischen den Geschlechtern, d. h. raus aus der (weit gehend) alleinigen Verantwortung der Frauen und rein in die Verantwortung der Männer, zentral ist. Wir brauchen die geschlechtergerechte Verteilung von Zeit!

Dies muss begleitet werden von Maßnahmen wie einer geschlechtergerechten Besteuerung, einer zusätzlichen Freistellung für den zweiten Elternteil nach Geburt des Kindes oder einer Familienarbeitszeit. Ebenso ist ein Arbeitsmarkt wichtig, der sich von der Vorstellung der überlangen Vollzeiterwerbstätigkeit verabschiedet und Fürsorgezeiten als selbstverständlichen Teil einer Erwerbsbiografie möglich macht.

Übrigens: Auch das ZFF ist in diesem Jahr 20 geworden. So teilen wir mit der DGfZP nicht nur gemeinsame Perspektiven, sondern auch gemeinsame Zeit. Unseren herzlichen Glückwunsch!

*Alexander Nöhring,
Geschäftsführer Zukunftsforum Familie*

Familien brauchen Zeit (-politik)!

Sowohl Mütter als auch Väter haben die Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen, in den letzten 30 Jahren sehr ausgeweitet, ganz unabhängig davon, ob sie berufstätig sind oder nicht. Mütter wenden fast doppelt so viel Zeit für die Familie auf wie Väter (Mütter 5,9 Stunden; Väter 3 Stunden, jeweils unter der Woche), trotzdem geben Eltern in einer Allensbach-Untersuchung von 2020 an, dass ihre Zeit nicht ausreicht, um die Kinder so zu fördern, wie sie es für notwendig halten. Wie ist dieses Paradox: Mehr Zeit und trotzdem noch nicht genug, zu verstehen?

Eltern spüren einen hohen gesellschaftlichen Druck, dass sie ihre Kinder ausreichend anregen, fördern und genug für sie da sind. Sie wollen es „gut machen“. Der Druck ist nicht nur eingebildet, es richten sich tatsächlich hohe Erwartungen an Eltern. Fast alle Eltern sind berufstätig, Mütter oft in Teilzeit. Alleinerziehende Eltern, zu beinahe 90 % Mütter, sind ebenfalls berufstätig. Neben Berufstätigkeit und Haushalt noch genügend Zeit für die Familie zu haben, ist schon nicht einfach. Für sich selbst und als

Paar bleibt dann oft zu wenig Zeit. Das macht unzufrieden, belastet die Paarbeziehung macht schlimmstenfalls sogar krank. Zeit ist aber eine ganz wichtige Ressource im Leben mit Kindern, denn ihre Kindheit ist der – gehetzte – Alltag der Eltern. Das Elterngeld hat für etwas Entspannung in der ersten Zeit mit einem kleinen Kind gesorgt, aber auch danach brauchen Eltern Zeit. Gut wäre es, die Anreize so zu setzen, dass die Familienzeit der Eltern egalitärer aufgeteilt werden kann, also auch Väter mehr Zeit für Kinder haben, denn sie wollen mehr Zeit mit den Kindern verbringen. Die Entzerrung der Lebenserwerbsarbeit zugunsten von Lebensfamilienzeit bleibt eine Herausforderung für die Zukunft.

Zeitpolitisch bleibt also auch die nächsten 20 Jahre noch einiges zu tun, vermutlich auch darüber hinaus ... Herzlichen Glückwunsch zum zwanzigjährigen Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik!

*Dr. Insa Schöningh
2004 – 2022 Bundesgeschäftsführerin der
Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie e.V.*

Über Zeit nachdenken

Das Spannende an der Beschäftigung mit Zeit ist ihre Mannigfaltigkeit. Für mich als Nachwuchswissenschaftlerin erschließen sich über die zeitliche Perspektive Zugänge zu

verschiedenen Themen, die schon Generationen vor mir analysiert haben – auch über die lineare Uhrenzeitlogik hinaus und gerade in krisengebeutelten Zeiten: Gesell-

schaftliche Machtverhältnisse, wirtschaftliche Externalisierungstendenzen, aber auch Zusammenhänge zwischen ökologischen und sozialen Reproduktionsprozessen. Die beiden Letztgenannten sind eher rhythmisch als linear strukturiert. Damit widerstreben sie der Zeit-ist-Geld Formel – gerade in Zeiten der geschwindigkeitsliebenden Digitalisierung und ihrem Ubiquitätsversprechen. Ich kann nicht schneller eine gute Freundin sein und es ist unmöglich, einen Baum zu pflanzen, ohne verortbare Fläche zu nutzen. Diese Zeit- und Ortsabhängigkeiten erinnern eindrücklich an menschliche Endlichkeit und planetare Grenzen.

Um aktuelle, miteinander verwobenen Krisen besser verstehen zu können, ist das Nachdenken über die Zeit hilfreich und bietet Orientierung. Denn, wie Barbara Adam es formu-

liert, ist „unser Nachdenken über die Zeit immer schon ein Denken in der Zeit und mit der Zeit“. In dieser Verortung im Gegenwärtigen liegt immer auch ein In-Beziehung-Setzen zu dem, was vergangen ist und dem, was Zukunft birgt. Die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik, die nun mehr seit 20 Jahren besteht, leistet diese Art der Beziehungsarbeit und gibt den Rahmen dafür, was sich stetig verändert und nicht zu greifen ist. Ja, vielleicht ist die DGfZP selbst Rhythmus, also „Zeit als Rahmen und als Wandel vereint“. Auf das, was kommt!

*Hanna Völkle, Sozialwissenschaftlerin
am Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung der HWR Berlin. Arbeitet an einer
Dissertation zur feministisch-ökologischen Zeitökonomie*

Zeitpolitik

Den Begriff der „Zeitpolitik“ habe ich erstmals 1987, bei einem Vortrag in Wien, im Zusammenhang mit Stadtentwicklung gebraucht – die Gesellschaft für Zeitpolitik gab es noch nicht.

Ausgang war, dass „Entwicklungen in der sozialen Praxis Jüngerer feststellbar“ waren, „Arbeit und Freizeit kulturell und sozial zu integrieren“, das sollte Anlass sein, „die Begriffe Arbeitszeitpolitik und Freizeitpolitik“ zugunsten des Begriffs der Zeitpolitik zurück treten zu lassen. Der Begriff „Zeitpolitik“ würde sich von der gesellschaftlichen Frage leiten lassen, wie wir es schaffen, dass alle Menschen sich ihre Lebenszeit so aufteilen können, dass ihre privaten, sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse ihren Lebensvorstellungen entsprechend befriedigt werden. „Eine solche Zeitpolitik ist die Chance der Wohlstandsgesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Sie ist dadurch bestimmt, dass wir immer weniger Zeit für die industrielle und agrarische Produktion benötigen, um damit die ökonomischen Grundbedürfnisse zu erfüllen, und dass wir zugleich die Chance erlangt haben, Lebenszeiten in einer neuen Dimension erfüllt zu erleben.“

35 Jahre danach stelle ich fest, dass dieser Begriffsgebrauch auf die Verhältnisse im westlichen Europa bezogen war, nicht auf die der gesamten Welt. Inzwischen hat es global verschiedene Transformationen gegeben: die Weltbevölkerung ist von fünf auf acht Milliarden Menschen gestiegen, die durchschnittliche Lebenserwartung dabei um etwa 10 Jahre, von 63 auf 73 Jahre. Die addierte Lebenszeit aller Menschen betrug 1987 315 Milliarden Jahre, nach 2020 sind es 580 Milliarden. Wieviel davon flexibel verfügbar ist und

wieviel durch Hunger, Armut, Überflutungen, Migration und Kriege zwangsdisponiert, ist kaum erfassbar.

Deutschland ist von diesen globalen Veränderungen nur marginal betroffen, relevant ist hingegen die abnehmende Kinderzahl, auf weniger als 1,5 Kinder pro Frau. Dabei zeigt sich, dass die 1987 Jüngerer Arbeit und Freizeit tatsächlich kulturellvielfältigsozial integriert haben. In der industriellen Produktion arbeiten nur noch 20 % der Erwerbstätigen. Die gesetzliche Arbeitszeit ist verkürzt, Teilzeitarbeit verbreitet, Homeoffice seit der Corona-Pandemie ein neuer Zeitverteilungsmodus, eine 25-Stundenwoche wird politisch diskutiert. Sozial verändert ist der Zeitaufwand von Müttern für ihre Kinder, fraglich, ob er bei nur 1,5 Kindern geringer ist als bei kinderreichen Familien – oder nur intensiv anders. Fast noch tabuisiert ist die Frage der notwendig längeren Lebensarbeitszeit bei steigender Lebenserwartung. Altersforscher wie Nir Barzilai prognostizieren, dass Menschen mit 80 und 90 Jahren noch arbeiten werden. Eine flexible Zeitverteilung für alle Altersgruppen und die Einkommensverteilung, verbunden mit der finanziellen Alterssicherung, sind sozial nicht mehr zu trennen.

Zeitpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft steht so weiter vor großen Herausforderungen. Dennoch wird vieles für viele ohne zeitbezogene politische Regelungen geschehen – schreibt ein fast 80jähriger, seine flexible Zeit so nutzend.

*Prof. Dr. Christoph Zöpel
Honorarprofessor der Universität Dortmund,
Professor an der GJU Amman, Jordanien
Minister des Landes Nordrhein-Westfalen a. D.
Staatsminister im Auswärtigen Amt a. D.*

Aus der DGfZP

STEFAN BOES

Rückblick auf die Jahrestagung 2022

Wer eigentlich macht unsere Zukunft?

Zukunftspolitik zwischen Utopie, Dystopie und Fahren auf Sicht

11. – 12. November 2022 in Darmstadt, Evangelische Hochschule

Das in diesem Jahr gefeierte 20-jährige Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik hätte genügend Anlass geboten, um einen Blick zurückzuwerfen: Wie hat sich die DGfZP, wie haben sich Vorstellungen von Zeitpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt? Was wurde erreicht, welche Verbesserungen gibt es und welche Ziele wurden verfehlt? Doch Zeitpolitik richtet sich nach vorne, sie ist Zukunftspolitik. „Wer eigentlich macht unsere Zukunft?“ lautete deshalb der Titel der Veranstaltung, die im November 2022 in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Darmstadt stattfand.

Die erste in Präsenz stattfindende DGfZP-Tagung seit Beginn der Coronapandemie stand noch immer im Zeichen der Krise. Schon deshalb war eine allzu intensive Beschäftigung mit sich selbst nicht geboten. Die gegenwärtigen Krisensituationen – Krieg in der Ukraine, Inflation und Energiekrise, Pandemie und Klimawandel – sind untrennbar mit der Frage verbunden, wie der Weg in die Zukunft organisiert werden soll. Welche Akteure, welche Personen und Institutionen machen Zukunft, wie machen sie es – und ist Zukunft überhaupt machbar? Oder geschieht sozialer Wandel planlos?

Die Soziologin Elena Beregow von der Universität der Bundeswehr in München fand für dieses Geschehen die Metapher der Gärung. „Wenn etwas gärt, dann ist dies Ausdruck einer Unruhe, ein Vorstadium der Transformation, der Neuordnung und Vermischung“, sagte sie. Bereits die frühen Soziologen des 19. Jahrhunderts, etwa Émile Durkheim und Karl Marx, benutzten den Begriff, um gesellschaftliche Dynamiken zu beschreiben, für die es sonst keine Sprache gab, wie Beregow ausführte. „Dazu gehören einerseits überraschende, zufällige und kreative Prozesse, die Erneuerung versprechen, andererseits zählen dazu aber auch Niedergangs- und Zerfallsprozesse.“ Gärung sei also eine geeignete Metapher, um die Ambivalenz von Zukunft zu denken: „Sie bewegt sich immer schon zwischen Utopie und Dystopie, zwischen Leben und Tod, zwischen Optimismus und einer gewissen morbiden Düsterei.“

Die Gegenwart lädt dazu ein, Zukunft dystopisch zu denken – oder auch dazu, wahrscheinliche, aber unerwünschte Realitäten der Zukunft außer Acht zu lassen und vielmehr das „Fahren auf Sicht“ zu bevorzugen. „Diffuse Angst vor der großen Katastrophe macht sich breit. Sind wir damit vielleicht wieder nahe bei der ohnmächtigen Weltsicht des Mittelalters angekommen?“, fragte Politologe und DGfZP-Mitglied Jürgen P. Rinderspacher im Eröffnungsvortrag der Tagung. Sein Blick richtete sich aber weder auf die Ohnmacht, sondern auf die „Visionäre, Innovateure, Aktionäre und andere, die es gut mit uns meinen“. Zu lange habe Politik auf die Langzeitperspektive verzichtet. „Statt Prävention nun Kuration, das heißt nachträgliches Korrigieren von Schäden, die man allerdings vorher hätte absehen können.“ Auf wesentlichen Politikfeldern bleibe nur noch eine „Politik des Negativen“, wie es Rinderspacher in Anlehnung an den Soziologen Andreas Reckwitz formulierte. Zukunftspolitik, die nicht im Negativen und Dystopischen oder im Ignorieren verbleibt, muss aus Sicht Rinderspachers präventiv, generationengerecht und das Ergebnis besser organisierter diskursiver Prozesse sein.

Dass eine solche Politik des Positiven keineswegs utopisch ist, machte Gisela Kubon-Gilke, Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, in ihrem Vortrag über Präventionspolitik deutlich. „Menschen waren immer interessiert daran, Zukunft zu gestalten und Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben“, sagte sie. Nur auf Sicht zu fahren, berge das Risiko Symptome zu kurieren, ohne Ursachen zu beseitigen. Das „Durchwursteln“ führe selten zu grundsätzlichen Veränderungen, Ziele bleiben kurzfristig. Eine Politik der Prävention und Befähigung versuche hingegen, Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen, sagte Kubon-Gilke. Mit Blick auf Sozialpolitik würde das zum Beispiel bedeuten, dass Armut, Arbeitslosigkeit oder Sucht nicht akut bekämpft werden müssen, weil sie gar nicht systematisch auftreten. Soziale Sicherung und Bildungschancen stellen die Grundlage ei-

ner solchen Zukunftspolitik dar. Sie braucht aber weitere politische Strategien: die wiederholte Wirkungsanalyse, Ziel- und Mittelanpassung, Anreize für Verhaltensänderungen. Gleichzeitig müsse Prävention verhindern, zu Ideologie zu werden und Solidarität zu untergraben, sagte Kubon-Gilke. Würden Menschen beispielsweise durch ein bestimmtes, auf Eigenverantwortung beruhendes Gesundheitsverhalten von Krankenkassen unterschiedlich behandelt werden, drohe die Gefahr, dass Solidarität verlorengeht. Solche Maßnahmen könnten zu einer indirekten Verhaltenskontrolle führen. Deshalb seien die Fallstricke bei der Etablierung einer Politik der Prävention und Befähigung immer zu berücksichtigen.

Weitere Politikfelder, neben der Sozial- und Gesundheitspolitik, in denen sich die Bedeutung und Dringlichkeit eines vorbereitenden Politikstils zeigt, sind die Klimapolitik und die Friedenspolitik, die angesichts der gegenwärtigen Weltlage zu den zentralen Themen der Tagung gehörten. In ihrem Vortrag „Zukunft diesseits von Totalität?“ sprach Christina Schües, Professorin für Philosophie an der Universität zu Lübeck, über den systematischen Zusammenhang von Zeit und Frieden. *„Leben wir in Zeiten des Friedens, so ist die Zukunft weit offen und unendlich, aber in Zeiten des Krieges, der Krise oder existenziellen Unsicherheit scheint die Zukunft endlich und kurz“*, sagte sie. In Kriegszeiten zu leben bedeute, nach vorne zu blicken, ohne etwas zu sehen. Nicht zu sehen bedeute jedoch nicht, handlungsunfähig zu sein. Die Doppelstrategie bestehe erstens darin zu fragen, wie aus einer Logik des Krieges ausgebrochen werden kann und zweitens darin, die zukünftige Friedenszeit bereits im Krieg vorzubereiten – eine präventive Friedenspolitik, die dazu beiträgt, künftige Kriegshandlungen auszuschließen.

Die geopolitische Lage nahm auch die Sinologin Nicola Spakowski aus Freiburg in den Blick. Sie sprach in ihrem Vortrag „Planend in die Zukunft“ darüber, wie Zukunft in China gemacht wird. Sie betonte, dass Zukunftspolitik kein konsistenter Vorgang sei, sondern in globalen Konkurrenzsituationen gestaltet werde. China sei ein planender Staat, der langfristige Visionen und Ziele verfolge, die in erster Linie auf Wirtschaftswachstum basieren. Das Wachstum garantieren sollen individueller Konsum, Stärkung der Binnennachfrage, eigenständige Innovation, Investitionen ins Ausland und interkontinentale Projekte wie die „Neue Seidenstraße“. Die chinesische Strategie des Planens und Vorausschauens ist jedoch fehleranfällig, wie Spakowski am Beispiel der gescheiterten Ein-Kind-Politik zeigt. Die Gesellschaft überaltert und schrumpft, inzwischen ist der Staat zu einer noch nicht erfolgreichen Drei-Kinder-Politik übergegangen. Trotz der Entwicklungserfolge bestehen also Risiken auf dem Weg zu einer „sozialistischen, moderni-

sierten Großmacht“. Dazu gehört auch die simple Feststellung, dass Zukunft kontingent ist. Sie lässt sich niemals ganz kontrollieren.

Diese Tatsache der Unvorhersehbarkeit von Zukunft führt auch zu grundsätzlichen ethischen Überlegungen, die Kirsten Meyer, Philosophie-Professorin an der Humboldt-Universität in Berlin, in ihrem Vortrag über Generationengerechtigkeit formulierte. *„Muss es künftigen Generationen so gut gehen wie uns?“*, fragte sie und näherte sich einer Antwort aus Sicht von hedonistischer Theorie, Wunschtheorie und Utilitarismus.

Die Wunschtheorie macht das Wohlergehen einer Person an der Befriedigung ihrer Wünsche fest. Freud und Leid als innere Phänomene gelten als schwer messbar. Der individual-ethische Hedonismus nimmt an, dass sich die Güte des Lebens an individuellen Erfahrungen und deren subjektiver Qualität bemisst. Aus einer hedonistischen Perspektive ließen sich bestimmte Wünsche und deren Erfüllung daraufhin überprüfen, ob uns dies wirklich zuträglich ist. *„So lassen sich auch Bedenken dagegen formulieren, die Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen als den alleinigen Wohlstandsmesser einer Gesellschaft anzusehen“*, sagte Meyer. Der Utilitarismus gehe davon aus, dass wir in unseren Handlungen das Wohlergehen aller maximieren sollten. *„Eine Handlung ist demnach moralisch richtig, wenn und weil sie das Wohlergehen in der Welt maximiert.“* Diese Position lasse sich auch in Gestalt eines intergenerationalen Utilitarismus formulieren, der das Wohlergehen künftiger Generationen einbezieht. Kirsten Meyer vertritt die These, dass es nicht genüge, künftigen Generationen nur so viele Ressourcen übrig zu lassen, dass ihre existenziellen Interessen nicht gefährdet sind. *„Wir müssen ihnen ihren gerechten Anteil hinterlassen. Wir dürfen den Planeten nicht in einem schlechteren Zustand hinterlassen, als wir ihn übernommen haben. Anderes lässt sich nicht rechtfertigen.“*

Um dafür notwendige demokratische Institutionen und Verfahren zu etablieren, die das Ziel generationengerechten Handelns berücksichtigen, schlug Sozialwissenschaftler und DGfZP-Mitglied Fritz Reheis mögliche Maßnahmen vor. So könnten zum Teil bereits erprobte Instrumente wie Bürgerräte oder parlamentarische Ausschüsse oder auch die Einrichtung eines Zukunftsministeriums mit Vetorecht sowie eine Absenkung des Wahlalters oder eine Gewichtung von Wählerstimmen zu einer demokratischen Politik des langfristigen Handelns beitragen. Reheis regte an, Zukunftsfähigkeit als Staatsziel ebenso festzuschreiben wie ein einklagbares Recht auf Zeit, das Bürgerinnen und Bürger zu einem guten Umgang mit Zeit ermächtigt.

In weiteren Vorträgen sprachen Dagmar Simon vom Wissenschaftszentrum Berlin und Barbara Diehl von der Bun-

desagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) über den Einfluss, den gute Ideen, Geld, Macht und Netzwerke auf die Welt von morgen ausüben und welche Forschungs- und Innovationspolitik dafür eine Grundlage bieten kann. Dagmar Simon nannte Innovation eine der wichtigsten Antriebskräfte gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erneuerung. Barbara Diehl wies darauf hin, dass Innovation aber auch zu Abwehr führe und negative Reaktionen hervorrufe. Zukunftspolitik bewegt sich also, wie auch der Untertitel der Tagung andeutet, immer „zwischen Utopie, Dystopie und

Fahren auf Sicht“. Dort, wo es berechnete Hoffnungen und konkrete Lösungsansätze für ein gutes Leben auch in und nach Krisensituationen gibt, bestehen zugleich destruktive Kräfte. „Es gärt in alle Richtungen“, sagte Jürgen P. Rinderspacher abschließend über eine Jahrestagung, die zu viele Entwicklungen gleichzeitig im Blick behalten musste, um ein angemessenes Schlusswort zu finden. Die „Demokratisierung der Zukunft“ sei möglicherweise der gemeinsame Nenner bei den Bemühungen, Gesellschaft nicht nur gären zu lassen, sondern sie positiv zu gestalten.

ULRICH MÜCKENBERGER

„Zeitweise“

Gedanken an Karlheinz Geißler

Karlheinz Geißler sah sich als „Zeitweiser“ – nicht als „Zeitforscher“, als der er immer bezeichnet wurde. Schon das Substantiv „Zeitweiser“ hat einen Doppelsinn. Darunter kann ein Kenner des Phänomens Zeit verstanden werden (so wie bei „Wirtschaftsweisen“), aber auch ein Ratgeber im Umgang mit Zeit (so wie räumlich bei „Wegweiser“). „Zeitweise“ als Adjektiv eröffnet aber noch einen dritten Sinn – in der Zeit temporär, also mit Anfang und Ende seiend. Die adjektivische Bedeutung „zeitweise“ trifft vielleicht Karlheinz’



tieftes Zeitverständnis – das Verständnis von Zeitlichkeit des menschlichen Seins als Grundgegebenheit, nicht als ein zu Beklagendes, sondern sogar als Glück.

Voriges Jahr publizierte er einen Aphorismus mit dem Titel „Schluss jetzt! Der Charme des Aufhörens“. Dieser beginnt mit der Feststellung *„Die Erfahrungen des Anfangens und Aufhörens geben den Menschen Kraft, das Leben nach vorne zu leben. Aus ihnen schöpfen sie die Hoffnung, dass es nicht so bleibt, wie es war, dass es anders werden kann. Ohne diese Hoffnung wäre das Leben nicht auszuhalten.“* Das ist wohl die ratio essen-

der rechte Zeitpunkt zum Aufhören hingegen ein Geschenk der Zeit.“

Am 9. November 2022 hat uns Karlheinz Geissler verlassen. Er ist – wie seine Frau Traute und seine Söhne Jonas und Tim uns sagen – friedlich und in Ruhe gestorben. Er hat aufgehört zu sein. Er hat uns die Einsicht und den Weg gewiesen, „zeitweise“ zu sein.

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler hat die DGfZP mitgegründet und war in deren ersten Jahren Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands und Leiter der Geschäftsstelle der DGfZP.

di der Zeitpolitik: Was wir als Zeit empfinden, kann anders werden. Vor allem aber ist es ein Lob des Aufhörens – auch auf die menschliche Existenz bezogen. *„Wer nach Hause, also zu sich selbst kommen will, muss aufhören können. Das Glück des Aufhörens besteht im Ereignis, sich selbst zu begegnen.“* Aufhören-Können ist eine Kunst, die beides ist: beeinflussbar und ein Geschenk der Zeit. *„Man muss aufhören können, zur richtigen Zeit, am besten zum rechten Zeitpunkt. Richtige Zeitpunkte sind kalkulierbar,*

Who Is Who? Mitglieder der DGfZP stellen sich vor

Das Zeitpolitische Magazin möchte dazu beitragen, die persönliche Vernetzung und die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der DGfZP zu stärken. An dieser Stelle bieten wir daher die Gelegenheit für Personen und Institutionen, die Mitglied in der DGfZP sind, sich in Form von Kurzportraits den Leserinnen und Lesern vorzustellen.



Brigitte Hartenstein

Während meines Studiums der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wuppertal mit dem Abschluss Dipl.-Ökonom 1984 habe ich mich intensiv mit Arbeitszeitverkürzung und anderen Arbeitszeitmodellen beschäftigt.

Auch während meiner beruflichen Laufbahn, insbesondere als Selbständige und Unternehmerin, ist Zeitpolitik insbesondere im Arbeitsleben, aber auch im Ehrenamt mein wichtiges Thema geblieben. Vor allem erkenne ich, dass mit der „althergebrachten“ Einstellung zu der bezahlten Arbeitszeit, die ich selbst noch praktiziert habe, gerade die jüngeren Generationen kaum noch etwas anfangen können. Work-Life-Balance, Gute Arbeit und ZeitHaben sind Elemente eines veränderten Le-

bensplans. Es soll nicht einfach alles unter einem Hut zu kriegen sein, sondern die Anforderungen sollen mit einer individuellen Balance zusammen in einem Einklang gebracht werden können. Bezahlte Arbeit, Zeit für Familie, Zeit für Pflege, Zeit für Ehrenamt und Bildung, Zeit für sich selbst, aber auch (geschlechter-)gerechtere Verteilung von Arbeit sind alles Kapitel, die zusammengehen müssen. Nun bin ich nicht nur im Vorstand des hiesigen Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern auch in einem bundesweiten Arbeitskreis wieder intensiv mit Zeitpolitik befasst. Hier wollen wir über neue Randbedingungen diskutieren, wie bezahlte Arbeit gut in die Lebensplanung passt und „ZeitHaben“ kein Luxus bleiben muss.

Auch dafür habe ich intensiv die Beiträge der Gesellschaft für Zeitpolitik gelesen und möchte mich nun aktiver gerade in den zeitpolitischen Themen einbringen.

Brigitte Hartenstein



Birgit Breustedt

Mein Studium der Architektur, Stadtplanung und Denkmalpflege hat mein Interesse geweckt für Fragen der angewendeten Methoden und Techniken zu bestimmten Bauzeiten, der ästhetischen Moden der Selbstdarstellung und des Machtausdrucks, zu prägen-

den historischen Ereignissen – alles Einflüsse, die Impulse setzen und die Form und Gestalt der gebauten Umwelt in einem bestimmten Zeitabschnitt beeinflussen. Als besonders spannend und anregend erlebe ich – immer noch – das Studium der Morphologie der Stadt, weil sie viel aussagt über die handelnden Menschen im historischen Zeitstrom. Manche Orte werden als schön, gut funktionierend, lebendig, dynamisch und „gesund“ empfunden. Welche Komponenten sind erforderlich, um solche Aussagen treffen zu können und was ist zu tun, wenn Spuren von Vernachlässigung und Niedergang sich zeigen?

Der Schwerpunkt meiner Berufstätigkeit von 1979 bis 2019 lag u. a. in der erhaltenden Stadtsanierung, in Stadterneuerungsprojekten, bei Stärkungsmaßnahmen zur Förderung des strukturellen Wandels im Ruhrgebiet. Häufig war mein Aufgabenfeld an der Nahtstelle zwischen Stadtplanung, Architektur und Sozialem angesiedelt. Der Einbeziehung der

Nutzer, besonders der Bewohner, aber auch der Gewerbetreibenden, der Kitas und Schulen galt mein besonderes Engagement, hat doch die Identifikation mit dem Ort des Wohnens und Arbeitens, des gesamten Umfeldes einen erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden. Mit der Aufgabe der Projektleitung/Projektsteuerung konnte ich wiederholt alternative Bewohner- und Mehrgenerationen-Wohnprojekte auf den Weg bringen und in die Entwicklungsmaßnahme des Gesamtquartiers integrieren.

Kleinere Beratungs- und Bauprojekte lassen mich als Rentnerin weiterhin im Berufsfeld tätig sein, nun aber in einem sehr freien, wenig fremdbestimmten Modus. Das Zeitthema wird neu erlebt. Im Wägen der Lebensabschnitte tauchen Fragen auf zur tatsächlichen Messbarkeit von Zeit und der empfundenen Zeit, kostbare versus verschwendete Zeit, jemandem Zeit schenken, Zuwendungszeit erhalten, selbstvergessene Zeit im versunkenem kreativen tiefen Planungsprozess, das Kind/die Künstlerin im Flow des Spielens und Arbeitens, meditative Zeit, Rhythmen der Zeit. Die Pandemie mit den Lockdowns hat unverhofft riesige Zeitfenster geöffnet und dabei Neues ins Bewusstsein gerückt. Einen zusätzlichen Anstoß zu dem Thema Zeit erhielt ich durch die Time Use Week in Barcelona 2021 und jetzt freue ich mich auf weitere Jahrestagungen, Ausgaben der Zeitschrift ZpM und anregende Gespräche.

Dipl.-Ing. Birgit Breustedt, freie Architektin

Projekte und Veranstaltungen

Jetzt wird's aber Zeit!

Jahrestagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie

21./22. September 2022 in Ludwigshafen

Gemeinsam mit Expert*innen aus Forschung, Politik und Wirtschaft wurden auf dieser Fachtagung der evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie Eckpunkte für eine zukünftige Familienarbeitszeit diskutiert, um einen Prozess einer dynamischen Familienarbeitszeit als neues zeitpolitisches Instrument anzustoßen.

Karin Jurczyk (DGfZP) hielt den Auftaktvortrag zum Thema: „Zeit zum Leben. Wofür wir Zeitpolitik brauchen.“

Alle Vorträge der Veranstaltung und weitere Dokumentationen stehen zum Download zur Verfügung: <https://www.eaf-bund.de/schwerpunkte/zeitpolitik>

25 Jahre Allianz für den freien Sonntag Oberösterreich

17. Oktober 2022 in Linz

Am 17. Oktober 2022 fand die Festveranstaltung zu 25 Jahre Allianz für den freien Sonntag Oberösterreich im Lentos Kunstmuseum in Linz statt. Zahlreiche Gäste aus Kirche, Politik und Gesellschaft setzten damit ein Zeichen für gemeinsame freie Zeit am Sonntag. Fritz Reheis (DGfZP) hielt den Festvortrag zum Thema „Entschleunigung“.

Weitere Informationen gibt es unter: <https://www.dioezese-linz.at/news/2022/10/18/25-jahre-allianz-fuer-den-freien-sonntag-oberoesterreich>

DGfZP bei twitter

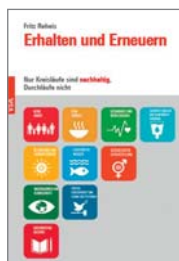
Seit Dezember 2015 kann man der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik auch bei Twitter folgen: www.twitter.com/Zeitpolitik.

Getwittert werden Anregungen zu den Themen Zeit und Zeitpolitik sowie Hinweise unserer Mitglieder auf Veranstaltungen oder Veröffentlichungen. Der Account wird derzeit von unserem Vorstandsmitglied Elke Großer betreut. Kommentare, Anregungen und Material bitte senden an elke-grosser@zeitpolitik.de.

Neue Literatur

Bitte senden Sie Informationen über Ihre Veröffentlichungen an elke-grosser@t-online.de

Veröffentlichungen von DGfZP-Mitgliedern



Fritz Reheis

Erhalten und Erneuern.

Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht.

2022

Hamburg: VSA Verlag

In einer Situation, in der uns der alte Kompass –immer mehr in die Irre führt, unterbreitet der -Autor aus einer zeitökologischen Perspektive ein Angebot zur Neuorientierung – ausgehend von einer häufig beanspruchten wie längst zur Floskel verkommenen Leitidee: der »Nachhaltigkeit«. Wir kaufen ein, wo es am billigsten ist, und verkaufen, wo der größte Profit winkt. Kaum jemand interessiert sich für die Folgen unserer Geschäfte, ob sie etwa Kriege finanzieren und das Treibhaus anheizen. Ökonomische und moralische Maßstäbe klaffen immer mehr auseinander, die Wirtschaft des Menschen hat sich von der Wirtschaft der Natur (Vandana Shiva) dramatisch abgekoppelt. Und je enger die ökologische Nische für das Leben im Wohlstand wird, desto lauter der Ruf nach seiner militärischen Absicherung. Als Leitbild für die Neuorientierung ist der Begriff der »Nachhaltigkeit« modern geworden und längst zur Marketing-Floskel verkommen. Wer den Begriff allerdings ernst nimmt, muss sich auch mit der impliziten Zeitlichkeit, also der Veränderungsdynamik nachhaltiger Prozesse auseinandersetzen. Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht, exponentielle Veränderungen sogar meist selbstzerstörerisch. Der Kern der Nachhaltigkeit besteht in der Wiederholbarkeit, in der Wiederkehr des Ähnlichen. Ökologische Nachhaltigkeit ist die Synchronisation der Kultur mit der Natur. In der Forst- und Landwirtschaft ist das besonders offensichtlich. Aber auch beim Umgang mit anderen Menschen, der Mitwelt, kommt es auf die Wiederkehr des Ähnlichen an. Soziale Nachhaltigkeit basiert auf wechselseitigem Geben und Nehmen. Und schließlich kommt es auch im Umgang mit uns selbst auf Wiederholbarkeit an. Wir müssen unser Eingreifen in die Welt auch begreifen können. In Krisenzeiten zeigt sich immer wieder neu, was im Normalbetrieb erfolgreich verdrängt wird. Genau das hat uns die Pandemie gelehrt: Es ist nicht mehr alles machbar, was wir uns wünschen. Und sie hat auch bewiesen, dass die Politik in der Not zu Maßnahmen greift, die sie vorher nicht einmal zu denken gewagt hat. Insgesamt eigentlich eine gute Botschaft: Wir könnten auch anders! In den drei Kapiteln dieses Buches wird die Zeitdimension, die der Nachhaltigkeit zugrunde liegt, ernst genommen und nach und nach konkretisiert. So entstehen Konturen einer Alternative zum perspektivlosen »Weiter so« – eine Vision, die mit guten Gründen beanspruchen kann, konservativ und revolutionär zugleich zu sein. (*Verlagstext*)

Nach der verlorenen Zeit



Jürgen P. Rinderspacher

Zeiten der Pandemie.

Wie Corona unseren Umgang mit der Zeit verändert
2022

Opladen: Verlag Barbara Budrich

Rezension: Das im Herbst 2022 veröffentlichte Buch des Sozialwissenschaftlers und Zeitforschers Jürgen P. Rinderspacher erscheint zu einem Zeitpunkt, als die Zeit der Pandemie in die oft beschriebene, aber dann doch nicht eingetretene Post-Covid-Ära überzugehen scheint. Auch wenn sich mehr als einmal gezeigt hat, dass Infektionskurven steiler verlaufen als prognostiziert, gibt es zum Ende des Jahres 2022 berechtigten Grund zu der Annahme, dass das neuartige Coronavirus endemisch wird. Damit wäre ein Zustand erreicht, in dem eine Krankheit in einer bestimmten Region fortwährend und mit relativ konstanten Infektionszahlen auftritt.

Es ist verständlich, dass die pandemie-müde Bevölkerung nichts mehr von Coronaviren hören will. Auch manchen Politiker:innen wäre es sicher recht, die Ausnahmesituation mit den umstrittenen, und wie sich inzwischen zeigt, teils unverhältnismäßigen Maßnahmen, nicht weiter aufzuarbeiten. Wie Rinderspacher in seiner Analyse der Pandemiezeit herausarbeitet, wäre es unklug, ihnen diesen Gefallen zu tun. Vielmehr erweist sich der bei Redaktionsschluss moderat verlaufende dritte Corona-Winter als geeigneter Moment, um mit zeitlicher und emotionaler Distanz Schlüsse zu ziehen.

„Zeiten der Pandemie“ ist weniger eine

Zeitdiagnose, die den gefühlt ewigen Pandemiezustand ein weiteres Mal aus der hoffnungslosen Perspektive des Lockdown-Wartestandes heraus betrachtet. Es handelt sich vielmehr um eine vorläufig retrospektive Analyse aus zeitpolitischer Sicht, die dem Erkenntnisgewinn, der Aufarbeitung, der konstruktiven politischen Schlussfolgerung und nicht zuletzt der Prävention dient. Schließlich werde die Coronapandemie voraussichtlich nicht die letzte Pandemie gewesen sein, schreibt Rinderspacher, eher sei mit einem Anstieg vergleichbarer Ereignisse zu rechnen. *„Und spätestens die immer spürbarer werdenden Auswirkungen des Klimawandels werden weitere größere und kleinere Ausnahmestände zur Folge haben.“* Rinderspacher wolle deshalb Hinweise für den Umgang mit kommenden Katastrophensituationen geben.

Eine Pandemie ist auf vielen Ebenen ein zeitliches Ereignis. Die rechtzeitige Intervention ist von größter Bedeutung, um Infektionsketten zu unterbrechen. *„Das Virus und seine Verbreitungsfähigkeit einschließlich der Geschwindigkeit, mit der ihm neue Mutationen gelingen, bestimmt den Takt der Verbreitung ebenso wie der Gegenmaßnahmen, die die Politik ergreifen kann“*, schreibt Rinderspacher. Die Politik habe lernen müssen, dass Zeit Perfektion schlägt.

Schmerzhaft wurde vor allem zu Beginn der Pandemie deutlich, dass die eingeübte politische Praxis des Abwartens und des kompromissorientierten Mittelwegs bei einem sich exponentiell verbreitenden Virus wenig hilft – oder sogar kontraproduktiv ist. Die Langsamkeit demokratischer Verfahren und Institutionen führen das politische System in einer solchen dynamischen Lage an seine Leistungsgrenzen, was bei Corona zur Etablierung neuer Kabinette, Krisenstäbe und Fachgre-

mien führte. Demokratische Politik musste sich beschleunigen und zugleich demokratisch legitimiert bleiben. Auf einen solchen zeitsensiblen Politikmodus waren die Bundes- und Landesregierungen nicht vorbereitet. Die Folgen der Ausbreitung des neuen Virus auf der einen Seite und die oft zögerlichen, teils wissenschaftsfernen, nicht selten aber auch überambitionierten und gesetzeswidrigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus andererseits, hatte die Bevölkerung zu tragen. Sie musste sich in einer Zeit der Pandemie einrichten, die von vielen zunächst als durchaus willkommener Bruch mit den gewohnten Herausforderungen und Geschwindigkeiten des Alltags gewertet wurde. Mit fortschreitender Dauer aber verwandelte sie sich in eine perspektivlose und sinnentleerte pandemische Normalität. Es erschien irgendwann kaum noch möglich, sich ein Leben ohne Abstand und Masken vorzustellen.

Diese Zeit-Erfahrungen beschreibt Rinderspacher ausführlich. Er widmet ein Kapitel dem Charakter, den Dimensionen, den sozialen und monetären Kosten der wiederholten Ausnahmesituation des Lockdowns. In weiteren Kapiteln beschreibt er die entstandenen zeitlichen Herausforderungen für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie die „Zeit, die nicht vergehen will“ und die für viele Menschen große Einsamkeit und ein „Leiden an der Zeit“ bedeutete. Anschließend geht er der Frage nach, ob Menschen in der Corona-Zeit nun Zeitwohlstand gewonnen oder verloren haben und wie nachhaltig diese Veränderungen waren. Eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht. Zu unterschiedlich waren die Lebenslagen und individuellen Voraussetzungen der Menschen. Rinderspacher räumt zwar ein, dass sich „gewonnene Zeiten“ insbesondere für Beschäftigte im Homeoffice und in Kurzarbeit ergaben.

Er verweist auf Befragungen, die zeigen, dass Menschen verbreitet länger schliefen und subjektiven Zeitwohlstand gewannen. Er betont aber, dass es sich meist um einen temporären, prekären Zeitwohlstand handelte, der sich nicht ohne Weiteres langfristig aufrechterhalten ließ. Außerdem weist Rinderspacher darauf hin, dass der Wegfall von Terminen, Veranstaltungen und sozialen Verpflichtungen und der damit einhergehende Zeitgewinn nicht automatisch positiv zu bewerten seien: *„Allein über möglichst viel Zeit zu verfügen, führt noch nicht zu einer hohen Lebensqualität. Das Individuum muss, um dies zu erreichen, persönlich fähig und von seinem sozialen Status her in der Lage sein, die Ressource*

Zeit mit anderen Ressourcen wie Geld, Gesundheit, Bildung und weiteren in bestimmter Weise zu kombinieren“, schreibt Rinderspacher, der den Begriff des Zeitwohlstands ab Beginn der 1980er Jahre maßgeblich prägte und damit den vorherrschenden güterbezogenen Wohlstandsbegriff kritisierte. Er geht davon aus, dass die Erfahrungen der Pandemie dazu beigetragen haben, dass vielen Menschen klarer geworden ist, wo ihre Prioritäten im Umgang mit Zeit liegen.

Schließlich widmet sich das Buch den zeitpolitischen Reaktionen auf das Infektionsgeschehen und der „berechtigten“ Hoffnung auf bessere Zeiten. Rinderspacher skizziert denkbare neue zeitpolitische Optionen auf ver-

schiedenen gesellschaftlichen Feldern, darunter Schule, Homeoffice und Einzelhandel und zieht Schlüsse über ein neues Verhältnis von Raum und Zeit in unserem Alltag. Seine sehr konkreten, gesamtgesellschaftlich gedachten Vorschläge für eine präventive, partizipative und resiliente demokratische Kultur sind am vermeintlichen Ende der Pandemiezeit keineswegs überholt, sondern stellen im Gegenteil einen in dieser Fundierung seltenen Impuls für den Auftakt in eine Post-Covid-Gesellschaft dar, die früher oder später von neuen Krisen und Katastrophen eingeholt werden wird. Rinderspachers weitsichtige Analyse ist damit zugleich eine der relevantesten zeitpolitischen Veröffentlichungen dieses Jahres.

Stefan Boes

Beiträge von DGfZP-Mitgliedern in Sammelbänden und Zeitschriften

Dietrich Henckel, Josiane Meier (Hrsg.) (2022): Forum Stadt H.3/2022.

Licht und Stadt – eine schillernde Beziehung.

In: Stadt und Licht. Forum Stadt H.3/2022, S. 211-228

Caroline Kramer, Dietrich Henckel (2022):

Zeitgerechtigkeit – ein Beitrag zur resilienten Stadt.

In: agora 42. Das philosophische Wirtschaftsmagazin, H.2, 2022, S. 72-77.

Dietrich Henckel, Josiane Meier (Hrsg.) (2022):

Forum Stadt H.3/2022.

Helga Zeiher (2022):

Eigene Zeit für Kinder.

In: Florian Arlt/ Arno Heimgartner (Hrsg.): Zeit und offene Jugendarbeit.

Wien: LIT Verlag: 77-85.

Empfehlenswerte Neuerscheinungen anderer Autorinnen und Autoren



Teresa Bücker

Alle_ Zeit.

Eine Frage von Macht und Freiheit.

2022

Berlin: Ullstein Verlag

Soziale Gerechtigkeit bedeutet gerechte Verteilung von Zeit. Zeit ist die zentrale Ressource unserer Gesellschaft. Doch sie steht nicht allen gleichermaßen zur Verfügung. Teresa Bücker, eine der einflussreichsten Journalistinnen in Deutschland, macht konkrete Vorschläge, wie eine neue Zeitkultur aussehen kann, die für mehr Gerechtigkeit, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt. (Verlagstext)

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Gemeinnütziger e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Dr. Dietrich Henckel, Berlin (Vorsitz)
Dr. Karin Jurczyk, München (Stellvertretung)
M. A. Elke Großer, Knorrendorf
Björn Gernig, Dipl. Freizeitwissenschaftler,
Bremen

Beratender Vorstand:

Prof. Dr. Uwe Becker, Bochum
M.A. Stefan Boes, Ibbenbüren
Prof. Dr. Christel Eckart, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Bremen
Prof. Dr. Fritz Reheis, Bamberg
Dr. Jürgen Rinderspacher, Hannover
Dr. Helga Zeiher, Berlin

Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Holsteiner Ufer 28
10557 Berlin
Telefon: (030) 393 45 30
Fax: (030) 314 281 51
d.henckel@isr.tu-berlin.de
d.henckel@zeitpolitik.de

Kontoverbindung: Zeitpolitik e.V.
Postbank Berlin
IBAN: DE 83 1001 0010 0533 0481 05
BIC: PBNKDEFF

www.zeitpolitik.de

Impressum

Das Zeitpolitische Magazin (ZpM) für die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. und für Interessierte im Umfeld erscheint mehrmals im Jahr. Es wird von der DGfZP herausgegeben. Es steht zum kostenfreien Download auf der Webseite des DGfZP und wird an Interessenten per E-Mail versandt. Bestellung und Abbestellung bitte formlos an die Redaktion.

ISSN 2196-0356

Verantwortlich für Inhalt (V.i.S.d.P. und gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Helga Zeiher.

Redaktion:

Dr. Helga Zeiher (Redaktionsleitung) – helga-zeiher@outlook.de

Elke Großer, M. A. – elke-grosser@t-online.de

Stefan Boes M.A. – stefan.boes@posteo.de

Satz: Anna von Garnier – www.annavongarnier.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Das ZpM ist als Gesamtwerk urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V., das Urheberrecht namentlich gekennzeichneten Artikel liegt bei deren Verfasser/innen.

Das Zitieren aus dem ZpM sowie die Übernahme namentlich nicht gekennzeichneten Artikel ist gestattet, solange solche Inhalte keiner kommerziellen Nutzung dienen und die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. als Quelle genannt wird. Die Redaktion bittet um Zusendung eines Belegexemplars.

Das ZpM wird mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt; Links auf Webseiten von Dritten werden auf Funktionalität geprüft. Mit Urteil vom 12. Mai 1998, Aktenzeichen 312 O 85/98 „Haftung für Links“, hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der verlinkten Webseite ggf. mit zu verantworten hat. Dementsprechend distanziert sich das ZpM ausdrücklich von allen Inhalten der Webseiten von Drittanbietern, auf die ein Link gelegt wird. Wir machen uns deren Inhalte nicht zu eigen.

Verletzungen von Urheberrechten, Markenrechten, Persönlichkeitsrechten oder Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf fremden Webseiten waren nicht augenscheinlich und sind der Redaktion eben so wenig bekannt wie eine dortige Erfüllung von Straftatbeständen.